

# **b** unabhängige **auernstimme**

Eine Zeitung von Bäuerinnen und Bauern



Foto: Martin Langer/Greenpeace

## **Gentechnik: Immer neue Fragen, keine Lösungen**

### **Gentechnik**

In der EU droht die Nulltoleranz für Futtermittel zu kippen. In den USA ist der Anbau von gentechnisch veränderten Zuckerrüben erlaubt worden. Bauer Troy Roush kämpft gegen Gentechnik und die wachsende Herbizidresistenz bei Unkraut. Seiten 12-14

### **Tierschutz**

Aigners zieht mit Tierschutzpläne Detailverbesserungen einem Systemwechsel vor. Stallbauförderung begrenzen, Strohhaltung fördern: In NRW setzt Minister Remmel Zeichen zugunsten von Tier- und Umweltschutzleistungen. Seiten 6 und 11

### **GAP**

Es hagelt Kritik: Der EU-Berichterstatter im Parlament gibt sich als Raubritter und will die 2. Säule für sein Greening plündern. Die AbL dokumentiert ihre Forderungen nach Fruchtfolge, Leguminosenanteil und Bindung an Arbeitskräfte. Seiten 4 und 5

## Die Seite 3

Heimat – Ein Blick zurück und nach vorn. .... 3

## Agrarpolitik

Deß plündert 2.Säule ..... 4

EU-Agrarreform einfach und wirksam ..... 5

NRW-Minister kündigt Änderungen bei Förderung an ..... 6

Gemeinschaftsbank fördert Ökolandbau deutschlandweit . . 7

„Tierschutz“ – Viel Verpackung, wenig Inhalt ..... 11

Rechtsprechung nach dem Einbahnprinzip. .... 16

## Bewegung

Aufbruch in Thüringen. .... 8

AbL-NRW: Gespräche auf Landesebene. .... 19

## Aus fernen Ländern

Ägyptens Bauern – beim Marsch der Millionen dabei .... 10

## Schwerpunkt

Die Gentechnik-Idee versagt ..... 12

Zuckersüßes Risiko ..... 13

Kritik an Gentechnik-Broschüre ..... 14

## Nachbau

Ausgezeichnet für Vielfalt und Wertschöpfung. .... 15

## Landleben

Nur Hopfen, Malz und Wasser ..... 17

## Weitere Themen

**Zu Besuch bei Elke Hochreiter und Moritz Schäfer, Seite 9; Eine Bäuerin erzählt, Seite 19; Leserbriefe Seite 18; Lesen, Seite 21-22; Anzeigen, Veranstaltungen, Kontakte, Seite 22-23**

## Inhaltsverzeichnis

„Die Zivilisation geht ihrem Ende entgegen, wenn die Landwirtschaft aufhört eine Lebensform zu sein und zur Industrie wird.“ Nicolas Gomez Davila

Amerika, das Land der unbegrenzten Möglichkeiten, das Traumland unzähliger Auswanderer, die nach langer Schifffahrt von der Freiheitsstatue in Gottes eigenem Land, den Ver-

## Kommentar

## Landwirtschaft ist Leben



einigten Staaten von Amerika empfangen wurden. Die westliche Welt eiferte dem Lebensstil und vor allem dem Wirtschaftsstil nach und seit der Wende greift dieser American Way of Life nach fast der ganzen Welt.

Doch das Land der unbegrenzten Möglichkeiten hat in vielerlei Hinsicht seine Faszination verloren. Der Weg der freien Marktwirtschaft läuft immer mehr in eine Sackgasse, in der es nur eine Prämisse gibt: Der Große frisst den Kleineren. Die unbegrenzten Möglichkeiten werden immer weniger. Mächtige Konzerne mit Jahresetats, die oft weit höher sind als die der meis-

ten Nationalstaaten der Welt, bedrohen diese einst so erstrebenswerten Ideale. War es bis vor kurzem noch das Öl, das Reichtum und Macht versprach, so verlagert sich das Interesse jetzt immer mehr auf die Landwirtschaft und die Lebensmittel. In einem gigantischen Konzentrationsprozess verlagert sich Pflanzenzüchtung und Saatguterzeugung immer mehr hin zu den Chemiekonzernen. So hat als Beispiel Monsanto praktisch über Nacht den größten Gemüse-saatgutzüchter Seminis übernommen. Wie in der Fachzeitschrift *Gemüse* zu lesen war, erfuhr die Mitarbeiter am Morgen in einer kurzen Mitteilung davon.

Aber nicht nur die Konzentration der Saatguterzeugung gibt Anlass zur Sorge, vielmehr ist es die Art und Weise und mit welcher Zielsetzung Saatgutzucht betrieben wird.

Mit Hilfe der Gentechnik werden Saaten resistent gegen bestimmte Herbizide gemacht, welche natürlich derselbe Konzern anbietet. Patente werden beantragt und oft auch erteilt und damit einhergehend Lizenzen einkassiert.

Was bei uns bisweilen bei vielen noch ungläubiges Kopfschütteln hervorruft, ist in Amerika längst Alltag. Der Ausstieg der Farmer aus der Gentechnik ist fast unmöglich geworden, da die Alternativen an gentechnikfreien Sorten und nicht patentierten Saaten fast vollständig verschwunden sind. Amerika ist uns, wie so oft, auch hier um Jahre voraus, aber genau hierin liegt die große Chance für Europa. Wir kennen die Fallen, in die die Farmer dort unvorbereitet und großteils unwissentlich getreten sind. Dank dem Engagement vieler Kritiker dieser Agrogentechnik konnte diese Technologie bei uns noch nicht richtig Fuß fassen. Wir hatten die Freude, dass die beiden Amerikaner Bill Freese und Troy Rush begleitet von Annemarie Volling auch zu uns nach Bayern gekommen sind. Ihr Auftritt war sehr aufschlussreich und das Fazit erschreckend und klar. Die Erträge sind mit GMO nicht gestiegen, der Pestizidaufwand jedoch fast auf das Zehnfache. Das Saatgut ist um mehr als 30 Prozent teurer geworden mit steigender Tendenz und Koexistenz ist nicht möglich. Lediglich der Anbau ist etwas bequemer. Gentechnikfreier Anbau ist in den USA laut Auskunft der beiden nur noch sehr schwer möglich und nur noch mit Pflanzenarten, von denen keine GVO-Sorten in Umlauf sind. Immerhin sind wenigstens die keimlingstötenden Terminator-Gene bisher auch in den USA geächtet.

Ein Grund zur Resignation? Keineswegs! Wie gesagt, in Europa konnte die Agrogentechnik bisher kaum Fuß fassen. Es liegt an uns, weiterhin alles daran zu setzen, dass dies so bleibt. Die Nulltoleranz in Saatgut muß beibehalten werden und GVO-Futtermittel gehören aus unseren Futtertrögen verbannt, das heißt aber auch, jeglicher Import von GVO-Futtermitteln unterbunden. Unsere Chancen stehen nicht schlecht, auch wenn es viel Kraft kostet. Dieses Wirtschaftssystem wird sich auf Dauer nicht durchsetzen, weil es unsozial, unökologisch und auch volkswirtschaftlich unökonomisch ist. Sollte es den Konzernen aber gelingen, in dieser menscheitgeschichtlich kurzen Zeitspanne die Vielfalt unseres Saatgutes zu zerstören und die Kontrolle darüber an sich zu reißen, haben noch viele Generationen nach uns darunter zu leiden. Ich bin sicher, wir von der AbL mit unseren vielen Verbündeten sind weiterhin auf dem richtigen Weg. Wir brauchen viele kleine und mittlere Bauernhöfe mit vielen sinnvollen Arbeitsplätzen in der Landwirtschaft und viele entsprechende Betriebe im vor- und nachgelagerten Bereich. Die Dinosaurier sind ausgestorben, aber die große Vielfalt an kleinem Leben hat sich entwickelt.

Darum: Lasst uns Bäuerinnen und Bauern unsere Arbeit tun und unsere Höfe mit bäuerlicher Landwirtschaft betreiben! Der Weltagrarbericht belegt es eindeutig. Nur eine kleinstrukturierte bäuerliche Landbewirtschaftung kann eine weltweite krisensichere Versorgung der Menschen gewährleisten. Auf in die Zukunft!

*Edith Liersch, Vorsitzende der AbL-Bayern*

Impressum **bauernstimme**

**Anschrift:** Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm  
**Herausgeber:** Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V., Tel.: 023 81/905 3171, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: info@abl-ev.de; Internet: www.abl-ev.de;

**Redaktion:** Christiane Hinck: 02381-492289; Marcus Nürnberger: 02381-492220; Wiebe Erdmanski-Sasse, Ulrich Jasper, Fax: 023 81/49 22 21, redaktion@bauernstimme.de;  
**Verlag/ Aboverwaltung:** ABL Bauernblatt Verlags GmbH, Geschäftsführung: Vera Thiel, Tel.: 023 81/49 22 88, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: verlag@bauernstimme.de; Internet: www.bauernstimme.de; Bankverbindung: KSK Wiedenbrück, Kto: 2031516, BLZ 47853520

**Anzeigenannahme bis zum 15. des Vormonats, Kontakt: Vera Thiel, Tel.: 02381/492288; E-Mail: anzeigen@bauernstimme.de**  
**Erscheinungsweise:** monatlich (11 x jährlich)

**Abonnementpreis:** 36 € jährlich, verbilligt auf Antrag 26 € jährlich  
**Druck:** lensing druck, Münster – ISSN-Nr. 0943-4632; Postvertriebsstück 1 K 12858E

# Heimat – Ein Blick zurück und nach vorn

Erinnerungen an Kindheit und die Umbruchzeiten der 70er Jahre

Als Jugendlicher hatte ich nur eines im Sinne: nichts wie weg aus der Provinz. Ich war „Flüchtlingskind“, meine Mutter war Kriegerwitwe. In den letzten Wochen des 2. Weltkriegs flohen wir aus Polen über das zerstörte Berlin nach Württemberg in eine kleine Stadt. Hier wurden wir in dem Haus eines wohlhabenden Eisenwarenhändlers einquartiert. In zwei Zimmer mitten in die Wohnung platziert, dieselbe Küche und Klo nutzend. Da war auch für uns Kinder bald klar: willkommen waren wir nicht.

Das Klima in der Kleinstadt war mir vergällt durch pietistische Stundenbrüder und Betschwestern, die sich im Wohnzimmer der Bäckerei zur „Stunde“ versammelten. Der frommste Lehrer, zugleich Leiter des Kindergottesdienstes, war besonders scheinheilig. Er schlug uns Schulkinder regelmäßig und am gewalttätigsten. Der schwäbische Pietismus lag wie ein Mehltau über meiner Kindheit.

Doch schlimmer noch als die Betschwestern, die einen immerhin noch zu Gott bekehren wollten, waren die Honoratioren. Für sie waren wir „Flüchtlinge und so Zeugs“. Wir kamen ursprünglich aus Bessarabien am Schwarzen Meer. Nun nannten sie uns die „besseren Araber“. Wer wir waren, woher wir kamen – das interessierte niemand. So fingen wir, wie alle Flüchtlinge, „von unten“ an. Mein Onkel, ein wohlhabender Bauer in Bessarabien, arbeitete als Knecht und dann als Hilfsarbeiter in der Leder-Fabrik, bis er kaputt war.

## Landschaft als freundlicher Ort

Je mehr ich heranwuchs, desto mehr floh ich aus der Kleinstadt hinaus in die Landschaft. Ob sie schön war oder nicht, dafür hatte ich damals keinen Begriff. Ich erfuhr die Landschaft als gesellschaftlichen Ort, als Ort der Freiheit und Gleichheit.

Wenn ich den Bauern beim Heuen half, dann bekam ich ein Wurstbrot, so als wäre ich auch eine Arbeitskraft wie die Erwachsenen. Ich fuhr auf den von Kühen in atemberaubender Langsamkeit gezogenen Fuhrwerken mit. Viele Einheimischen im Ort hatten ein Obst-„Stückle“ und freuten sich über Hilfe, aber auch über Gesellschaft. Ich erlebte bei der Arbeit zum ersten Mal, dass die Einheimischen auch freundlich sein konnten. Sie „schwätzten“ gerne bei der Arbeit und so „schwätzten“ sie mit mir.

Hier fühlte ich mich willkommen, obwohl mir nichts gehörte.

## Die große Stadt: Traum meiner Jugend

In Stuttgart gab es Rolltreppen im Kaufhaus, eine Landesbibliothek, einen Bahnhof für die ganz große Welt. Aus Stuttgart kam der Betriebsrat Fritz Lamm zu einem Vortrag in unser Städtchen. Er war eine eindrucksvolle Gestalt der alten Arbeiterbewegung, mit flammenden Augen. Er hörte mir zu, wie ich mich das erste Mal traute, etwas öffentlich gegen den Krieg zu sagen. Er verspottete uns nicht wie die CDU-Bonzen. Das

in dieser Zeit die „Provinz“ verändert hatten. In einem Jahrzehnt waren die modernen Zeiten ausgebrochen. Das war in Berlin ganz an uns vorbeigegangen.

Wie sollten wir den Aufruhr verstehen, der in den 70er Jahren auf dem Land begann? In den Strategiepapieren der linken Studenten wurde nach dem „Neuen Proletariat“ gefahndet. Eingepflanzt war nicht, dass Hunderttausende in Bewegung kommen, in Initiativen gegen AKWs, gegen Giftmülldeponien, Autoteststrecken, atomare Endlager, Truppenübungsplätze, gegen Flurbereinigung usw. Und geradezu unvorstell-

Wirtschaftsweise auf, die solche Abfälle erzeugt.

Die Studentenbewegung hatte eine Tür aufgestoßen. Jetzt konnten auf dem Land die Interessen und Hoffnungen öffentlich ausgesprochen werden. Die Landbevölkerung, kritische Wissenschaftler, Medien, Studenten gingen eine Verbindung ein, die ein Erfolgsmodell wurde. Ich habe mich seit Mitte der 70er Jahre wieder dem Land zugewandt. Die Umweltbewegung machte es möglich, dass die im „Begriffsgeröll Verstiegene“ (Jean Amery) wieder ins Leben zurückkehrten. Meine Arbeit in der Landjugend Westfalens und als Redakteur des „Bauernblattes“ (so hieß die „Unabhängige Bauernstimme“ anfangs), die Arbeit auf Bauernhöfen und in einem drei Jahre haltenden Gemüsebaukollektiv hat meinen weiteren Lebenslauf und meine wissenschaftliche Arbeit entscheidend geprägt.

## Manchmal wunderliche Neuanfänge

Auch die Bauern, die oft den Kern der Initiativen bildeten, fassten wieder Mut. Junge Bauern, die in die Stadt abgewandert oder innerlich emigriert waren, kehrten zurück in ihre Heimat. Die Landwirtschaft galt wieder etwas in der Gesellschaft. Nicht selten geschah dann auch das Wichtigste: Die Bauernsöhne bekamen eine Frau. Jetzt konnten sie sich etwas Neues zutrauen, wie Direktvermarktung, Diversifizierung des Betriebs, Biolandbau.

Ich erlebte, wie über die Bewahrung der Umwelt nicht nur nachgedacht wurde. Sie wurde ausprobiert in neuen Lebens- und Arbeitsformen. Das Land bot den Städten den Platz dafür. Land-WGs gründeten sich. Aus einigen entwickelten sich erfolgreiche Bauernhöfe, Gewerbe- und Handelsbetriebe. Auch wenn viele Träume scheiterten, viele wieder in den 80er Jahren in die Städte zurückkehrten – so stammen doch aus diesen heimatbewegten Zeiten viele Impulse, die unsere Republik verändern sollten. Aus manchmal wunderlichen Anfängen entwickelten sich Institutionen, die heute zu Selbstverständlichkeiten geworden sind: Bürgerinitiativen, Biolandbau, AbL, Grüne, Umwelt- und Tierschutzschutzverbände, 3. Welt-Bewegung und ihre vielfältige Presse. Die verschlafene Provinz, aus der die Jugend bisher davonlief, entdeckte sich als Region neu. Eine lebendige „regionale Szene“ entstand. Man kann heute im Dorf wohnen und doch über die verschiedensten Netzwerke verbunden sein mit der Welt.

Götz Schmidt



Heimatmusik: Die musste ich noch als 12-jähriger auf meinem Akkordeon spielen. Auch das nährte Fluchtgedanken. Foto: Schmidt

war wie der Beginn des eigenen Denkens. Als Student in Berlin habe ich mich vollständig von meinem Heimatort abgewandt. Ich war der Heimat entronnen, das galt mir und den vielen schwäbischen Kommilitonen in Berlin als befreiende Tat. Mit schwäbischen Liedern und wunderlichen schwäbischen Ausdrücken trugen wir zur Erheiterung bei. Meine Heimat wurde zur folkloristischen Einlage in der Kneipe. Als Aktivisten der Studentenbewegung bemühten wir uns, die Provinz in uns zu verdrängen. Als ich ab den 70er Jahren wieder öfter in meine Heimat zurückkehrte, war ich überrascht über die großen Umbrüche,

bar war, dass dieser Widerstand seine Kraft nicht bezog aus abstrakten Ideen über die Zukunft – sondern aus der Verteidigung der Heimat.

## Wir wollen euren Dreck nicht haben!

Heimat war dabei keine Verklärung der Vergangenheit. Die Landbevölkerung wehrte sich gegen ein Verhältnis von Stadt und Land, das der Stadt den Fortschritt und dem Land die Entsorgung des Abfalls und Gifts zudachte. Das war entwaffnend für alle, die dem Land etwas „Reaktionäres“ unterstellen wollten. Die Landbewohner wollten den Abfall nicht haben und zwangen der Stadt eine Diskussion über eine

## Futtermittel-Nulltoleranz kippt

Die Null-Toleranz bei eingeführten Futtermitteln ist aufgehoben. Am 22. Februar stimmten die EU-Mitgliedsstaaten im zuständigen Ausschuss dafür, dass Futtermittelimporte in der EU künftig mit bis zu 0,1 Prozent nicht zugelassenen gentechnisch veränderten Organismen verunreinigt sein dürfen. Wenn das Parlament und der Ministerrat dem nicht innerhalb von drei Monaten widersprechen, tritt die Regelung zum Sommer in Kraft. Ein Widerspruch gilt jedoch als unwahrscheinlich. Mehrere europäische Länder wie Frankreich und Ungarn hatten im Vorfeld ihre Ablehnung gegen den Vorschlag der Kommission signalisiert, nun aber wie auch Deutschland zugestimmt. Die EU gibt damit dem Druck der Futtermittelindustrie nach, die immer wieder behauptet, dass durch die geltende Null-Toleranz eine Futtermittelknappheit erzeugt wird. In den letzten Jahren hat es jedoch kaum Lieferungen mit nicht zugelassenen GVO in die EU gegeben, belegen Untersuchungen. Ein Rechtsgutachten des BUND zeigt, dass die Aufhebung der Null-Toleranz EU-Recht widerspricht. *ch*

## AbL: Direktzahlungen müssen Nutzen stiften

Angesichts der vielen Versuche, die anstehende Reform der EU-Agrarpolitik zu zerreden und diejenigen Vorschläge der EU-Kommission, die in die richtige Richtung gehen, zu unterlaufen, hat der Bundesvorstand der AbL einen „einfachen und wirksamen“ Vorschlag vorgelegt (siehe gegenüberliegende Seite). Ziel ist, die Direktzahlungen an wenige, aber effektive ökologische und soziale Kriterien zu binden. So schlägt die AbL vor, 30 Prozent der Direktzahlungen der 1. Säule an einen Betrieb nur dann auszuzahlen, wenn der Betrieb auf seinen Ackerflächen eine Mindestfruchtfolge einhält: Eine Frucht darf in einem Jahr nicht mehr als 50 Prozent der Ackerfläche einnehmen, und 20 Prozent der Ackerfläche muss mit Leguminosen (Eiweißpflanzen wie Ackerbohnen, Erbsen oder Gemengen wie Klee-gras) bestellt sein. Die Sprengkraft liegt dabei auf dem Leguminosen-Anteil. „Wenn das Klageged über gesungen wird, dass kaum noch Leguminosen angebaut werden, stimmen alle mit ein, sowohl die Bauern als auch die Beratung, Wissenschaft und Politik. Wir wollen es nicht mehr beim Klagen lassen“, begründet der AbL-Vorsitzende Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf. Wer da nicht mitgehen will, den stellt die AbL vor die Wahl, auf 30 Prozent seiner Direktzahlungen zu verzichten, und zwar nicht nur auf 30 Prozent der Zahlungen für die 20 Prozent der Ackerflächen, sondern auf 30 Prozent der gesamten Betriebsprämie. „Das überlegen sich die Betriebe dreimal“, prophezeit der AbL-Vorsitzende. Dass der Maisanbau heute die größte relative Vorzüglichkeit unter den Ackerfrüchten habe, sei kein Zufall, sondern Ergebnis einer Politik, die die Nachteile der Tendenzen zu Mais-Monokulturen hinnehme und die vielen Vorteile der Leguminosen in den Wind schreibe. „Wir ändern die relative Vorzüglichkeit“, so Graefe zu Baringdorf. Als soziale Komponente füllt die AbL den Vorschlag der EU-Kommission, eine Obergrenze für die Zahlungen je Betrieb einzuführen, mit Leben. Die AbL schlägt als Obergrenze 150.000 Euro pro Betrieb und Jahr vor. Dabei wird von dieser Grenze betroffenen Betrieben die Möglichkeit gegeben, die Kürzung um die Hälfte ihrer Lohnkosten zu mildern. Die AbL sieht darin einen Beitrag, um die Wettbewerbsverzerrung der Zahlungen zulasten bäuerlicher Betriebe abzubauen. Gleichzeitig gebe es in flächenstarken Betrieben für arbeitsintensive Betriebszweige wie die Milcherzeugung und für bäuerlich-ökologische Wirtschaftsweisen eine faire Chance zur positiven Entwicklung.

„Unser Ansatz ist sozial, ökologisch und fair. Eine Reform, die das außen vor lässt, wird in der Gesellschaft nicht akzeptiert werden“, untermauert Graefe zu Baringdorf. *uj*

Kurzes am Rande

## Deß plündert 2. Säule

Berichterstatter im EU-Parlament will Direktzahlungen unangetastet lassen

Der bayerische CSU-Abgeordnete im Europäischen Parlament, Albert Deß, hat mit etwas Verspätung Mitte Februar seinen Entwurf für einen Bericht vorgelegt, mit dem das EU-Parlament auf die ersten Vorschläge der EU-Kommission zur EU-Agrarpolitik nach 2013 reagieren will. Doch aus allen Fraktionen im Parlament hagelt es bereits Kritik, so dass offen ist, wie viel vom Deß-Entwurf am Ende bestehen bleiben wird.

Der wichtigste Vorschlag von Deß richtet sich gegen das zentrale Vorhaben des EU-Agrarkommissars Dacian Ciolos, die Direktzahlungen in der 1. Säule an neue ökologische und soziale Kriterien zu binden. Der Kommissar will einen Teil der Direktzahlungen an die Betriebe nur noch auszahlen, wenn die Betriebe bestimmte ökologisch begründete Maßnahmen durchführen, etwa eine Mindest-Fruchtfolge einhalten, eine Winterbegrünung durchführen, Grünland nicht umbrechen und auf einem

auf die leicht zu erfüllenden Umweltmaßnahmen der 2. Säule geben wird. Es braucht nicht viel, um sich auszumalen, dass dafür in der finanziell begrenzten 2. Säule die Gelder für ambitionierte Maßnahmen geplündert werden. Deß reagiert auf den Vorwurf, indem er eine Umschichtung von Mitteln aus der 1. in die 2. Säule vorschlägt, nennt aber auch hier keine Zahlen. In einem Vorentwurf stand noch „Mitteltransfer von ca. 17 bis 20 Prozent“, das taucht aber jetzt nicht mehr auf. Außerdem soll die schon bestehende Umschichtung in Form der Modulation (10 Prozent in 2013) angerechnet werden, d.h. die zusätzliche Umschichtung schmilzt dahin. Der Vorwurf der Plünderung der 2. Säule wird zudem dadurch bestärkt, dass Deß ausdrücklich vorschlägt, dass Mitgliedstaaten mit unterdurchschnittlichen Direktzahlungen ganz auf eine Umschichtung in die 2. Säule verzichten können.

### Deß jetzt gegen Staffelung

Was die soziale Anbindung der Direktzahlungen angeht, so macht Albert Deß eine Wende um 180 Grad. Denn bisher galt Deß immer als einer, der in Brüssel für eine Arbeitskraftbindung der Zahlungen gesprochen hat. Jetzt, wo die EU-Kommission das in Verbindung mit einer einzelbetrieblichen Obergrenze der Direktzahlungen vorschlägt, macht Deß einen Rückzieher und schreibt, „dass jede unterschiedliche Behandlung der Landwirte nach Betriebsgröße und Rechtsform bei den Direktzahlungen unterbleiben muss“. Mit einem weiteren Vorschlag sorgt sich Deß schließlich dafür, dass er bei Bauern wie bei Entwicklungspolitikern und Marktwirtschaftlern vollends unten durch fällt: Er will das Instrument der Exportsubventionen in der EU ersetzen durch ein „WTO-konformes System der Ausfuhrkredite“, wie es z.B. die USA anwenden.

### Gefahr der Blamage

Wie gesagt, für seinen Berichts-Entwurf hat Albert Deß bereits heftige Kritik im EU-Parlament einstecken müssen, auch in seiner eigenen Fraktion. Zu befürchten ist nun, dass es an Änderungsanträgen nur so hageln wird und der ganze Bericht vor die Wand fährt. Für die parallel laufenden Verhandlungen um die EU-Finanzplanung für die Jahre nach 2013 sind das gänzlich schlechte Voraussetzungen. Über solche Signale freuen sich all diejenigen, die den Agrarhaushalt ohnehin vor allem als Steinbruch für Forschung, Energienetze oder Weltraumsatelliten missbrauchen wollen. Ob es da hilfreich ist, dass Bundesministerin Ilse Aigner den Deß-Vorschlag aufgreift und ebenfalls vorträgt, darf bezweifelt werden. *uj*



Beim Berichterstatter nicht Angekommen... Der Wunsch nach einem Systemwechsel. Foto: Nürnberger

kleinen Teil ihrer Flächen eine „ökologische Flächenstilllegung“ durchführen. Die Direktzahlungen der 1. Säule machen rund 80 Prozent der gesamten EU-Agrargelder aus. Der Agrarkommissar will in Zukunft einen Teil davon als Honorierung dieser Maßnahmen einsetzen – er nennt das Begrünung (Greening) der 1. Säule. Der Abgeordnete Deß schlägt etwas vor, was nur auf den ersten Blick ähnlich aussieht. Auch er will zwar die Direktzahlungen nur dann voll auszahlen lassen, wenn die Betriebe zwei „flächenbezogene Ressourcenschutzprogramme“ durchführen, die sie aus einer langen Liste auswählen können sollen. Doch anders als bei der EU-Kommission sollen diese Maßnahmen nicht durch einen Teil der Direktzahlungen honoriert werden. Vielmehr sollen die Maßnahmen noch zusätzlich honoriert werden und zwar aus Geldern der 2. Säule, also der „Ländlichen Entwicklung“, wo u.a. auch die Agrarumweltmaßnahmen (inkl. Ökopremie) und die Förderung der ländlichen Wirtschaftsentwicklung angesiedelt sind. Für die Direktzahlungen heißt das: Faktisch werden sie weiter ohne ökologische Gegenleistung gezahlt. Für die 2. Säule bedeutet der Deß-Vorschlag, dass es einen regelrechten Ansturm

# EU-Agrarreform einfach und wirksam

Pragmatischer Vorschlag des AbL-Bundesvorstandes für die nächsten Schritte

*Hiermit dokumentieren wir einen Vorschlag der AbL vom 18. Februar*

Die AbL legt hiermit einen pragmatischen Vorschlag für die konkreten Gesetzesentwürfe der EU-Kommission im Bereich der Mittelverwendung vor, die für Spätsommer/Herbst 2011 erwartet werden. Der Vorschlag zielt dabei auf die ersten Schritte der anstehenden Reform; die politischen Forderungen der AbL reichen zum Teil darüber hinaus. Hier geht es der AbL darum, in die wirksame soziale und ökologische Qualifizierung der Direktzahlungen einzusteigen. Der Vorschlag berücksichtigt folgende Grundsätze:

Die Organisation der EU-Agrarpolitik soll nach 2013 von der Grundanlage her in zwei Säulen fortgeführt werden. In beiden Säulen muss aber das Ziel einer umwelt- und sozialverträglichen Agrarpolitik effektiv verankert werden, d.h. beide Säulen müssen mit ihren unterschiedlichen Maßnahmen daran mitwirken. Das ist die neue Kohärenz, die sich durch die gesamte EU-Agrarpolitik ziehen muss. Nur so ist die gescheiterte Ausgleichslogik, wonach Teile der zweiten Säule (Ländliche Entwicklung) die negativen Folgen der ersten Säule (Direktzahlungen und Marktpolitik) ausgleichen sollten, zu überwinden.

Die zweite Säule darf weder finanziell geschwächt noch konzeptionell ausgehöhlt werden, im Gegenteil. Die zukunftsweisenden Maßnahmen der zweiten Säule, sowohl im Bereich der Agrarumweltprogramme als auch im Bereich der von der regionalen und lokalen Ebene bestimmten und getragenen ländlichen Wirtschaftsentwicklung (wie LEADER-Ansatz) müssen im Kontext der gesamten Agrarpolitik deutlich gestärkt werden. Sie sind als Kern der zweiten Säule beizubehalten und strukturell als auch finanziell zu stärken. Das bedeutet, dass die Bindung von Mindestanteilen der Gelder für diese Maßnahmenbereiche (Achsenbindung) bestehen bleiben muss, verbunden mit höheren Kofinanzierungssätzen der EU für besonders zukunftsweisende ambitionierte Maßnahmen. (...) Für beide Säulen gilt: bürokratischer Ballast ist einzustampfen. Die Cross Compliance-Bestimmungen müssen spürbar durchforstet und vereinfacht werden. Das geht sehr wohl, ohne damit auf eine in der Sache wirksame Kontrolle zu verzichten.

## Die nächsten Schritte

Die Entkopplung der Direktzahlungen und die Überführung in regional einheitliche Zahlungsansprüche je Hektar sind in der EU nicht mehr strittig. Der Schritt, der nun folgen muss, ist die wirksame soziale

und ökologische Konditionierung der Finanzmittel. Dazu schlägt die AbL folgenden Einstieg vor:

## Ökologische Konditionierung

Die Auszahlung eines ausreichend großen Anteils der einzelbetrieblichen Direktzahlungen – 30 Prozent – wird an folgende leicht zu erfassende und effektiv wirkende Maßnahmen der Betriebe gebunden. Die Betriebe können diesen Anteil der Direktzahlungen für sich sichern (freiwillig), indem sie folgende Maßnahmen ergreifen: in der Acker-Fruchtfolge nimmt pro Vegetationsperiode eine Frucht maximal 50 Prozent der betrieblichen Ackerfläche ein,

in der Acker-Fruchtfolge nehmen Leguminosen (und Leguminosen-Gemenge wie Klee gras) mindestens 20 Prozent der betrieblichen Ackerfläche ein,

3 Prozent der betrieblichen Nutzfläche werden für ökologische Vorrangflächen (Landschafts-Strukturelemente wie Hecken, Streuobstwiesen, Blühstreifen) bereitgestellt. Bei hohen Schlaggrößen gilt das auch als Mindestanteil pro Schlag.

Der Grünland-Anteil muss erhalten bleiben.

Betriebe, die diese Maßnahmen nicht ergreifen, geben den Anspruch auf den oben genannten Anteil von 30 Prozent ihrer gesamten Direktzahlungen auf. Das Geld der aufgegebenen Ansprüche wird im jeweiligen Mitgliedsland in der 2. Säule für Maßnahmen im Bereich der zukunftsweisenden Maßnahmen zur Verfügung gestellt.

Die Wirksamkeit der oben vorgeschlagenen ökologischen Konditionierung liegt darin, dass bei Nichteinhaltung der gesetzten Maßnahmen 30 Prozent der Direktzahlungen des Gesamtbetriebes einbehalten werden. Damit rechnet sich z.B. Maisanbau in Monokultur nicht mehr, oder anders ausgedrückt: Die relative Vorzüglichkeit (Wirtschaftlichkeit) des Anbaus einer einzelnen Frucht wird aufgehoben, wenn diese entweder die Höchstgrenze von 50 Prozent der Ackerfläche überschreitet oder wenn der Mindestanteil an Leguminosen von 20 Prozent der Ackerfläche unterschritten wird. Denn jede Über- bzw. Unterschreitung der gesetzten Grenzen wird mit der Sanktion des Abzugs von 30 Prozent der gesamten Betriebsprämie belegt.

## Vorteile

Die breitere Fruchtfolge mit einem Mindestanteil an Leguminosen verbessert die Bodenfruchtbarkeit. Der Humusgehalt und damit die klimaschonende Kohlen-

stoff-Senkfunktion der Böden wird erhöht. Der Leguminosen-Anbau führt zu einer natürlichen Anreicherung von (Luft-)Stickstoff im Boden. Damit lässt sich ein Teil der energieintensiven Stickstoff-Düngung ersetzen. Die Biodiversität (sowohl natürliche Artenvielfalt als auch die arg gefährdete Nutzpflanzen-Vielfalt) wird gestärkt. Monokulturen (insbesondere Mais) verlieren ihre betriebswirtschaftliche relative Vorzüglichkeit – sie lohnen sich nicht mehr. Die Ausbreitung von Mais-Schädlingen wird erheblich gebremst und damit die fehlende Notwendigkeit von gentechnisch veränderten Mais-Sorten offenkundig.

Ein erheblicher Beitrag zur heimischen Eiweißversorgung wird geleistet und damit indirekt auch ein Beitrag zum Schutz von Regenwäldern in Südamerika.

Diese ökologische Konditionierung (Fruchtfolge mit Leguminosenanteil) ist ein wichtiger Schritt für den notwendigen Wandel von der ölgesteuerten Agrarproduktion hin zur klimaschonenden solargestützten Landwirtschaft.

## Soziale Konditionierung

In ihrer Mitteilung vom November 2010 hat die EU-Kommission die Einführung einer betrieblichen Obergrenze („Deckelung“) vorgeschlagen, „unverhältnismäßige Auswirkungen auf landwirtschaftliche Großbetriebe mit vielen Beschäftigten“ sollen „durch Berücksichtigung von entlohnter Arbeit gemildert werden“.

Die AbL schlägt folgende Umsetzung vor:

Die Obergrenze wird bei 150.000 Euro je Betrieb und Jahr angesetzt. Bei der einzelbetrieblichen Berechnung der Obergrenze bleibt der Anteil der Direktzahlungen (30 Prozent), der durch Einhaltung der ökologischen Konditionierung gesichert wird, außen vor.

Betrieben, die von der Obergrenze betroffen sind, wird die Möglichkeit gegeben, die von der Obergrenze bewirkte Kürzung auf Antrag um den Betrag zu mildern, der der Hälfte ihrer regulären, sozialversicherten Lohnkosten entspricht. Die Betriebe müssen dafür selbst tätig werden, indem sie einen entsprechenden Antrag und die erforderlichen Nachweise selbst vorlegen. Mit den halben Lohnkosten kann höchstens die durch die Obergrenze erfolgte Kürzung ausgeglichen werden, d.h. die maximale Zahlungssumme je Betrieb bemisst sich – wie auch unterhalb der Obergrenze – nach der prämienberechtigten Fläche und den entsprechenden einzelbetrieblichen Zahlungsansprüchen.

In Betrieben, deren Zahlungsansprüche



Arbeitsgemeinschaft  
bäuerliche Landwirtschaft e.V.

in der Summe unterhalb der Obergrenze bleiben, finden die Arbeitskräfte bzw. Lohnkosten keine Berücksichtigung. Somit ist die Zahl der Betriebe, die Ansprüche anmelden können, je nach Mitgliedsstaat mit 1 bis 3 Prozent sehr begrenzt, regional kann sie gleichwohl darüber liegen.

## Vorteile

Diese flexibel gestaltete Obergrenze ist WTO-konform.

Sie erhöht die Gerechtigkeit der Zahlungen innerhalb der Einkommensfunktion (nicht die Fläche, sondern Menschen haben Einkommen).

Die Benachteiligung von landwirtschaftlichen Sektoren mit höherer Wertschöpfung je Fläche, die in aller Regel mit einem höheren Arbeitsaufwand verbunden ist, wird mindestens in großen Betrieben verringert.

Wettbewerbsverzerrungen zu Lasten bäuerlich ökologischer Landwirtschaft werden gemildert. Nur sehr geringe Inanspruchnahme der staatlichen Administration (Nachweispflichten liegen bei den wenigen betroffenen Betrieben).

Die Anrechenbarkeit auf maximal 50 Prozent der sozialversicherungspflichtigen Lohnkosten zu begrenzen macht deutlich, dass das Einkommen der Betriebe vor allem aus den Markterlösen der Betriebe erfolgen soll. Eine Übersubventionierung von Arbeitsplätzen soll abgeschafft werden – heute erreichen rationalisierte Ackerbaubetriebe Zahlungen von umgerechnet bis zu 120.000 Euro je Arbeitskraft pro Jahr. Das ist eine enorme Wettbewerbsverzerrung zulasten bäuerlich wirtschaftender Betriebe, die – ob groß oder klein – nur ein Zehntel davon je Arbeitskraft erhalten.

Die vorgeschlagene Qualifizierung der Finanzmittel der EU ist ein wichtiger Schritt für die Zukunftssicherung der bäuerlichen Betriebe, indem die gesamtgesellschaftlichen Herausforderungen wie Klimawandel, Ernährung einer wachsenden Weltbevölkerung, Artenvielfalt und Wirtschaftsentwicklung in den ländlichen Regionen aktiv aufgegriffen werden. Das Ziel ist unbestritten, die ersten Schritte sind beschrieben, jetzt kommt es auf die politische Vernunft und Entscheidungskraft an.

Download: [www.abl-ev.de](http://www.abl-ev.de)

# NRW-Minister kündigt Änderungen bei Förderung an

Stallbauförderung begrenzen, Strohhaltung fördern, Ökologischen Landbau stärken

## Neuer Milchriese

Nordmilch und Humana fusionieren zum Deutschen Milchkontor (DMK). Anfang Februar stimmten Vertreter beider Molkereigenossenschaften mit einer Mehrheit für den Zusammenschluss rückwirkend zum 1. Juli 2010. Zusammen sollen es die Molkereien auf eine Milchlieferungsmenge von 6,7 Mrd. Kilogramm (Zur Veranschaulichung: 1 Mrd. gleich 1.000 Mio.) und einen Umsatz von 4,8 Mrd. Euro bringen. Nach Ansicht des Bundesverbands Deutscher Milchviehalter (BDM) zeigt diese Fusion exemplarisch, wie der Wettbewerb um Rohmilch für die Milcherzeuger Schritt für Schritt ausgeschaltet wird. „Für große Teile des nord- und ostdeutschen Raums wird es noch weniger Wettbewerb geben“, warnt der BDM. Die in den Genossenschaften Nordmilch und Humana gebundenen 11.000 Milcherzeuger haben kaum noch eine Chance, ihre Milch zukünftig einem anderen Molkereiunternehmen als dem DMK anzubieten. Das auf dem Papier bestehende Mitbestimmungsrecht der Milcherzeuger im DMK sei wertlos, kritisiert der Verband. Durch die komplette Auslagerung des operativen Geschäfts in ein als GmbH geführtes Milchverarbeitungsunternehmen reduziere sich ihr direktes Mitbestimmungsrecht auf ein Minimum. *mh*

Nordrhein-Westfalens Landwirtschaftsminister Johannes Rimmel (Grüne) hat auf der Jahresversammlung der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) in Nordrhein-Westfalen zum Teil deutliche Änderungen am landeseigenen Förderprogramm Ländlicher Raum vorgestellt. Die Änderungen, die möglichst schon in diesem Frühjahr in Kraft treten sollen, betreffen insbesondere die Stallbauförderung durch das Agrarinvestitionsförderprogramm (AFP), die Einführung einer neuen Tierschutzmaßnahme sowie die Anpassung einiger Agrarumweltmaßnahmen. Ein entsprechender Vorschlag liegt bereits vor und soll im März bei der EU-Kommission zur Genehmigung eingereicht werden, so dass Anträge für Agrarumweltmaßnahmen schon in 2011 auf Grundlage der Änderungen erfolgen können.

### Grenzen für Stallbauförderung

Für die Förderung von Stallbauten gelten dann neue Grenzen und zwar sowohl für absolute Tierzahlen je Bestand als auch für den Tierbesatz pro Fläche. Für die absoluten Bestandsobergrenzen werden die Tierzahlen pro Bestand herangezogen, die bereits in der Bun-

mehr auch dann nur 25 Prozent bekommen. Gesenkt wird die Regelförderung von 20 auf 15 Prozent und auch die maximal förderfähige Investitionssumme und zwar von 1 Mio. Euro auf 750.000 Euro je Betrieb.

Die zweite Grenze, die das Ministerium wieder einführen will, bezieht sich auf die Fläche: Agrarinvestitionen sollen zukünftig nur bis zu einem Viehbesatz von zwei Großvieheinheiten je Hektar gefördert werden. Allerdings darf davon abgewichen werden, wenn Gülleabnahmeverträge mit anderen Landwirten oder eine Güllebörse die Abnahme überschüssiger Mengen sichern. Aber 51 Prozent der anfallenden Gülle muss auf den vom Betrieb selbst bewirtschafteten Flächen ausgebracht werden. Dies begründet der Minister mit andernfalls gefährdeten Familieneinkommen. Durch eine Anpassung dürfe nicht zusätzlicher Druck auf die Fläche entstehen, der die Pachtpreise in die Höhe treibt.

### Bonus für Haltung auf Stroh

Auch bei dem neuen Förderbaustein „umwelt- und tiergerechte Haltungsverfahren auf Stroh“, welches das zwischen 1996 und 2005 angebotene „Festmistprogramm“ weiterentwickelt, wird die Flächenbindung in der Tierhaltung gestärkt. Es gilt für Schweine und Milchkühe, Nachzucht, Mastriinder und – wenn Berlin zustimmt – auch für Mutterkühe. Bedingungen sind u.a. mehr Platz im Stall je Tier und eine regelmäßig mit Stroh eingestreute Liegefläche. Außerhalb der Liegefläche sind Teil-Spaltenböden erlaubt.

### Anhebung der Ökoförderung

Für den Ökolandbau sieht das Ministerium eine Anhebung der Umstellungsprämie für Ackerland, Gemüsebau und Dauerkulturen vor, da bisher nicht bediente Absatzchancen überwiegend in diesen Bereichen bestünden, während in den letzten Jahren vor allem Grünland umgestellt wurde, so die Begründung des Vorschlags. Außerdem wird die Förderung für vielfältige Fruchtfolge wieder für Biobetriebe geöffnet. Minister Rimmel zum gesamten Vorschlag: „Wir haben ein ambitioniertes Programm aufgelegt, das wir weiterentwickeln werden. Allerdings sind die finanziellen Möglichkeiten aufgrund der Vorfestlegungen der vergangenen Jahre beschränkt.“

### Tierschutz voranbringen

Rimmel berichtete, im Rahmen des Immissionsschutzes sei eine Bundesratsinitiative geplant, um bei Abluftfiltern von Ställen den neuesten Stand der Technik zur Anwendung zu bringen. Desweiteren wolle er Bundesrats-

initiativen gegen die Käfighaltung von Legehennen (ausgestaltete Käfige), die „Putenqualhaltung“ und das Schwänze-Kupieren bei Schweinen auf den Weg bringen. Bei der bisherigen Regelung, die das Kupieren in Ausnahmen erlaubt, handele es sich um eine vorübergehende Maßnahme. Andernfalls hätte man jeden Hof schließen müssen. Auch will Rimmel für ein Kastrier-Verbot bei Ferkeln eintreten, für das bereits einzelne große Fleischunternehmen wie Tönnies den Boden bereiten.

In seiner Rede auf der AbL-Versammlung ging der Minister auch auf die Einfuhr niederländischer Gülle ein. „Dadurch, dass wir die Einfuhr an die Auflage der Hygienisierung gebunden haben, ist die Einfuhr fast gestoppt worden“, sagte Rimmel. Er betonte aber, dass ohnehin nur 2 bis 3 Prozent der in Nordrhein-Westfalen ausgebrachten Gülle aus den Niederlanden gekommen sei. In dem Bundesland gäbe es massive Grundwasserprobleme, so dass Deutschland seine Verpflichtungen nach EU-Wasserrahmenrichtlinie nicht habe einhalten können. Das Problem müsse angegangen werden.

### Leguminosen-Projekt der AbL NRW

Im Anschluss an den Ministerbesuch stellte Bernd Schmitz das Projekt der AbL NRW „Vom Acker in den Futtertrog – Leguminosenanbau, Vermarktung und Verwertung in NRW“ vor. Ziel sei es, den Anbau und die Futtermittelverwertung heimischer Eiweißpflanzen wieder zu stärken. Am Projekt teilnehmende Bauern werden beim Anbau von Leguminosen betreut und können sich über ihre Erfahrungen austauschen. Das Projekt sieht besonders auch die Zusammenarbeit mit konventionellen Bauern vor. Zudem gehe es unter anderem darum, die Pflanzenzüchtung zu aktivieren, die Futterverwertung zu untersuchen sowie die Bandbreite der zur Verfügung stehenden Sorten zu ermitteln. Dabei wolle man sich auch mit der Landwirtschaftskammer vernetzen. Auf der Tagung zeigte sich großer Diskussionsbedarf. Für wichtig erachtet wurde das Projekt aufgrund der Eiweißabhängigkeit Europas sowie wegen der Fähigkeit der Leguminosen, Stickstoff aus der Luft im Boden zu binden und damit den Bedarf an Düngemitteln zu senken. Auf die EU-Agrarpolitik ging auch Minister Rimmel ein: „Vielleicht ist es illusionär, den Brüsseler Agrarhaushalt halten zu können, aber ich trete dafür ein. Das kann aber überhaupt nur gelingen, wenn wir zu neuen Begründungen kommen und das Geld dafür einsetzen, die großen Herausforderungen zu lösen.“ Diese sind für ihn Klimaschutz, Erhalt der Artenvielfalt, Welthandel und Spekulation mit Agrarrohstoffen und Erhalt von Einkommensmöglichkeiten für Bauern und Bäuerinnen im ländlichen Raum. *ch*



Neuer Wind in NRW: Minister Rimmel

Foto: MKUNLV

desimmissionsschutzverordnung genannt sind und dort das so genannte vereinfachte Genehmigungsverfahren auslösen. Das sind z.B. 1.500 Mastschweine, 600 Milchkühe oder 30.000 Masthühner. Ställe, die zum Ausbau der Kapazitäten führen, sollen bei Mastschweinen und Mastgeflügel nur noch bei besonders tiergerechten Haltungsverfahren gefördert werden. Damit richtet sich laut Minister Rimmel die Förderung an kleinere und mittlere Betriebe und fördere die bäuerliche Landwirtschaft. Geändert werden auch die Förderhöhen: Besonders tiergerechte Haltungsverfahren werden stärker gefördert, wobei Milchkuhbestände von 150 Kühen und

# Gemeinschaftsbank fördert Ökolandbau deutschlandweit

Kauf von BVVG-Flächen in der Uckermark ruft auch kritische Stimmen auf den Plan

Im brandenburgischen Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin liegt mit 12.000 ha das größte zusammenhängende Bioackerbaugelände Europas. Seit circa 20 Jahren werden die Flächen ökologisch bewirtschaftet. Als für 2.500 ha davon im Jahr 2009 die Pachtverträge mit der staatlichen Bodenverwertungs- und -verwaltungsgesellschaft mbH (BVVG) ausliefen, stand der Verkauf der Flächen an. Die dreizehn betroffenen Biobetriebe hatten zwar einen Direkterwerbsanspruch nach der Privatisierungsrichtlinie, aber nach Angabe der sozial-ökologisch orientierten „Gemeinschaftsbank für Leihen und Schenken“, kurz GLS, konnten die Betriebe die Kaufsumme nicht aufbringen. Deshalb wandten sie sich an die Bank. Gemeinsam entwickelte man die Idee eines bundesweiten Bodenfonds, der Ökoanbaufläche langfristig sichern soll. Die Bio-Bodenfonds GmbH und Co. KG mit Sitz in Bochum wurde gegründet. Der Bio-Bodenfonds kaufte das Land von der BVVG und verpachtete es an die Bauern. Stefan Palme vom Gut Wilmersdorf ist einer der Biolandwirte, die dazu ihr Vor-

Bei einem Kaufpreis von 13 Mio. Euro verblieben 4 Mio. Euro im Fonds, die als „Grundstock“ für weitere bundesweite Flächenankäufe verwendet werden, erklärt Roeckl. Der Bio-Bodenfonds ist mittlerweile in verschiedenen Bundesländern mit ca. 40 interessierten Landwirten und Zusammenschlüssen im Gespräch, um landwirtschaftliche Flächen zu kaufen und sie anschließend an Biobetriebe zu verpachten.

## Eine andere Art Bodenfonds

Das Investitionsverhalten des Bio-Bodenfonds ist laut Roeckl dadurch gekennzeichnet, dass nur Ökolandbauflächen oder Umstellungsflächen für Hoferweiterungen gekauft werden, der gesamte Betrieb ökologisch bewirtschaftet werden muss und die Flächen dauerhaft gehalten werden. Wichtig ist für sie auch, dass interessierte Biobauern selbst auf den Fonds zugehen müssen. Um Verwaltungskosten niedrig zu halten, kauft der Fonds nur Flächen ab etwa 50 ha in einer Region, wobei diese auch für verschiedene Pächter erworben werden können. Der Pachtzins

rigte Mindesteinlage von 3.000 Euro und die knapp 600 inländischen Zeichner sprechen, so Roeckl, für eine breite Kapitalverteilung.

## Zum konkreten Fall Uckermark

Kein Kauf ohne Kaufpreis. In der Uckermark wurde im Vorfeld des Kaufes im September 2008 in einer europaweiten Ausschreibung der BVVG für 150 ha arrundierte Ökoanbaufläche in der Schorfheide mit einer ebenfalls 15-jährigen Bindung an Ökolandbau der Kaufpreis der späteren Fondsflächen mit 7.000 Euro (bei 38 Bodenpunkten) ermittelt, so Palme. Dieser Preis wurde zugrundegelegt, als die Bank im folgenden Jahr 2009 die 2.500 ha Fläche in zwei Tranchen kaufte. Da es sich bei den 2.500 ha laut Roeckl um Flächen mit teilweise sehr niedriger Bodenzahl handelt, lag der Durchschnittspreis der Ackerflächen bei 6.660 Euro.

„Hätte die Bank nicht gekauft, wäre das Land zu einem großen Teil ausgeschrieben worden und für den ökologischen Landbau verloren gegangen“, ist Palme überzeugt. Deshalb setzte er sich mit seinen Kollegen bei der Politik dafür ein, dass der Fonds das Land, auf das die Landwirte Direkterwerbsansprüche nach dem Privatisierungsgesetz besaßen, an Stelle der Bauern erwerben konnte.

Dass die BVVG die Flächen nicht ausgeschrieben hat bzw. der Gesetzgeber der BVVG die Ausschreibung nicht vorgeschrieben hat, kritisiert Franz Joachim Bienstein aus Mecklenburg: „Ob Bio oder nicht, ohne Ausschreibung begibt man sich auf dasselbe Niveau, mit dem die meisten anderen BVVG-Flächen verkauft wurden.“ Der Landwirt hat selbst über Jahre vergeblich versucht, BVVG-Flächen für eine Betriebserweiterung zu kaufen, und ist kein Einzelfall. Seine Klage gegen die BVVG und ihre Flächenvergabepraxis wurde von zwei Gerichten abgewiesen. Bienstein, dessen Fall inzwischen den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte beschäftigt, fragt aber auch, warum die GLS über 1.000 ha große Betriebe unterstützt. „Hier wurde für eine Gruppe ausgewählter Betriebe ein verbilligter Preis ausgehandelt“. Derselben Meinung ist der Bauer Jörg Gerke, ein langjähriger Beobachter der ostdeutschen Bodenvergabepraxis: „Die GLS-Bank hat die arrundierten Flächen zu einem extrem subventionierten Preis gekauft. Unter der Voraussetzung, dass 6.000 Euro pro ha im Vergleich zu Preisen auf dem freien Markt von bis zu 20.000 Euro für umliegende Flächen gezahlt wurden, lag der Kaufpreis bei dreißig Prozent des Marktpreises“, schätzt er. Palme findet diesen Vergleich nicht zulässig, auch weil die Fonds-Flä-

chen mit einer 18-jährigen Öko-Bindung belegt sind. Aus Gerkes Sicht wäre es richtig gewesen, zeitnah zum Verkauf eine Ausschreibung mit „kleinen Losgrößen um 250 ha“ zu machen, um Großinvestoren möglichst auszuschließen. „Wäre eine Ausschreibung erfolgt, auch unter der Prämisse des ökologischen Anbaus, hätten sich Tausende umstellungswilliger konventioneller Betriebe und Hunderte ökologischer Betriebe gemeldet“, ist sich Gerke sicher.

Gerke sieht weitere Nutznießer des Falls: „Der Verkauf der Bioflächen an den Bio-Bodenfonds soll Akzeptanz schaffen für das Ziel der ostdeutschen Agrarlobby, unter anderem des Bauernverbands, die noch übrigen arrundierten BVVG-Flächen schnell und billig an die alten Kader zu verkaufen.“ Das Motto laute: Die kriegen Flächen zu diesem Preis, wir wollen auch. Gerke beobachtet seit 2008 eine Medienkampagne der ostdeutschen Agrarlobby, die das „Schreckgespenst“ des fremden Investors für ihren Zweck des schnellen und billigen Verkaufs nutzt.

Laut Palme liegt die von ihm an den Fonds gezahlte Pacht von 150 Euro pro ha ein Viertel bis ein Drittel über den umliegenden Pachten. Einen Grund dafür sieht er in den arrundierten Fonds-Flächen. Für seinen Betrieb sei der Preis im Vergleich zur vorhergehenden BVVG-Pacht sogar um 40 Prozent gestiegen. Sein Vorteil trotz der Pachtsteigerung ist die Sicherung der Flächen für weitere 30 Jahre. Laut Erfahrungen des Kreislandwirtschaftsamt liegen die privaten Pachtpreise für Ackerland im Kreis Uckermark bei 36 Bodenpunkten aktuell in der Regel zwischen 108 und 180 Euro. Die BVVG, so schätzt Palme, verlangt für Neuverpachtungen zwischen 500 und 600 Euro. Nach Gerkes Ansicht gebe der Fonds über den Pachtpreis eine Subventionierung seitens der BVVG durch den günstigen Kaufpreis an die Landwirte weiter. Cornelia Roeckl nahm Stellung zu dem Vorwurf der Subventionierung: Der Kauf erfolgte zu einem angemessenen, in einer Ausschreibung ermittelten Preis. Sie kann die Kritik an der Privatisierungspolitik der BVVG nachvollziehen. Doch habe man als Bank keinen Einfluss auf diese. Unter sozialen und ökologischen Gesichtspunkten sei es sinnvoll, die Fläche für den Ökolandbau zu sichern. Mit dem Fonds könne man Fehlentwicklungen der BVVG-Politik und der Pachtpreisentwicklung nicht ausgleichen, so Roeckl. Sie wünscht sich, dass – besonders von Verfechtern der bäuerlichen Landwirtschaft – auch erkannt wird, welche Chance der Fonds als Instrument für den ökologischen Landbau bundesweit bietet. *ch*



Der Bio-Bodenfonds: Chance für den bundesweiten Ökolandbau?

Foto: Sept/pixelio

kaufsrecht an den Fonds abtraten. Bei Palme etwa liegt die gepachtete Fondsfläche bei 240 ha seiner insgesamt gut 1.000 ha Fläche. Im Durchschnitt bewirtschaften die 13 Betriebe rund 700 ha. Der Bio-Bodenfonds ist gegenüber der BVVG verpflichtet, die Fläche mindestens 15 Jahre ökologisch zu bewirtschaften. Die pachtenden Bauern sind gegenüber dem Fonds darüber hinaus verpflichtet, für mindestens 18, in der Regel sogar 30 Jahre nicht nur diese Flächen, sondern den Gesamtbetrieb ökologisch zu bewirtschaften.

„Der Fond war schnell überzeichnet“, berichtet Cornelia Roeckl, Firmenkundenberaterin bei der GLS-Bank, „das Interesse war riesig“. Die Bank bot Anteilscheine im Gesamtbetrag von knapp 14 Mio. Euro an. Zusätzlich gaben die Landwirte dem Fonds ein Darlehen von 4 Mio. Euro.

orientiert sich laut Roeckl am Pachtniveau in der Region und müsse für die Bauern auch zukünftig bezahlbar bleiben. Die Pacht an den Fonds beträgt jeweils 3,2 Prozent des Kaufpreises. Erhöht werden soll sie laut Roeckl ausschließlich um einen Inflationsausgleich, der auch die Erzeugerpreisentwicklung berücksichtigt.

Den Anlegern bietet der Fonds durch die dauerhafte Verzinsung von 2,5 Prozent vor allem langfristige Sicherheit. Roeckl erklärt: „Ganz ohne Rendite geht es nicht.“ Die Rendite ergibt sich aus den Pachteinahmen abzüglich der Verwaltungskosten. Durch eine Pächterhöhung würden die Anleger einen Zinszuschlag erhalten. Roeckl nennt als wesentliche Vorteile des Bio-Bodenfonds dessen langfristige Strategie: Es erfolgen keine Verkäufe zu Spekulationszwecken. Die nied-

## Mal über Gorleben reden

Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU) wirbt trotz der Absage des Lüchow-Dannenberg Kreistages und der örtlichen Protestgruppen weiter für einen Gorleben-Dialog. Mitte Februar hatte Röttgen im Kreistag sein Konzept für paritätisch besetzte Gremien vorgestellt, um die Menschen der Region an den Untersuchungen des Salzstocks Gorleben auf seine Eignung als atomares Endlager hin zu beteiligen. Vor Ort indes fühlt man sich getäuscht, denn schon seit langem ist klar, dass es eine ergebnisoffene Diskussion nicht geben wird. Der ständig weiter vorangetriebene Ausbau des Bergwerks schaffe dagegen vollendete Tatsachen, so die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (Bl). „Dass schon am 28. Juli 1977 ein Planfeststellungsverfahren für die Errichtung eines Endlagers von der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt (PTB) beantragt wurde, dieses aber, um die formal-rechtliche Mitsprache der Bevölkerung zu unterbinden, nicht fortgeführt wurde, kann durch derartige Mitsprache-Angebote nicht übertüncht werden“, kritisiert die Bl. Bewusst habe Röttgen bei der Aufhebung des Moratoriums im Jahr 2010 auf die Fortschreibung dieser zutiefst undemokratischen Vorgehensweise bestanden. „Auf das Mitsprache-Gesäusel und den Demokratie-Schwindel wird deshalb niemand hereinfallen, nicht weil wir prinzipielle Nein-Sager sind, sondern weil die Öffentlichkeit hier getäuscht werden soll und weiterhin entrechtet bleibt“, bringt Bl-Sprecher Wolfgang Ehmke die ablehnende Haltung auf den Punkt. *mn*

## Zupacken auf Malle

Anstatt faul in der Sonne zu liegen, kann man die Ferieninsel Mallorca auch einmal ganz anders erleben. Aufs Land, in die Berge und dort zupacken. In der Serra de Tramuntana, den Bergen des Nordwinds, zum Beispiel werden bis in den Februar hinein Oliven geerntet. Die spanische Untergruppe der Organisation WWOOF (World Wide Opportunities on Organic Farms) vermittelt Interessierte an ökologisch wirtschaftende Höfe in Spanien. Der Deal ist immer der gleiche: Arbeitskraft gegen Natur- und Gemeinschafts-Erlebnis, bei freier Kost und Logis. Interessierte müssen mindestens 18 Jahre alt und gewillt sein, zwischen fünf und sechs Stunden täglich für die Gastfamilie zu arbeiten. In der Regel werden ein bis zwei freie Tage pro Woche gewährt. Für zwanzig Euro Mitgliedsbeitrag können zwölf Monate lang Adressen aus dem Internet unter [www.wwooof.es](http://www.wwooof.es) abgerufen werden. *mh*

## Proteste erfolgreich

Ein Sieg für Gentechnikgegner. Das Saatgutunternehmen Dr. K.-H. Niehoff aus dem mecklenburgischen Bütow wird die gentechnisch veränderte Kartoffelsorte Amflora nicht mehr anbauen. Grund für die Kündigung des Anbauvertrags mit dem Chemiekonzern BASF seien nach Aussagen des Geschäftsführers Niehoff vor allem die Proteste und Feldbesetzungen von Gentechnikgegnern gewesen. Auf rund 14 Hektar hat das Unternehmen im Jahr 2010 Amflora angebaut. BASF will dieses Jahr die gentechnisch veränderte Stärkekartoffel auf einer Fläche von zwei Hektar in Üplingen in Sachsen-Anhalt vermehren. Auch in Schweden soll die Gentec-Kartoffel angebaut werden, obwohl im Jahr 2010 auf einer Anbaufläche des Chemiekonzerns Pflanzen der in der EU nicht zugelassenen Sorte „Amadea“ gefunden wurden, woraufhin der komplette Bestand vernichtet werden musste. *mh*

## Liu Xiaobo kämpft auch für Bauern

Die Verleihung des Friedensnobelpreises an den immer noch inhaftierten chinesischen Menschenrechtler Liu Xiaobo hat auch für die chinesischen Bauern eine große Bedeutung. In der „Charta 08“ verlangen Liu und zahlreiche weitere mutige Unterzeichner neben der Einhaltung von Menschenrechten, einem demokratischen Staatsaufbau und Umweltschutz auch die Abschaffung der bisher unterschiedlichen Rechte für Land- und Stadtbewohner, so z.B. einen einheitlichen Ausweis für die Bauernarbeiter („Wanderarbeiter“), damit diese auch in den Städten ein Aufenthaltsrecht bekommen. Die „Charta 08“ fordert außerdem die Privatisierung von Grund und Boden und die Garantie von Boden-Eigentumsrechten der Bauern, ein gerechtes Steuersystem und die Einführung einer Grundversicherung für Ausbildung, Krankheit, Alter und Arbeit. Die AbL verlangt in einer Presseerklärung die sofortige Freilassung von Liu Xiaobo. *en*

Kurzes am Rande

## Aufbruch in Thüringen

Eindrücke vom Gründungstreffen der Thüringer AbL

In den neuen Bundesländern hat es die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft schwer. Das kann an den Großstrukturen der Betriebe oder an den weiten Entfernungen liegen. An den Menschen jedenfalls liegt es nicht. Das zeigte sich beim ersten Treffen des Thüringer Landesverbandes der AbL im deutschen Bienenmuseum in Weimar. Mehr als 65 interessierte und engagierte Bäuerinnen und Bauern, Imkerinnen und Imker, Naturschützer und Verbraucher sowie Vertreter verschiedener Verbände nahmen an der Gründungsveranstaltung des Thüringer Landesverbandes der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V. (AbL) teil.

Dass von dem Treffen politische Signale ausgehen sollten, machte Berufsimker Michael Grolm in seiner Begrüßungsrede deutlich: „Wir brauchen eine Landwirtschaftsministerin, für die es nicht normal ist, dass jedes Jahr 10.000 Höfe dicht machen. Wir müssen sie daran messen, wie viel Höfe jedes Jahr neu anfangen.“ Dass es zum Erhalt einer bäuerlichen Landwirtschaft dringender Reformen bedarf, verdeutlichte Georg Janßen (Bundesgeschäftsführer der AbL) in seinem Vortrag über die aktuelle Agrarpolitik. „Im Zuge der EU Agrarreform müssen die Betriebe das Geld erhalten, welche dringend benötigte Arbeitsplätze auf dem Land schaffen und

welche sich für den Tierschutz und Naturschutz einsetzen.“

Alexander Seyboth (Geschäftsführer Thüringer Ökoherz e.V.) äußerte sich zur Situation in Thüringen. Hauptunsicherheit sei derzeit die Entwicklung in der Förderpolitik. Es gäbe bisher vom Thüringer Ministerium weder ein eindeutiges Votum für den Ökolandbau, noch sei die finanzielle Unterstützung der ökologisch-nachhaltigen Landwirtschaft geklärt. Auch bemängelt er, dass für Neueinsteiger faktisch kein Land zur Verfügung steht. „Bei mir rufen wöchentlich gut ausgebildete Menschen an, die hier in Thüringen einen neuen Betrieb gründen wollen. Da es aber keine Flächen gibt, ist dies nicht möglich.“ Weitere Probleme sind die fehlende Vernetzung von Herstellung, Verarbeitung und Handel, um regionale Kreisläufe zu schließen.

Der Vorstand des Thüringer Landesverbandes, bestehend aus fünf Mitgliedern, wird zukünftig die Geschicke der AbL in die Hand nehmen und die Aktivitäten vorbereiten, die Mitglieder informieren und versuchen, über Vorträge, Seminare und öffentlichkeitswirksame Aktionen zur Schaffung eines neuen, kritischen Bewusstseins in der Bevölkerung beizutragen.

*Daniela Kersten*



Dazu gehören: Michael Grolm, Berufsimker aus Tonndorf; Claudia Gerster, Bäuerin aus Dietrichsroda; Volkmar Voigt, Bauer aus Schkölen; Daniela Kersten, Fachanwältin für Agrarrecht aus Wichmar; Frank Neumann, Nebenerwerbslandwirt aus Berga/Elster.

## Die Saat des Bösen

19. März 2011, Rostock, weitere Termine deutschlandweit

Prof. Andrioli, Gentechnikgegner aus Brasilien, spricht zu Agro-Gentechnik in Südamerika und der Welt.

19.30 Uhr im Audimax in Rostock, Ulmenstr. 69; Infos: Roloff, ☎ 0385 52133913  
**weitere Termine:** 17.3. Bad Dübener: ☎ 0341-9800212, sigoel@web.de; 18.3. Dresden: ☎ 0351-5000172, post@mandyhelas.de; 20.3. Demmin: ☎ 039959-23881, ulenkrug@t-online.de; 21.3. Kiel, ☎ 0431-901-3765, nicoline.henkel@kiel.de; 22.3. Bremerhaven, ☎ 0471-37201, peters.vollwertkueche@gmx.de; 23.3. Rheinbach, ☎ 02226-9219-0, karl.hempel@musikschule-rheinbach.de; 24.3. Faid, ☎ 02653-1614, ml.volk@gmx.net; 25.3. Michelstadt, ☎ 06164-5851, guka-ernaehrung@web.de; 28.3. Haslach, ☎ 07832-1751, hannischaefter@t-online.de

### Betriebspiegel

Demeterbetrieb in Südostbayern  
38 ha Wiesen und Acker,  
12 Milchkühe + Mastrinder,  
3 Zuchtsauen + 1 Eber, Mastschweine,  
Pferde, Schafe, Esel, Bienen,  
Direktvermarktung von Fleisch,  
pfluglose Bodenbearbeitung

Es war eine ungewöhnliche Karawane, die an diesem Herbstabend hinauszog zu einem vorbereiteten Feld auf dem Blümlhof, um dort per Hand die alte Roggensorte „Martin Schmidt“ auszusäen: voraus die Eselkutsche, beladen mit zwei Säcken hofeigenem Roggensaatgut, dahinter etwa 30 erwartungsvolle Menschen, groß und klein, die zum Teil die zuvor erklärte schwingende Armbewegung des Säens ausprobierten.

Wir hatten beschlossen, uns an der Aktion „Zukunft säen!“ zu beteiligen und auch auf unserem Hof Menschen die Möglichkeit zu geben, den archaischen und lebensschaffenden Akt des Säens zu erleben und somit eine Verbindung herzustellen zum Ursprung der Lebensmittel ... Und – nicht zuletzt – ein Zeichen zu setzen gegen die Agrogentechnik und für die Reinheit des Saatguts.

Das war der Titel der großen Demo am 22. Januar in Berlin. Gegen Gentechnik, Tierfabriken und Exportdumping, für eine bäuerliche, ökologische Landwirtschaft. Große Solidarität und Zustimmung haben wir erfahren, habe ich gedacht, als ich nach zehn Stunden Rückfahrt mit dem Trecker wieder in meinem Bett lag. Ich heiße Moritz Schäfer und bin Mitglied der jungen Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (jAbL), und zwar genau aus diesem Grund: Ich habe es satt! Nicht nur an diesem Wochenende! Wir möchten kämpfen für eine bäuerliche Landwirtschaft und alles Positive, was damit verbunden ist, und das aus der Sicht junger Menschen. Wir stehen größtenteils vor oder am Anfang unseres Berufslebens und möchten eine umwelt- und sozialverträgliche Landwirtschaft betreiben. Auch wenn ich weiß, dass wir vor riesigen Problemen stehen und als Verfechter der bäuerlichen Landwirtschaft einer riesigen Lobby und Industrie gegenüber stehen, macht mir die jAbL Mut. Mich macht es zuversichtlich, mit anderen jungen Bauern und Bäuerinnen zusammen zu sein, die nicht nur über die hohen Düngerpriese jammern und tatenlos zusehen, wie der Bauer immer mehr zum reinen Rohstoffproduzenten degradiert wird. Das gibt mir auch Kraft zu versuchen, mehr Junglandwirte/innen dafür zu sensibilisieren, was alles an der Entscheidung hängt, welche Art von Land-

„Zukunft säen!“ findet in zehn Ländern statt und wird in Deutschland unterstützt vom Demeter-Verband. So ist es erwünscht, biologisch-dynamisch gezüchtetes Saatgut zu verwenden – auch dies als Zeichen für eine von Großkonzernen unabhängige Züchtung in bäuerlicher Hand! Eigentlich hatten wir ja gar keine Zeit: Die Arbeit an unserer Hausdachisolierung war in vollem Gange, die „normale“ Wintersaat noch nicht ausgebracht und außerdem hatte der Wetterbericht für unseren „Zukunft-Sä-Abend“ auch noch Schauer und Gewitter angekündigt. Nicht gerade die optimalen Voraussetzungen. Aber wenn etwas sein soll, dann ergibt es sich, dann passt auch alles: Andy, ein ehemaliger Praktikant, hatte sich extra Urlaub genommen und reiste an, um uns zu unterstützen, eine Kollegin und ein Nachbarmädel halfen im Stall, der Wetterbericht ließ seine Schauer und Gewitter vom Westen her kommen (was uns noch ein Zeitpolster verschaffte), und so waren alle Vorbereitungen rechtzeitig abgeschlossen, als – bei schon relativ tief stehender Sonne – die ersten Säleute eintrafen. Nun hieß es

„nicht trödeln“, um die Saat noch bei Tageslicht in die Erde zu bekommen. Die Eselstute Marie gab mit ihrem eifrigen Schritt das Tempo vor und so spazierten wir alle flott hinaus zum „Hausfeld“, wo der einzusäende Fleck ausgesteckt war. Dort angekommen erhielt jeder Teilnehmer eine Kappe voll Saatgut, und nach einer kurzen Erklärung des Ablaufs stellten sich alle Säer in einer Reihe am Feldrand auf, um schließlich nebeneinander über den Acker zu schreiten und möglichst gleichmäßig den Roggen auszustreuen. Zum Abschluss fuhr Hubert – zur Freude der Kinder – mit dem Traktor über das Feldstück, um das Saatgut einzueggen. Nun noch ein Schauer zum Angießen – dann kann die Saat aufgehen!

Für die weitere Gestaltung des Abends hatten wir eine hochkarätige Referentin in Sachen Gentechnik gewinnen können, die trotz diverser Irrfahrten gerade noch rechtzeitig auf dem Blümlhof eintraf. Das Publikum – die fleißigen Säleute – hatte sich nach getaner Arbeit schon im Stall zwischen den Schweinen und Schafen eingefunden. Dort gab es selbstgebackene

Semmeln aus hofeigenem Dinkel und „Martin-Schmidt“-Roggen zu probieren, um den Bogen zu spannen vom Saat Korn bis zum fertigen Lebensmittel. Man konnte in Infomaterial von Demeter und AbL schmökern und alle Besucher durften sich auf einer großen Plane verewigen. Diese Plane wird während der gesamten Vegetationszeit bis zur Ernte neben dem von den Unterzeichnern neu eingesäten Feld stehen und hoffentlich viele Blicke auf sich ziehen. Als sich die Besucher auf den Bänken niedergelassen hatten und Ruhe eingeleitet war, begrüßte Hubert die bayrische Abl-Landesvorsitzende Edith Lirsch, die in ihrem Referat ihre Gedanken zu Themen wie Agrogentechnik, Patente auf Leben, die Konzentration des Saatgutmarkts auf einige wenige multinationale Konzerne und die daraus resultierenden Abhängigkeiten darlegte. Diese Gedanken wären es wahrlich wert gewesen, vor einem größeren Publikum Gehör zu finden, vor allem auch einmal vor den Menschen, die sich bisher noch nicht mit dieser Materie befasst haben. Die Schweine in der angrenzenden Box konnten da bloß mit den Ohren schlackern angesichts dieses Wahnsinns. Edith appellierte an ihre Zuhörer, sich ihrer persönlichen Schöpfungsverantwortung bewusst zu sein und sich jetzt zu positionieren und tätig zu werden.

Im Anschluss blieb noch Zeit für angelegte Gespräche und, bis sich der letzte „Harte Kern“ auflöste und auf den Heimweg machte, konnte man mit aufkommendem Wind und Wetterleuchten schon die unmittelbaren Vorboten der nun im Südosten angekommenen Schauer und Gewitter wahrnehmen.

Elke Hochreiter

## Die Säer im Roggen



## Wir haben es satt!

wirtschaft wir betreiben.

Auf dem Weg zur Demo nach Berlin sind wir durch Sachsen-Anhalt und Brandenburg gefahren und das mit 30 km/h. Wir hatten also genügend Zeit, uns die Agrarsteppe im deutschen Osten anzuschauen. Äcker von 100 ha ohne eine Hecke oder einen Baum! Schweinemastanlagen mit mind. 8.000 Plätzen und leere Dörfer ohne auch nur einen aktiven Hof. Das ist das Gesicht der Industrielandwirtschaft, habe ich gedacht. Dieser Anblick hat mir noch mehr das Gefühl gegeben, auf die richtige Veranstaltung zu fahren. Denn es geht ja auch um meine ganz persönliche Zukunft. Ich bin Quereinsteiger in

die Landwirtschaft, das heißt, ich habe keinen elterlichen Betrieb. Mit kräftiger Unterstützung meiner Familie werde ich doch dieses Jahr meine Existenzgründung realisieren und damit endlich meinen langjährigen Traum, den eigenen Betrieb zu bewirtschaften. 55 Kühe melken und Wiesen und Äcker bestellen, genau nach meinen Vorstellungen. Das ist für mich ein wesentlicher Bestandteil des Begriffes „Bäuerlichkeit“: ein Stück Unabhängigkeit und Selbstbestimmtheit. In der Lehre habe ich oft den Satz gehört: „Lehrjahre sind keine Herrenjahre“ und das ist wohl wahr. Die Lehrzeit liegt für mich schon ein paar Jahre zurück, ich denke doch

noch oft an diesen Satz. Denn ob man ausgelernt und auf dem Hof als „freier“ Bauer bezeichnet werden kann ist doch fraglich. Als Bauer bestimmen dann oft andere Herren die Richtung: Industrie, Verbände und Lobby! Ich bin kein Individualist oder Einzelkämpfer, aber ich denke, man sollte immer die Entwicklungen kritisch betrachten und sich Gedanken machen. Ganz nach dem AbL-Spruch: „Bleibt auf dem Lande und wehret euch täglich!“

Moritz Schäfer

### Betriebspiegel

55 Milchkühe +Nachzucht  
knapp 100 ha Acker und Grünland  
in Mittelhessen

# Ägyptens Bauern – beim Marsch der Millionen dabei

Faktensammlung zur ägyptischen Landwirtschaft und zur Lage der Fellachen

Bewundernd haben die Menschen in aller Welt den mutigen Aufstand des ägyptischen Volkes gegen Mubarak und seine korrupte und unterdrückende Kaste auf dem Fernsehschirm verfolgt. Beim Marsch der Millionen und bei der Besetzung des Tahrir-Platzes in Kairo waren auch viele Bauern dabei: „Einfache Bauern aus Südaypten trafen auf Islamisten aus dem Nildelta, Geschäftsmänner standen Schulter an Schulter mit jungen Menschen“, berichtet z.B. die *New York Times*. In Oberägypten demonstrierten Zuckerrohrbauern vor den Fabriken für höhere Erzeugerpreise. Die Importabhängigkeit bei Weizen und die steigenden Brotpreise sind eine wichtige Ursache für die ägyptische Revolution. Die folgenden Informationen über die Lage der Bauern und der Landwirtschaft in Ägypten stammen aus dem Internet, vor allem aus einem Exkursionsbericht der Universitäten Kassel, El Minia und Damascus aus dem Jahr 2002 zur „Stadt- und Dorferneuerung in Ägypten“, insbesondere aus einem Bericht des Wissenschaftlers Axel Weige.

## Überschwemmungen und Dämme

Der Nil als Lebensader überschwemmte früher nach den Regenfällen im fernen Äthiopien und Zentralafrika seine Uferregionen mit fruchtbarem Schlamm. Seit der Antike nutzten die Ägypter ausgefeilte Bewässerungssysteme. Diese wurden im 19. Jahrhundert durch die Modernisierer Muhammad Ali und Ismail und nach der Besetzung Ägyptens auch durch die Engländer effektiviert und zur weiteren Landgewinnung ausgebaut. Nach dem Bau des ersten Assuan-Staudamms (1902) konnte viel zusätzliches Wasser für die Bewässerung der landwirtschaftlichen Nutzflächen bereitgestellt werden. So konnten 15 Prozent Kulturland hinzugewonnen und die Erträge um 30 Prozent gesteigert werden.

Nach der Unabhängigkeit baute Präsident Gamal Abd al Nasser mit Hilfe der UdSSR den zweiten Assuan-Staudamm, mit dessen Wasser nochmals 25 Prozent Kulturland gewonnen und bis zu drei Ernten pro Jahr möglich wurden. Dieser zweite, vorrangig für die Stromerzeugung gedachte Staudamm bringt aber auch große Nachteile, weil er den Schlamm zurückhält, der nun flussabwärts fehlt. Dort treten verstärkt Probleme durch Erosion und Versalzung auf. Die Bewässerungstechnik für die Flächen beruht heute vor allem auf Motorpumpen anstelle von nutztierge-

triebenen Schöpfrädern. In Ägypten werden fast alle Landwirtschaftsflächen (das sind nur 4 Prozent der Landesfläche) bewässert, wobei das Wasser immer knapper wird und bei den ariden Verdunstungsverhältnissen leicht zur Versalzung der Böden führt. Die Nutzung des Nilwassers ist mit dem Sudan vertraglich geregelt.

## Großgrundbesitzer und Fellachen

Die ägyptischen Bauern, Fellachen genannt, sicherten durch ihre intensive Landnutzung bis vor kurzem die Ernährung der rasch wachsenden Bevölkerung. Weil das Land wenigen feudalen und ausbeuterischen Großgrundbesitzern gehörte, blieben die Fellachen arm. Etwas verändert wurden diese Strukturen durch Präsident Nassers Bodenreform in den 50er und 60er Jahren. Die Obergrenze für Landbesitz wurde zunächst auf 80, dann auf 40 Hektar und 1969 auf 20 Hektar be-

äckern vertrieben worden sein, die an die früheren Großgrundbesitzer rückübertragen wurden.

90 Prozent der heutigen Fellachen sind Klein- und Kleinstbauern. Wegen der Anbauvorschriften müssen sie Baumwolle anbauen, sind deshalb von den schwankenden Weltmarktpreisen abhängig und haben nicht genügend Fläche zur Selbstversorgung ihrer Familien. Bei Zupacht stellt der Grundherr seinen Pächtern dann oft die Produktionsmittel außer der Arbeit und beansprucht für sich drei Viertel der Ernte. Nicht der Pächter, sondern der Eigentümer der Flächen ist berechtigt, das von der Regierung subventionierte Saatgut, Pestizide und Dünger zu erhalten – die Pächter müssen es teuer auf dem Schwarzmarkt kaufen. Wassermangel, Wasserverschmutzung und Probleme mit versalztem Grundwasser kommen hinzu. Staatliche Hilfe bekommen am ehesten noch die für den

Ausland oder als Billig-Wanderarbeiter in Großprojekte. Weil heute viele junge Männer als Migranten im Ausland Geld verdienen, ist die Abhängigkeit der Jugend und auch der jungen verheirateten Frauen vom Elternhaus gesunken. Die Frauen der im Ausland arbeitenden Männer haben zwar die Bürde der Mehrarbeit, sie treffen aber auch Entscheidungen über frühere „Männer-Arbeiten“. Das führt zu Konflikten, aber auch zu mehr Selbstständigkeit.

## Exportorientierung und Abhängigkeit

Die früher stark staatlich gelenkte Landwirtschaft wurde in den letzten Jahrzehnten dereguliert und für ausländische Investitionen geöffnet. Die wichtigsten, zum Teil sehr viel Wasser verbrauchenden Kulturen sind: Baumwolle, Zuckerrohr, Mais, Reis, Weizen, Hirse, Futterklee, Kartoffeln, Tomaten. Der Anbau wurde immer mehr auf Exportfrüchte wie Baumwolle, Obst und Gemüse verlagert. Gleichzeitig wird Ägypten immer stärker abhängig von Weizenimporten, was die Staatsverschuldung vorantreibt. 1992 stellten die USA ihre Nahrungsmittelhilfe ein, Ägypten muss jetzt 60 Prozent seines Weizens von den USA und der EU kaufen. Vor allem die ärmsten Bevölkerungsschichten in den großen Städten (das ist ein Drittel der Ägypter) wird mit staatlich verbilligtem Brot und Speiseöl versorgt, weil in den Städten am ehesten Aufstände und Revolutionen drohen. Als dies in Zeiten hoher Weltmarktpreise nicht mehr funktionierte, kam es bereits zu Hungeraufständen. Gleichzeitig drücken die subventionierten Importe die Erzeugerpreise der heimischen Bauern und verhindern die Entwicklung der Landwirtschaft und heimischer Märkte.

Obwohl die Landwirtschaft – neben Erdöl, Tourismus, Suezkanal und Devisenüberweisungen von Auslandsarbeitern – nur eine der wirtschaftlichen Säulen Ägyptens ist, bleibt die Frage einer stärkeren Ernährungssouveränität und Selbstversorgung durch frei wirtschaftende und stärker unterstützte Bauern eine Schlüsselfrage auch für die Nach-Mubarak-Epoche. „Weizen als politische Waffe“ der USA oder internationaler neoliberaler Wirtschaftsverbände muss der Vergangenheit angehören. Europa und Deutschland als Haupthandels-„Partnern“ kommt hierbei eine große Verantwortung zu. Bestehende Projekte mit ägyptischen Bauern im Fairhandels- und Ökobereich können als Vorbild dienen.

Eckehard Niemann



Ein Drittel der ägyptischen Bevölkerung arbeitet in der Landwirtschaft. Foto: Barber/USAID

grenzt und das verstaatlichte Land der Großgrundbesitzer an kleine Fellachenbetriebe verteilt. Allerdings unterliefen die Großgrundbesitzer diese Regelungen, indem sie ihre Ländereien formal auf Familienmitglieder aufteilten oder indem sie durch Korruption verschont blieben. Auch die Funktionäre der neu geschaffenen Großgenossenschaften für Fellachen kungelten oft mit den Großgrundbesitzern. Unter Mubarak soll eine Million Kleinbauern mit brutaler Gewalt wieder von ihren

Export produzierenden Großinvestoren mit ihren Gemüse-Gewächshäusern und Zitrusplantagen.

Etwa ein Drittel der ägyptischen Bevölkerung arbeitet in der Landwirtschaft, die Mehrheit der 80 Millionen Ägypter lebt noch auf dem Land – oft in Dörfern ohne Anschluss ans Telefonnetz und ohne ausreichende Gesundheitsstationen. Diese Zivilisationsdefizite, die wachsende Arbeitslosigkeit sowie Armut und Abhängigkeit in der Landwirtschaft führen zu einer anhaltenden Landflucht: in die großen Städte, ins

## „Tierschutz“ – viel Verpackung, wenig Inhalt

Aigners und Lindemanns Pläne – Detailverbesserungen statt Systemwechsel

Ein „Tierschutz-Paket“ hat Bundesagrarministerin Aigner angekündigt. Die Einzelheiten des Pakets sind noch nicht bekannt. Dennoch ist zu erwarten, dass Frau Aigner die besonders gravierenden Missstände in der Nutztierhaltung nicht anpacken und sogar mit ihren Teilzugeständnissen davon ablenken will. So betonte sie in einem Interview, bei der Geflügelmast komme es lediglich auf „die konsequente Umsetzung geltender Bestimmungen an“. Demnach dürften auch weiterhin in den 40.000er-Ställen einseitig qualgezüchtete 20 Masthühner und mehr auf einem Quadratmeter gehalten werden. Frau Aigner will stattdessen die Legehennenhaltung im „ausgestalteten Käfig“ verbieten. Diese Ankündigung, die in Medien und Politik großen Wirbel auslöste, klingt weniger gewichtig vor dem Hintergrund der Tatsache, dass der Anteil der Legehennen in diesen so genannten „Kleinvolieren“ bereits unter 5 Prozent liegt und angesichts mangelnder Nachfrage nach Käfiggeiern weiter rückläufig ist. Der neue niedersächsische Agrarminister Lindemann, der zunächst heftigen Protest gegen einen deutschen Alleingang bekundet hatte, zeigte sich denn auch kurz darauf verständigungsbereit in dieser untergeordneten Frage. Lediglich Bauernverbands-Chef Sonnleitner ereiferte sich im Verbund mit Geflügelbaronen und CDU-Agrariern weiter über die „populistische“ Diskriminierung dieser Käfig-„Kleingruppen“ mit ihren „erheblichen Vorteilen im Tier- und Gesundheitsschutz“.

### Artgerechte Haltung in bäuerlicher Hand!

Natürlich muss man sich freuen über die anstehende Befreiung auch dieser gequälten Legehennen aus dem Käfig, ebenso über die angekündigte Abschaffung des

Brandzeichens bei Pferden, über „scharfe Haltungsregeln“ für Mastkaninchen und Wildtiere in Zoos und Gehegen. Natürlich ist es gut, wenn Frau Aigner das längst beschlossene Verbot der Ferkel-Kastration ohne Betäubung noch einmal bekräftigt. Aber man darf sich davon nicht ablenken lassen von der grundsätzlichen Forderung nach einem raschen Systemwechsel in der gesamten Nutztierhaltung – mit mehr Platz und Auslauf für die Tiere, mit der Haltung auf Stroh statt auf Spaltenböden, mit einem Verbot der Verstümmelung von Schnäbeln oder Ringelschwänzen, mit der Abschaffung der einseitigen Qualzucht auf Leistung auf Kosten der Tiergesundheit, mit bäuerlich-mittelständischen Strukturen mit eigener Futtergrundlage, mit einem Verbot der Privilegierung und des Baus von Agrarfabriken. Nur deutliche Schritte in diese Richtung dürften auch dem von Aigner befürworteten Tierschutz-Label zugrunde gelegt werden.

Die bisherigen Zugeständnisse und Ankündigungen Aigners sind Ausdruck einer neuen, breiten gesellschaftlichen Bewegung, die sich im Motto des Netzwerks „Bauernhöfe statt Agrarfabriken“ ebenso ausdrückt wie in der Demonstration von 22.000 Menschen in Berlin. Unter diesem Druck ist auch der so genannte „Neue Tierschutzplan für Niedersachsen“ von Agrarminister Lindemann entstanden, der wesentlich aus der Ankündigung von Untersuchungsprogrammen und Abstimmungsprogrammen mit „Betroffenen“ besteht.

### Umsetzung statt Ankündigung!

Die AbL Niedersachsen bewertete dies als Verzögerungstaktik: Es gebe zu den Ursachen und zur Beseitigung des tierquälerischen Schnabelkürzens oder des Abschneidens der Ringelschwänze seit vielen Jahren



Ihnen könnte es bald besser gehen, wenn Aigner durchhält.

Foto: Herzog

ausreichende Untersuchungen und EU-Vorgaben – statt zusätzlich verzögernder Untersuchungen seien jetzt rasche Tierhaltungsvorgaben für mehr Platz, Auslauf, Einstreu und maximale Herdengrößen angesagt. Erfahrungen in Programmen artgerechter Tierhaltung zeigten, dass sich dadurch Probleme wie Federpicken, Kannibalismus und Schwanzbeißen weitgehend erübrigen würden und dass dadurch auch der Druck zu neuen Zuchtlinien erhöht werde.

Die NRW-Landesregierung geht in diese Richtung und will das Agrarinvestitionsförderprogramm zu Gunsten artgerechter Tierhaltung umstellen. Bestandsaufstockungen werden nur noch gefördert, wenn die Schweine auf Stroh gehalten werden. Beim Kupieren von Schwänzen gibt es erste verschärfte Maßnahmen unter Einbeziehung der Tierärzte. Bundesratsinitiativen sollen das Verbot von Qualzuchten und den Bau von Agrarfabriken voranbringen. Über einen Gesetzesentwurf soll in NRW ein Klagerecht von Tierschutzverbänden verankert werden. *en*

### Keine Käfighaltung

Rheinland-Pfalz fordert totales Käfighaltungsverbot für Legehennen. Anlässlich der am 31. März 2012 endenden Frist für eine neue Regelung zur Haltung von Legehennen in der sogenannten „Kleingruppenhaltung“ in Käfigen hat die Mainzer Landesregierung einen Antrag in die Sitzung des Bundesrats eingebracht. Ministerpräsident Kurt Beck erklärte, die Mindestanforderungen für die artgerechte Haltung von Legehennen müssten endlich wieder verbindlich sein. Auch Umweltministerin Margit Conrad kritisierte die Kleingruppenhaltung, bei der es sich faktisch um eine konventionelle Käfighaltung handle. Auch in den Kleingruppenkäfigen hätten die Tiere keine Möglichkeit, ihre angeborenen, arttypischen Verhaltensweisen zu leben, so Conrad. Aufgrund eines Verfahrensfehlers hat das Bundesverfassungsgericht im Herbst 2010 entschieden, dass die bestehenden Regelungen zur Haltung von Legehennen verfassungswidrig sind. *mh*

## Antibiotika-Skandale in Mastanlagen

Immer mehr Antibiotika werden laut NDR in der Massentierhaltung von Masthühnern eingesetzt

Nach Angaben aus dem niedersächsischen Agrarministerium stieg der Einsatz pro Mastdurchgang (35 bis 42 Tage) in den letzten zehn Jahren von durchschnittlich 1,7 auf 2,3 Anwendungen. Laut dem früheren Cloppenburg-Kreisveterinär Hermann Focke sind sogar 3 bis 6 Anwendungen nicht selten, die dann jeweils mehrere Tage wirken und die Tiere so zwei Drittel ihrer Lebenszeit unter Antibiotika stellten (Focke hat seine Erfahrungen in dem Buch „Die Natur schlägt zurück“ im Pro Business Verlag veröffentlicht). Eine Mitarbeiterin des Ministeriums sagte, der Einsatz dieser Mittel sei die Regel, weil die Hühner in großen

Ställen die Mastzeit sonst häufig nicht überlebten.

Genau Zahlen über den Antibiotika-Einsatz in der Mast gibt es nicht, weil die lobbystarke Geflügelbranche von der ab 2010 geltenden Bundesverordnung über die Dokumentation der Lieferungen befreit worden ist. Das führte zu heftiger Kritik am Bundesagrarministerium, das die Ausnahmeregelung für die Medikamentenkontrolle in der Geflügelbranche mit „Datenschutz“ begründet. Der Bundesbeauftragte für den Datenschutz, Peter Schaar, will nun die rechtlichen Grundlagen prüfen. „Hier gibt es ein überwiegendes Allgemeinwohlinteresse, das die Preisgabe nicht nur der Postleitzahl, sondern auch des Tier-

arztname rechtfertigen würde“, ergänzte Schleswig-Holsteins Datenschützer Thilo Weichert, der die Argumentation des Ministeriums als „Unsinn“ bezeichnete.

Seit 2006 gilt ein Verbot, Antibiotika als Wachstumsförderer einzusetzen, trotzdem ist der Verbrauch nicht gesunken. Laut Tierarzt Rupert Ebner bekommen Zehntausende der Tiere eines Großstalls diese Mittel, auch wenn nur einige Tiere krank seien. Dies fördere die Resistenzbildung, so dass auch in der Humanmedizin viele Antibiotika unwirksam würden. Nach Angaben des Robert Koch-Instituts sterben jährlich mehr als 15.000 Menschen in Deutschland an multiresistenten Keimen. *en*

**Gentechnikunternehmen agieren weltweit. Sie kaufen Saatgutunternehmen auf und engen das Angebot ein. Die von ihnen propagierten Lösungen, bestehend aus Totalherbizid und durch Genmanipulation resistenter Pflanze, funktionieren immer seltener. Unkräuter werden resistent. Der Einsatz immer giftigerer Herbizide steigt. Die Bevölkerung lehnt gentechnisch veränderte Lebensmittel ab. Trotzdem versucht die Lebensmittelindustrie auch auf dem europäischen Markt Fuss zu fassen. Immer wieder finden sich Produkte mit gentechnisch veränderten Zutaten, unter anderem Süßigkeiten. Unterstützung erfährt die Industrie auch von der Deutschen Forschungsgesellschaft, die zum Missfallen mancher Wissenschaftler, versucht mit Unwahrheiten die Grüne Gentechnik bei der Bevölkerung zu propagieren.**



## Die Gentechnik-Idee versagt

Meterhoch wuchern resistente Unkräuter auf dem Acker. Die Gentechnikunternehmen empfehlen den Einsatz von mehr Spritzmittel

**E**in Blick über den Ozean zeigt europäischen Bauern drohende Probleme mit Gentechnik und steigender Abhängigkeit von multinationalen Unternehmen.

Sie waren weit gereist, die beiden US-Experten, um von den Entwicklungen beim Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen in den USA zu berichten. Bill Freese, wissenschaftlicher Analyst, und Farmer Troy Roush schilderten ihre Erfahrungen mit Gentechnikkonzernen, giftigen Herbiziden, resistenten Pflanzen und zeigten mögliche Auswege.

### Erste Hilfe – Round up

Zum Zeitpunkt der Einführung von Roundup-Ready-Saatgut, so Troy Roush, hatten die US-Farmer große Unkrautprobleme. Die neue Technologie, bestehend aus resistenter Pflanze und Totalherbizid, wurde bei Soja 1996 eingeführt und versprach schnelle Besserung. Ein vermeintlich weniger giftiges Spritzmittel, das einfach im Gebrauch war: „Gegenüber bisherigen Präparaten steht für die Anwendung von Roundup ein deutlich größeres Zeitfenster zur Verfügung als bei selektiven Herbiziden. Auch reichte anfangs eine Anwendung pro Saison“, erzählte der Farmer. Doch schon nach wenigen Jahren traten erste resistente Unkräuter auf. „Als Gegenmaßnahme empfahlen die Berater von Monsanto, schlicht die Aufwandmenge zu erhöhen und öfter zu spritzen“, berichtet Roush. Resistente Unkräuter sind zu einem großen Problem in der US-Landwirtschaft geworden. Von zwölf bis-

her bekannten resistenten Unkräutern in den USA berichtet Bill Freese und zeigt Bilder von Baumwollfeldern, die von einem über einen Meter hohen Amaranth überwuchert sind. 200.000 Hektar Gentechnik-Baumwolle mussten 2009 im Bundesstaat Georgia mit der Hand gejätet werden. Inzwischen empfiehlt Monsanto eine intensivere Bodenbearbeitung und den Einsatz zusätzlicher, auch älterer Herbizide. Letztere sind vor allem für den Anwender z.T. sehr viel gefährlicher. Verätzungen oder krebsauslösende Wirkungen sind keine Seltenheit. Viele Agrarexperten in den USA sehen in der Bewältigung der Unkrautresistenzen derzeit die größte Herausforderung für die amerikanische Landwirtschaft.

### Neue Märkte erobern

Die Lösung der Gentechnik-Konzerne ist einfach: Sie wollen GV-Pflanzen entwickeln, die gegen andere Totalherbizide z.B. Dicamba resistent sind. Aber auch viele andere herbizidresistente GV-Pflanzen sind in der Entwicklung. Im *Wallstreet-Journal* wurde im April 2010 ein Mitarbeiter von Dow Chemicals zu den neuen GV-Pflanzen zitiert mit: „Das ist eine neue Chance für die Chemiekonzerne – eine neue Ära!“.

### Monopole schaffen Abhängigkeit

Wenn man von derartigen Schreckensszenarien hört, fragt man sich, weshalb die amerikanischen Landwirte auch weiterhin auf gentechnisch veränderte Pflanzen setzen. Die beiden US-Amerikaner haben folgende

Erklärung. Da ist einerseits das Phänomen der Markt beherrschenden Stellung von Monsanto. 93 Prozent der Soja, die in den USA wachsen, gehören Monsanto. Durch den jahrelangen Gebrauch von Roundup-Ready mit seiner einfachen Anwendung haben die Landwirte größtenteils ihr Wissen über konventionelles Pestizidmanagement verloren.

Zum Anderen ist das Angebot an gentechnikfreiem Saatgut in den vergangenen Jahren stark geschrumpft. Während anfangs die Erträge von Roundup-Ready-Saatgut 6 bis 10 Prozent niedriger waren und es nur wenige, oft nicht an regionale Bedürfnisse angepasste Sorten gab, stellt sich die Situation heute gegensätzlich dar. Zwar ist es den Gentechnikern noch immer nicht gelungen, die Erträge durch gentechnische Manipulation zu steigern. Die Ertragssteigerung wird durch konventionelle Züchtung erreicht. Die neu gezüchteten Sorten werden dann aber mit einem GVO-Konstrukt versehen, oftmals der Roundup-Ready-Technologie. Die neuen, ertragsstarken Sorten werden nur noch als GVO auf den Markt gebracht. Ein Blick in aktuelle Kataloge der Saatgutanbieter zeigt: Im Mais- und Sojabereich werden nur noch GVO-Sorten angeboten. Konventionelles Soja- oder Maissaatgut ist nur noch schwer und aufwändig zu bekommen. Zusätzlich sind die Sorten meist alt und ertragsschwach. Ein weiterer Punkt ist, dass die Preise für konventionelles Saatgut angezogen wurden. Der anfänglich sehr hohe Preisunterschied zu GV-Sorten be-

trägt heute bei Mais und Soja „nur“ ca. 25 Prozent.

### Rückumstellung schwierig

Es gibt zunehmend Farmer, die wieder auf konventionellen bzw. ökologischen Anbau umstellen wollen. Aber auch das ist schwierig. Der Absatz ist sehr schwankend: Vor der Wirtschaftskrise bestand beispielsweise im Ökosektor eine gute Nachfrage. Auch das Segment „gentechnikfrei konventionell“ unterliegt starken Nachfrageschwankungen. So hat Troy Roush im Jahr 2009 beim Verkauf seiner konventionellen Sojabohnen einen Prämiumzuschlag von 20 Prozent erhalten, für die Ernte 2010 hat er allerdings bislang noch keinen Abnehmer gefunden, der bereit ist, den höheren Aufwand finanziell zu honorieren.

Aufgrund der enormen Monopolstellung einiger weniger Saatgut- und Chemiekonzerne im amerikanischen Saatgutsektor – 2009 teilten sich Monsanto, Du Pont und Syngenta 47 Prozent des Saatgutmarktes in den USA – ist die Saatgutzüchtung, die früher in öffentlicher Hand war, quasi komplett zu den Konzernen übergegangen, Forschungsgelder sind erheblich zurückgegangen. Deshalb ist es sehr schwierig in Amerika, wieder eine unabhängige Saatgutzüchtung aufzubauen, glücklicherweise gibt es einige kleinere Initiativen, aber eigentlich bedarf es einer Umstrukturierung der amerikanischen Landwirtschaftspolitik und der Forschungsausgaben – hin zu konventioneller und ökologischer Saatgutzüchtung.

*Annemarie Volling*

# Zuckersüßes Risiko

Genmanipulierte Zuckerrübe auf den Feldern und im Essen

Ob der US-amerikanische Richter Jeffery White geahnt hat, welchen Aufruhr sein im August 2010 gefälltes Urteil auslöst? Dieses verbietet den Anbau der gentechnisch veränderten Zuckerrübe, bis eine umfassende Umweltverträglichkeitsprüfung vorliegt. Diese sei notwendig, so der Richter, da es beim Anbau der Gentech-Rübe durch Auskreuzung zu unumkehrbaren Schäden für die gentechnikfreie Landwirtschaft und die Umwelt kommen kann.

Ob das Urteil den Vormarsch der Gentech-Rübe in den USA, die dort von Monsanto und der KWS vertrieben wird, aufhalten kann, ist zu bezweifeln. 2007 wuchs diese gerade mal auf 1.000 Hektar, zwei Jahre später waren es bereits 450.000 Hektar. Dies entspricht rund 95 Prozent der Anbaufläche für Zuckerrüben in den USA.

## Gerichtsurteil umgangen

Zudem wollen das US-Landwirtschaftsministerium und die Industrie das Gerichtsurteil so nicht akzeptieren. Landwirtschaftsminister Tom Vilsack stärkt gegenüber der Presse: „Tatsache ist, dass ein einzelner Richter grundsätzlich entscheiden kann, ob jemand Landwirtschaft betreiben kann oder nicht.“ Entgegen dem Urteil erlaubte seine Behörde daher Ende 2010 den Anbau der gentechnisch veränderten Zuckerrübe für die Saatgutproduktion. Jetzt im Februar 2011 legt die Behörde nach und genehmigt unter Auflagen auch den generellen Anbau. Und das, obwohl die vom Gericht geforderte Umweltprüfung vor Mai 2012 nicht zu erwarten ist. Zu den Auflagen gehört u.a. die Anmeldung der Anbauflächen sowie die Kennzeichnung des Saatguts. Anwalt Paul Achitoff von der Organisation Earthjustice kritisiert: „Die laxen Auflagen in der heutigen Zulassung sind nicht wesentlich anders als die, die bereits vom Bundesgericht als unzureichend abgelehnt wurden, da sie andere Landwirte, die Bürger und die Umwelt nicht schützen.“

Der Gerichtsstreit geht in eine weitere Runde. Gentechnik-Kritiker klagen gegen die Teilzulassung. Mit einem Urteil ist bis zur Aussaat, die Ende März beginnt, zu rechnen. Trotz der rechtlichen Unklarheiten setzt wohl die Mehrzahl der Zuckerrüben-Anbauer auch 2011 auf die Gentech-Rübe. Nach Auskunft von KWS-Sprecher Henning von der Ohe sei die „Nachfrage riesengroß“.

## Abhängigkeiten und Unkräuter

Dies könnte aber auch am Mangel an Alternativen liegen. Bei Ackerpflanzen wie Soja und Mais ist es bereits schwie-

rig, Saatgut von guten Sorten zu bekommen, das nicht genmanipuliert ist. Auch bei der Zuckerrübe sagen Experten einen Saatgutengpass voraus, sollte die genmanipulierte Rübe dieses Jahr nicht angebaut werden dürfen. Konventionelles Saatgut soll nur noch aus drei bis vier Jahre alten Restbeständen erhältlich sein.

Die Zuckerrüben-Anbauer in den USA erhoffen sich durch die gentechnisch veränderten Rüben zudem Vorteile bei der Unkrautbekämpfung. Doch dies ist zu kurz gedacht. Die Zuckerrübe ist so manipuliert, dass sie dem Herbizid Roundup widersteht. Der großflächige Anbau von Roundup Ready (RR) Soja, Mais und Baumwolle hat in den USA zu einem massiven Einsatz dieses Herbizids geführt. Als Konsequenz entwickelten sich Unkräuter, die dagegen immun sind. Um diese zu bekämpfen, müssen mehr und giftigere Pestizide eingesetzt werden. Mancherorts beschäftigen Landwirte sogar Arbeitstrupps, die die Unkräuter per Hand jäten. Der Anbau einer weiteren RR-Kultur wird das Problem verschärfen.

## Schleckermäuler aufgepasst!

Gentech-Zucker ist auch in Lebensmitteln. Insgesamt stammt rund die Hälfte des in den USA benötigten Zuckers von Rüben, die andere Hälfte vom Zuckerrohr. Die Gentechnik-Kritiker in den USA versuchen daher, den Anbau der Gentech-Zuckerrübe auch über die Mobilisierung der Verbraucher gegen Firmen wie Kellogg's, Hershey's oder M&M/Mars zu verhindern. Bisher ha-

ben diese jedoch nicht reagiert.

Auch in Deutschland gibt es bereits Süßigkeiten, die Zucker aus genmanipulierten Zuckerrüben enthalten. Die Erdnuss-Kekse „Reese's Peanut Butter Cups“ sowie der Riegel „Nutraeous“ des US-amerikanischen Schokoladenherstellers Hershey's. Dabei haben es diese Süßigkeiten gleich dreifach in sich. Wer das Kleingedruckte auf der Verpackung liest, erfährt, dass sie gentechnisch veränderten Mais, Soja und Zucker enthalten. Während Supermärkte wie Rewe, Edeka und Karstadt/Perfetto nach Protesten des Umweltinstituts München und Greenpeace die genmanipulierten Süßigkeiten aus den Regalen nahmen, gibt es sie immer noch an Imbissen, Videotheken, Tankstellen und über das Internet zu kaufen.

Eventuell waren die Erdnussnaschereien für Hershey's ein Testballon, um die Akzeptanz der Europäer hinsichtlich Genfood zu prüfen. Doch Hershey's, eine der größten Schoko-Firmen weltweit, hat verstanden, dass europäische Verbraucher dies nicht wollen. Für den für dieses Jahr geplanten großen Vorstoß auf den europäischen Markt sollen gentechnikfreie Zutaten garantiert werden. Leider hat die KWS noch nicht verstanden; sie baut 2011 in Deutschland wieder genmanipulierte Zuckerrüben zu Versuchszwecken an.

*Ulrike Brendel hat viele Jahre bei Greenpeace im Bereich Gentechnik gearbeitet, als Dolmetscherin begleitetete sie Troy Roush und Bill Freese auf ihrer Deutschlandtour*



Vom Feld bis in den Schoko-Riegel ist der Weg nicht weit.

Foto: Südzucker

## Gentechnik in Kooperation

Das weltweit agierende niederländische, vor allem in der Stärkeproduktion tätige Unternehmen AVEBE hat gemeinsam mit Foxhol, Niederlande und dem Pflanzenbiotechnologie-Unternehmen BASF Plant Science eine Forschungs- und Entwicklungskooperation im Bereich Pflanzenbiotechnologie angekündigt. AVEBE hat mit der Sorte Eliane eine konventionelle Amylopektinkartoffel entwickelt. Bisher, darauf verweist AVEBE auf der firmeneigenen Homepage, würden nur GVO freie Kartoffeln bei der Stärkeproduktion eingesetzt. Ziel der Zusammenarbeit sei es, Landwirten moderne und pilzresistente Stärkekartoffelsorten zur Verfügung zu stellen. Sie beginnen mit der Entwicklung einer gentechnisch veränderten Amylopektinstärke-Kartoffel, die gegen die Kraut- und Knollenfäule resistent sein soll. Die ersten Sorten werden frühestens im Jahr 2019 erwartet. *mn*

## Gene gegen Grippe

Britische Wissenschaftler haben gentechnisch veränderte Hühner gezüchtet, die an Vogelgrippe erkranken können, ohne das Virus weiter zu verbreiten. Dies geht aus einer Studie des Fachjournals Science hervor. Die Hühner seien bisher jedoch noch nicht für den Markt geeignet. Es müssten noch zahlreiche Sicherheitstests durchgeführt werden, was noch Jahre dauern könne, so Veterinäre der Universität Cambridge. *mh*

## Bulgarien gegen Gentechnik

Neben sechs weiteren europäischen Ländern hat jetzt auch Bulgarien seine Absicht erklärt, den Anbau des gentechnisch veränderten Mais MON 810 von Monsanto zu verbieten. Bulgarien beruft sich auf die sogenannte „Schutzklausel“, die besagt, dass jeder europäische Mitgliedsstaat die Möglichkeit hat, ein Anbauverbot auszusprechen, wenn wissenschaftliche Untersuchungen dies rechtfertigen. Laut Berichten hat die bulgarische Regierung den Schritt damit begründet, dass Schädlinge und Nützlinge gegen das in MON 810 enthaltene Bt-Toxin Resistenzen ausbildeten und sich zudem das Protein im Boden anreichere. *mh*

## Gentec-Pollen im Honig

Nach Ansicht des Generalanwalts beim Europäischen Gerichtshof (EuGH) muss Honig, der Pollen des Mais MON 810 enthält, eine Zulassung für das Inverkehrbringen besitzen. Durch den Pollen wird der Honig nämlich zu einem genetisch veränderten Lebensmittel im Sinne des europäischen Gentechnikrechts, so die Interpretation der Schlussanträge des Generalanwalts durch das Anwaltsbüro GGSC in Berlin, das die Imker juristisch vertritt. Mit einer Entscheidung des Gerichtshofs über die Zulässigkeit von Spuren genetisch veränderten, nicht zugelassenen Materials in Lebensmitteln wird in Kürze gerechnet. Anlass der Klage vor dem EuGH war der Fund von Gentec-Pollen des Mais MON 810 im Honig des Imkers Karl-Heinz Bablok bei Augsburg. Während MON 810 eine Zulassung für den Anbau und als Futtermittel sowie für einzelne Lebensmittel besitzt, hat er keine Zulassung für andere Lebensmittel. Nach Auffassung des Generalanwalts führen schon ungewollte und geringste Mengen von MON 810-Pollen dazu, dass der Honig nicht mehr verkehrsfähig ist. Um diesen Zustand zu ändern, bedürfe der Gentec-Mais einer Zulassung als Lebensmittel, die er nicht hat. Nach Einschätzung der Anwaltskanzlei GGSC bestätigt der Generalanwalt hiermit den Grundsatz der „Null Toleranz“ für Spuren von genetisch verändertem Material, das nicht über die nach europäischem Recht erforderliche Zulassung verfügt. *mn*

## Sieg vor Gericht

Gentechnikkritiker haben geklagt und gewonnen. Der französische Wissenschaftler Gilles-Eric Seralini und mehrere seiner Forscherkollegen haben die Pro-Gentechnik Organisation l'Association française des biotechnologies végétales (AFBV) wegen Verleumdung verklagt und vor Gericht Recht bekommen, berichtet der Informationsdienst *Gentechnik*. Die AFBV habe Seralinis Arbeit in Schreiben an die Presse als unwissenschaftlich abgewertet und behauptet, er würde nur Angst schüren. Laut dem Informationsdienst muss die AFBV 1.000 Euro Bußgeld und 4.000 Euro Gerichtskosten zahlen. Seralini ist unter anderem durch seine kritischen Studien zu den Gefahren von gentechnisch veränderten Pflanzen und dem Einsatz von Pestiziden bekannt. In Indien trugen seine Forschungsergebnisse zu einem Moratorium beim Anbau von gentechnisch veränderten Auberginen bei. *mh*

## Gefährliches Gemüse

Warnung vor gesundheitlichen Schäden bei gentechnisch veränderten Auberginen. Laut einer Studie sind die Auberginen, die die indische Tochterfirma Mahyco der Firma Monsanto in Indien auf den Markt bringen will, nicht zum menschlichen Verzehr geeignet, berichtet das Institut für unabhängige Folgeabschätzung in der Biotechnologie Testbiotech. Bereits im Februar 2010 hat der indische Umweltminister den Anbau und die Zulassung der Gen-Aubergine aufgeschoben und mehr unabhängige Studien zur Risikoabschätzung gefordert. Der jetzt vorgelegte Bericht analysiert Daten von Mahyco, die aus Fütterungsversuchen mit Ratten stammen und die eigentlich die Sicherheit des gentechnisch veränderten Gemüses beweisen sollten, so Testbiotech. „Die behauptete gesundheitliche Unbedenklichkeit der gentechnisch veränderten Auberginen kann nicht aus den von der Industrie vorgelegten Daten abgeleitet werden“, stellte die Epidemiologin aus Neuseeland, Lou Gallagher in ihrem Bericht fest. „Zudem zeigen die Fütterungsstudien erhebliche Mängel in ihrem Aufbau und Durchführung, sie genügen den internationalen Standards nicht“. *mh*

Kurzes am Rande



Futterzusatz



Arginin

Nachwachsender Rohstoff für die weiße Biotechnologie (z.B. Nylonproduktion)

Bedeutungslos!

Quelle DFG

# Kritik an Gentechnik-Broschüre

Die Deutsche Forschungsgesellschaft propagiert die grüne Gentechnik

Die deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) ist eine Organisation zur Forschungsförderung und wird von Bund und Ländern finanziert. Im Dezember 2009 publizierte sie die Broschüre „Grüne Gentechnik“. Ihr Ziel war, die Öffentlichkeit ausgewogen, verständlich und kompetent über die grüne Gentechnik zu informieren. Vier Wissenschaftler – Friedhelm Taube vom Institut für Pflanzenbau und Pflanzenzüchtung, Andreas Susenbeth vom Institut für Tierernährung und Stoffwechselphysiologie, Werner Theobald vom Zentrum für Ethik, Ethik in den Lebenswissenschaften und dem Institut für Pflanzenbau und Pflanzenzüchtung, Grünland und Futterbau/ Ökologischer Landbau der Christian-Albrechts-Universität Kiel sowie Michael Krawinkel vom Institut für Ernährungswissenschaften – Ernährung in Entwicklungsländern der Justus-Liebig-Universität Gießen kommen zu dem Schluss: „Die DFG-Broschüre „Grüne Gentechnik“ genügt ihrem eigenen Anspruch nicht.“ Ihre Kritik veröffentlichten sie in ihrem gleichnamigen Diskussionsbeitrag vom Januar 2011. Sie zeigen, dass die DFG-Broschüre mehrere falsche Informationen enthält und zudem eine selektive Literaturauswahl zu Gunsten der grünen Gentechnik zugrundelegt. Den Autoren der Broschüre werfen sie darüber hinaus vor, das Thema primär aus der Perspektive des Wissenschaftsstandorts Deutschland zu betrachten. Die Sichtweisen der Ökologie, Agrar- und Ernährungswissenschaften sowie Sozialwissenschaften kämen zu kurz. Die Broschüre diskreditiere potentiell negative wissenschaftliche Ergebnisse als „Berichte der öffentlichen Medien, die sich nicht auf repräsentative Daten berufen.“

## Herbizidtoleranz und Koexistenz

Die Herbizidtoleranz gentechnisch veränderter Pflanzen gegenüber „Roundup Ready“ wird von der DFG als unproblematisch in Bezug auf Mensch und Umwelt dargestellt. Die Kritiker der Broschüre zeigen jedoch, dass eine Vielzahl von Studien zu einem anderen Ergebnis kommen: Schon 2007 habe man in Brasilien festgestellt, dass der mittel- und langfristige Einsatz des Herbizids durch Transfer auf Nicht-Zielorganismen zu vermehrten Pflanzenkrankheiten, einer reduzierten Verfügbarkeit von Mikronährstoffen und toxischen Effekten auf Bodenbakterien und -pilze führt. Ein weiteres Problem ist die zunehmende Resistenzbildung der Unkräuter. Andere Untersuchungen weisen auf eine Kontamination von Gewässern und dem Grundwasser hin. Für die DFG ist Koexistenz gentechnisch veränderter und konventioneller Kulturpflanzen grundsätzlich möglich. Dem

widerspricht die von den Kritikern angeführte Bewertung von Tappeser et al.: „Eine ökologische Koexistenz ist für Arten mit kreuzbaren Verwandten in Europa, beispielsweise bei Raps, nicht oder bei der Zuckerrübe nur schwer zu gewährleisten.“

## Gesundheitliche Risiken

Die DFG lobt die hohen Standards, wegen derer nicht von einer Gesundheitsgefährdung auszugehen sei. Dagegen verweisen die Wissenschaftler auf neuere Erkenntnisse zur Wirkung von Antibiotika-Resistenzgenen auf Bodenorganismen: Martinez gab 2009 zu bedenken, dass solche Antibiotika-Resistenzgene zu Veränderungen bei Mikroorganismen in der Umwelt führen können. Die Wissenschaftlerin Hug weist darauf hin, dass Antibiotika-Resistenzgene durch horizontalen Gentransfer auch auf menschliche Darmflora-Bakterien übertragen werden können. Expertengruppen der Welternährungs- und Weltgesundheitsorganisation fordern, dies in der Risikoabschätzung zu berücksichtigen.

Auch Informationen zur Tierernährung widerlegen die Kritiker. In der Broschüre heißt es, dass „Pflanzen unter dem Einfluss von Polyspartat die wichtige Aminosäure Arginin bilden, die, als Zusatzstoff für Futtermittel eingesetzt, das Immunsystem stimuliert und gegen Tumorzellen wirkt. Neben der Stresstoleranz der Tiere fördert Arginin auch die Aufnahme von Stickstoff aus dem Futter, so dass die Tiere (hier: Schweine) schneller wachsen und weniger Stickstoff ausscheiden, der in zu hohen Konzentrationen Gewässer und Grundwasser belasten kann, wenn die Gülle als Dünger ausgebracht wird“. In der praktischen Ernährung des Schweins, so die Wissenschaftler, hat ein Zusatz an Arginin – im Gegensatz zu anderen Aminosäuren – keine Wirkung und daher auch keinerlei Bedeutung, da Arginin schon in recht hohen Gehalten im Futter vorliegt. Tumorerkrankungen spielten beim Schwein keine Rolle. Die Aussagen, Arginin führe durch die verbesserte Aufnahme von Stickstoff zu einem schnelleren Wachstum und einer geringeren Ausscheidung von Stickstoff, würden schlicht jeder wissenschaftlichen Grundlage entbehren.

Desweiteren setzen sich die Kritiker kritisch mit den DFG-Darstellungen zum Antibiotika-resistenz-Gen bei *Bacillus thuringiensis*, dem Umwelteinfluss, dem durch die Gentechnik hervorgerufenen Landnutzungswandel, einer volkswirtschaftlichen Bewertung, aber auch sozialen Risiken, den wachsenden Monopstrukturen im Saatguthandel sowie der Privatisierung der Forschung kritisch auseinander. Nach eigener Darstellung haben die Wissenschaftler, die selbst zur Forschungselite gehören, der DFG ihre Kritikpunkte schriftlich und mündlich vorgetragen und ihr empfohlen, die Broschüre zurückzuziehen. *ch*

# Ausgezeichnet für Vielfalt und Wertschöpfung

Biobauer Carsten Ellenberg erhält Förderpreis

Zur Abwechslung spielte Linda diesmal keine so große Rolle. Dabei hat die große alte Dame des Ackers mit ihm alles erreicht, was man so erreichen kann als Kartoffel: Ruhm – fast ist man versucht zu sagen: Weltruhm – wiederhergestellte Ehre, nachdem ein Verschwinden in Bedeutungslosigkeit und Anbauverbot drohte. Beide haben damals eine Medienschlacht gewonnen, Linda und der blonde, rotwangige David gegen die blassen Goliaths von Europlant. Nun darf sie wieder angebaut werden, hat ihren festen Platz in der Kartoffelgesellschaft erhalten, sogar auf Europlants Äckern. Deshalb geht es diesmal um den Blonden: Carsten Ellenberg, Biobauer aus dem niedersächsischen Dörfchen Barum zwischen Uelzen und Lüneburg ist nämlich Einer, der nicht nur eine Kartoffel rettet und dafür nun den Förderpreis des ökologischen Landbaus bekommen hat. Ihm geht es um die Vielfalt auf dem Kartoffelacker, die er schon Mitte der 90er Jahre für sich und seinen Betrieb entdeckte. „Mit damals 50 Hektar waren wir auf dem Weg in den Nebenerwerb“, beschreibt Ellenberg, was die Beratung so riet. Stattdessen begann er, Kontakte zu knüpfen zur Genbank in Groß Lüsewitz, zu Forschungseinrichtungen in Quedlinburg, nach Schottland, Peru, Tschechien, China... sammelte alte Kartoffelsorten, vermehrte sie, prüfte ihre Eignung für den Ökoanbau, begann zunächst einfache Züchtungsschritte, verfeinerte die Methoden und – nicht zu ver-

gessen – baute gleichzeitig eine exklusive Vermarktung auf. Vielleicht kam der Zeitgeist ihm zur Hilfe, Lebensmittelskandale, die Lust am Besonderen, guten Lebensmittel, was auch immer, seine blauen, roten, gelben, krummen, geraden, knubbeligen und glatten Kartoffeln – rund 100 Sorten – verkaufen sich glänzend. Und zwar nicht als Massenware zum Ramschpreis, sondern als handverlesenes Edelanbot. „Gärtner sind ganz wichtig, die bewundern die Pflanzen noch und sind auch besondere Verbraucher“, sagt Ellenberg.

## Nur Speise

Natürlich vertreibt er seine Kartoffeln immer mit dem Hinweis, dass es sich um Speiseware handele, die man „allerdings auch rein zufällig in ein gut vorbereitetes Saatbett fallen lassen könne“, wie es ein Versandhauskatalog einmal formulierte. „Wir waren sehr überrascht, aber es war natürlich auch sehr schön, dass es da einen Markt gibt“, sagt der Bauer und der längst auch Medienprofi gewordene fügt hinzu: „Wir mussten die Vielfalt erst neu entdecken und kennenlernen und andere Menschen wollten das offensichtlich auch.“ Aber der gewiefte Niedersachse ruht sich nicht darauf aus, die Farben- und Formenvielfalt der im Mainstreamhaushalt zur Sättigungsbeilage verkommenen Knollen an den bewussten Konsumenten zu vermarkten, er will eigene Sorten züchten. Ein Gewächshaus, ein kleines Labor, ein Forschungsprojekt mit dem Julius-Kühn-

Institut für Züchtungsforschung, viel Arbeit, auch mal Rückschläge: „Im Gewächshaus kommt die Krautfäule viel früher und macht einem schon mal alles kaputt“, und schließlich erste Erfolge: fünf eigene Sorten hat Carsten Ellenberg bislang beim Bundesortenamt angemeldet und vermarktet sie auch. Zunehmend kommen nun auch Landwirte auf ihn zu, die die Sorten anbauen wollen. Längst kooperiert er mit landwirtschaftlichen Betrieben in der Region, um die vielen Kartoffeln, die er verkauft, auch angebaut zu bekommen. Dadurch hat nicht nur sein Betrieb mit inzwischen acht festen Mitarbeitern eine Zukunftsperspektive. „Wir sind ja jetzt nicht fertig, werden immer professioneller, auch immer akzeptierter“, sagt Ellenberg und meint besonders die Züchtung. Zur Professionalität gehört auch, den gesellschaft-

lichen Schulterschluss zum Erhalt der Kartoffelvielfalt zu suchen. Seit Linda gibt es eine Verbändeplattform, die jedes Jahr die Kartoffel des Jahres wählt. Die diesjährige Siegerin wurde von Ellenberg auf der großen Demo für eine andere Landwirtschaft in Berlin verkündet.

## Vielfalt und Wertschöpfung

Es ist Ora, eine besonders im Osten einst beliebte, mehligke Sorte. „Bisher haben die Sorten langfristig ein bisschen davon profitiert, einmal Kartoffel des Jahres gewesen zu sein, die Nachfrage steigt“, freut sich Ellenberg. Wieder ein Baustein für Vielfalt und Wertschöpfung. Für all diese vielen Baustellen seines Engagements, aber sicher auch für seinen Blick dafür, was wirtschaftlich interessant ist, hat Carsten Ellenberg nun dieses Jahr den Förderpreis des ökologischen Landbaus von Landwirtschaftsministerin Ilse Aigner (CSU) bekommen. Die Preisvergabe auf der Grünen Woche war der erste Auftritt des Bundesprogramms ökologischer Landbau, in dessen Rahmen der Preis vergeben wird, nachdem die schwarz-gelbe Bundesregierung im vergangenen Herbst beschlossen hatte, das Programm auch für nicht ökologisch wirtschaftende Betriebe zu öffnen. So war denn Aigner auch bemüht, Kritik daran im Vorhinein abzufangen. „Eigentlich werde man doch das Bundesprogramm nicht massiv ändern“, erinnert sich Ellenberg an ihre Worte. Gleichzeitig fragt er sich, warum ein von ihm gestellter Antrag auf Unterstützung seiner Züchtungsforschung durch das Bundesprogramm abgelehnt wurde, wenn doch angeblich die Öffnung des Programms auch deshalb beschlossen wurde, weil es nicht genug Ökoprojekte gibt, die die 16 Mio. Euro im Topf ausschöpfen.

## Mit Zukunft

So bleibt es an Ellenberg, zumindest die 7.500 Euro aus dem Förderpreis entsprechend anzulegen, an Ideen mangelt es ihm nicht. Und es bleibt ihm auch die klammheimliche Freude, durch eine Bundesinstitution für sein ausdrücklich erwähntes politisches Linda-Engagement ausgezeichnet worden zu sein, welches auch eine Auseinandersetzung mit der Bundesinstitution Bundessortenamt beinhaltet. Das sind sicher die Anekdoten, die er auch noch erzählen wird, wenn vielleicht irgendwann seine beiden Söhne auf dem Hof in seine Fußstapfen treten, beide wollen oder machen bereits eine landwirtschaftliche Ausbildung. Im Nebenerwerb müssten sie den Betrieb jedenfalls nicht führen. „Vielfalt gibt Genuss, gibt hohe Wertschöpfung, das ist eigentlich das Gegenteil von dem, was die Wirtschaft so propagiert“, auch darüber freut sich der bauernschlaue Vater. cs



## Partei-übergreifend gegen Patente

Anlässlich der Grünen Woche 2011 haben sich Bundestagsabgeordnete der SPD, der Grünen, der Linken sowie von Union und FDP gegen die Patentierung konventioneller Züchtungsverfahren, daraus hervorgegangene Pflanzen und Tiere und Produkte ausgesprochen. Matthias Miersch (SPD), Ulrike Höfken (Die Grünen), Christel Hap-pach-Kasan (FDP), Max Lehmer (CDU/CSU) und Kirsten Tackmann (Die Linke) erklärten erste gemeinsame Ziele für eine Präzisierung des deutschen Patentgesetzes, die Signalwirkung auf das europäische Recht entfalten soll. Auf der europäischen Ebene erwartet sie von der Bundesregierung Überzeugungsarbeit. Auf nationaler Ebene müsse die Reichweite von Patenten angemessen beschränkt werden. Es soll sichergestellt werden, dass zukünftig nur patentiert wird, was eine Erfindung darstellt. Die Parteien wollen sich dafür einsetzen, die Forschungs- und Züchtungsfreiheit im Patentrecht zu erhalten. Weiter soll ein Monitoringverfahren eingeführt werden, um die Erteilungspraxis der Patentämter kontinuierlich zu beobachten. Überfraktionell wollen die Abgeordneten auch für eine Überprüfung des Finanzierungsmodells des Europäischen Patentamtes und eine größere Unabhängigkeit der Großen Beschwerdekammer eintreten. cb



Karsten Ellenberg: streitbarer Kartoffelzüchter und Preisträger  
Foto: Andreas Eckhardt/BLE

## Rechtsprechung nach dem Einbahnprinzip

Ist der Landwirt schuld, wenn die Tiergesundheit sich nicht ins industrielle System fügt und der Tierarzt versagt?

### Neue Molkerei für Hamfelder Hof

Über viele Jahre wurde die Hamfelder Hof Milch in der Molkerei Trittau abgefüllt. Vor allem in norddeutschen Kühlregalen ist die Verpackung vom Hamfelder Hof vielen bekannt. Daran wird sich auch in Zukunft nichts ändern. Dennoch mussten sich die Biomilchbauern eine neue Molkerei suchen, um ihre Milch in die Tüte zu bringen. Der Zusammenschluss des dänischen Molkereikonzerns Arla Food mit der Hansa-Milch ist schuld. Der neue Milchriese schließt die Molkerei in Trittau, die bisher die Hamfelder Milch abfüllte. Um langfristig nicht mehr von externen Abfüllern abhängig zu sein, planen die Bauern den Bau einer eigenen Molkerei. In zwei Jahren, so die Überlegungen, sollte die eigene Verarbeitung in den noch zu bauenden Gebäuden starten. Bisher werden 6 Mio. kg verarbeitet. Die Planungen sehen eine Verarbeitungsmenge von 10 Mio. kg vor. Neben der Milchabfüllung soll es zukünftig auch eine Butterei und eine Käserei geben, um die Marke Hamfelder Hof weiter auszubauen und neue Absatzwege zu erschließen. *mn*

Landwirtschaftliche Nutztiere zu halten bedeutet, Aufgaben sinnvoll zu teilen. Der Bauer kümmert sich um seine Tiere und ihre gesunde Aufzucht. Der bestandsbetreuende Tierarzt sorgt dafür, dass Krankheiten rechtzeitig diagnostiziert und erfolgreich behandelt werden. Das funktioniert meistens gut und setzt Vertrauen auf beiden Seiten voraus. Was aber, wenn ein Tierarzt grob fahrlässig handelt? Wenn er in einem offensichtlich immer kränker werdenden Bestand trotz wachsender Tierverluste an einmal gewählten Behandlungsschemata festhält? Wenn er massenweise Antibiotika verordnet, ohne kritisch zu prüfen, ob damit die Ursachen des bestehenden Krankheitsbildes wirksam bekämpft werden? Dann droht einem Tierbestand der Ruin. Diese bittere Erfahrung musste auch Schweinebauer Hubert Hümme machen. Sein wertvoller Zuchtsauenbestand wurde über fast drei Jahre von einem Tierarzt systematisch zugrunde gerichtet. So lange dauerte es, bis der Bauer erkannte, dass nicht das Krankheitsgeschehen, sondern die Behandlung für den wachsenden Schaden verantwortlich war. Wütend wechselte er den Tierarzt und zog vor Gericht, um für Entschädigung zu streiten. Mit dem neuen Arzt kehrte die Gesundheit auf den Hof zurück, der Schaden aber war unumkehrbar. Der Zuchtvertrag war verloren, der Betrieb in die Schuldenfalle gestürzt. Das war vor mittlerweile zwölf Jahren. So lange brauchte das deutsche Rechtssystem, um ein Urteil zu fällen. Es fiel vernichtend aus: Der Bauer bekam Recht und wurde zugleich durch den Richterspruch zur Aufgabe seines Betriebes verurteilt.

### Wie konnte das geschehen?

Hubert Hümme versteht die Welt nicht mehr. Schon 2007 sprach ihm das Landgericht Lübeck im Wesentlichen Recht zu und verurteilte die Versicherung des Tierarztes zu Ersatzansprüchen im sechsstelligen Bereich. Dagegen zog der Tierarzt in Berufung. Das Oberlandesgericht in Schleswig zog etliche Gutachten hinzu und kam auch zu dem Schluss, dass alleine die tierärztlichen Behandlungsfehler für „den Primärschaden“ verantwortlich seien und den Bauern keine Mitschuld treffe. Als „Primärschaden“ aber sahen die Richter lediglich den entgangenen Gewinn für die verendeten Tiere aus knapp einem Jahr an. Die Jahre davor und danach, in denen derselbe Tierarzt in derselben Manner falsch behandelte, blieben völlig außer Betracht. Schlimmer noch: Weil

krankte Tiere langsamer wachsen und sich schlecht verkaufen lassen, kam es damals zu fataler Unordnung im Stall. Der einstmals bei landwirtschaftlichen Beratern als Vorzeigebetrieb gehandelte Hof konnte selbst beim besten Willen kein „Rein, raus“ oder „Einbahnstraßenprinzip“ mehr fahren. Was hätte der Bauer auch tun sollen? Untergewichtige, kümmernde Tiere einfach erschlagen, um wieder Platz in den Buchten zu schaffen? Vermarkten konnte er nur ausgewachsene, gesunde Tiere, und die waren zu dieser Zeit selten in seinem Bestand. Genau daraus aber drehten die Richter dem Bauern einen Strick. Sie folgten der Auffassung eines Fachgutachtens, in dem die Vorstellungen der industriellen Intensivtierhaltung zum

seiner Tiere tat, soweit das unter den Bedingungen einer Intensivtierhaltung möglich ist. Der Fehler steckt wie so oft im System. Kleine Ursachen können sich zu großen Wirkungen aufschaukeln, wenn entsprechende Rückkopplungen sich ergeben und nicht ausgeglichen werden. Ein System, dessen Erfolg darauf angelegt ist, dass sehr hohe Tierdichten sich abwechseln mit kurzen Phasen, in denen nahezu klinische Sauberkeit wiederhergestellt werden muss, ist hochgradig störungsanfällig. Kommt es wie bei Bauer Hümme zu einem kritisch hohen Krankenstand, weil der Tierarzt grob fahrlässig handelt, dann beginnt eine Teufelsspirale, der kaum mehr Herr zu werden ist. Auch Schweinebauern, die von Intensiv- auf Biohal-



Hubert Hümme: Ein letzter Stall mit eigenen Schweinen ist „noch“ geblieben.

Foto: Johnnigk

Non-plus-ultra jeder Schweinehaltung erklärt werden und jeder Bauer, der ihnen nicht folgt, als „selbst schuld“ gebrandmarkt wird.

Selbst schuld soll Bauer Hümme gewesen sein, weil sich im Zuge des immer kränker werdenden Bestands auch die Bedingungen für Hygiene, Haltung und Management dramatisch verschlechtert haben sollen. Das jedenfalls behauptet das Gutachten, das nach über zehn Jahren lediglich im Rückblick anhand der Betriebsdaten die Vorfälle klären sollte.

### Der Systemfehler

Der Bauer ist zu Recht empört. Ihm konnten etliche Zeugen bestätigen, dass er auch in der Krise stets alles Menschenmögliche für eine saubere Haltung

tung umgestellt haben, können viel darüber erzählen, wie lange der Krankheitsdruck längst resistent gewordener Erreger in den alten Ställen anhält. Bauer Hümme jedenfalls ist nachhaltig kuriert. Er würde sofort auf extensive Haltung umstellen, wenn er noch könnte. Das Schleswiger Urteil aber spricht ihm von 622.000 Euro Gesamtschaden nur einen Ersatzanspruch von 24.268 Euro und 34 Cent zu. Davon soll er der Gegenseite noch Prozesskosten erstatten. Findet sich keine solidarische Hilfe, um vor den Bundesgerichtshof zu ziehen, bleibt die Gerechtigkeit sprichwörtlich in der Einbahnstraße stecken.

Stefan Johnnigk  
Geschäftsführer bei ProVieh

# Nur Hopfen, Malz und Wasser

Der Ökopionier und Betreiber der Neumarkter Lammsbräu wird 65

Er braut schon viele Jahre hochwertige Biere aus naturbelassenen, ökologischen Zutaten. Er fährt sein Auto mit Pflanzenöl. Er zahlt „seinen“ Bauern freiwillig mehr Geld für ihr Getreide. Er investiert Gewinne aus seinem Unternehmen meist gleich wieder in Projekte, die der Nachhaltigkeit dienen und lobt jährlich einen Nachhaltigkeitspreis aus. Seinen „Dr.“ hat er im Steuerwesen gemacht, nach dem Motto: „Bilde dich so aus, dass du im Leben möglichst viele bzw. die richtigen Fragen stellen kannst.“ Und er hat bewiesen, dass er nicht nur Fragen stellen kann, denn er ist unbestritten einer der Pioniere in Sachen „Bio“ und Nachhaltigkeit, nicht nur beim Bio-Bier bzw. bei Bio-Getränken: Dr. Franz Ehrnsperger, Inhaber der Brauerei Lammsbräu in Neumarkt/Oberpfalz. Im März feiert er seinen 65. Geburtstag.

„Es war für mich unheimlich toll und spannend, das alles mitzumachen, zu gestalten – auch, um sagen zu können: Wir haben nichts getan, was die nachfolgende Generation ärmer macht“, sagt der großgewachsene, schlanke Brauereichef.

Schon früh hat er festgestellt, dass bayerisches Bier schon weltberühmt war, als Bauern und Brauer noch keine Chemie beim Anbau von Braugerste und Hopfen oder diverse „Hilfsmittel“ in der Brauerei verwendeten. Dem spürte er nach: Heute ist die „Neumarkter Lammsbräu“ in Deutschland Marktführer in Sachen Bio-Bier, beschäftigt 85 Mitarbeiter und macht jährlich etwa 10 Millionen Euro Umsatz. Seine alkoholfreien Biere werden alkoholfrei gebraut (der Alkohol wird also nicht wie üblich nachträglich entzogen) und dürfen sich als „nachweislich gesund“ bezeichnen. Für alle Biere wird ausschließlich Naturhopfen verwendet, also keine Pellets.

## Zukunft sichern

„Ich bin nicht der biobegeisterte Freak gewesen, wie man vielleicht meinen könnte“, beginnt Ehrnsperger, wenn man ihn nach seiner Motivation fragt. „Als Braumeister und Kaufmann musste ich mir auch Gedanken zum Erhalt der Brauerei machen.“ Denn das Umfeld für Brauereien war damals wie heute nicht freundlich, viele „Kleinere“ mussten schließen oder wurden aufgekauft. Also was tun, um Brauerei und Arbeitsplätze zu erhalten, schildert Ehrnsperger seine Überlegungen von damals. „Ich kann die Brauerei nur der nächsten Generation übergeben, wenn ich besseres Bier mache als andere.“ Also fing man bei der Selektion der Zutaten an: der Braugerste, dem Hopfen und dem Wasser. Der hauseigene Brunnen von 1898 mit hervorragendem Wasser war als Basis vorhanden, denn die Quelle liegt im Schutz des Neumarkter Juras. Durch die mächtigen Tonschichten ist sie vor Umwelteinflüssen geschützt. An der Qualität der Braugerste und des Hopfens musste jedoch gearbeitet wer-

den. Mitte des 19. Jahrhunderts war bayerisches Bier berühmt und im Ausland begehrt. Was haben die damals anders gemacht? „Das war ökologischer Landbau pur, es gab ja noch keine Chemie“, so Ehrnsperger. Nun hatte ihn der „Bio-Virus“ doch infiziert. Das Problem war nur, dass es damals keine Bio-Bauern gab. Am Anfang stand dann auch nicht Bio, sondern ein Verzicht auf den Einsatz von Chemie und ein reduzierter Kunstdüngereinsatz. Ehrnsperger musste im Gegenzug garantieren, die gesamte Ernte – zu einem sehr guten Preis – abzunehmen. 1980 folgte der nächste Schritt. Ehrnsperger versammelte die Bauern und sagte: „Unser Ziel ist der ökologische Landbau und wer dabei nicht mitmachen mag, darf auch nicht mehr liefern.“ Er wurde belächelt, lediglich zwei von 35 Bauern stellten um. Ein Agraringenieur wurde eingestellt, um die Sache voranzubringen und Bauern vom ökologischen Landbau zu überzeugen, zu beraten und zu kontrollieren. Ein Riesenaufwand, der viel Geld gekostet hat, aber letztendlich von Erfolg gekrönt war.

## Das „Hopfenproblem“

Der damalige Hopfenberater im Traditionsanbaugebiet im fränkischen Spalt sagte, dass es unmöglich sei, Biohopfen zu erzeugen. „Ohne Spritzmitteleinsatz geht das nicht!“ Ehrnsperger besann sich aufs Altbewährte: „Das Bayerische Reinheitsgebot gibt's seit 1516 und die haben damals nichts anderes gemacht, als das, was ich heute auch wieder machen möchte.“

Über den ökologischen Weinbau kam man zu praktikablen Ergebnissen. 1990 war „Neumarkter Lammsbräu“ die erste Brauerei in Deutschland, die zu 100 Prozent ökologische Rohstoffe verwenden konnte. Doch erst 1995 war die Menge der Öko-Rohstoffe gesichert, so dass endlich die letzte Flasche konventionellen Biers verkauft werden konnte.

„Wir haben viel Pionierarbeit leisten müssen, nicht nur beim Landbau, sondern auch bei den Weiterverarbeitungsrichtlinien“, sagt Ehrnsperger. 1989 stellte er sein „ökologisches Reinheitsgebot“ vor. Die Folge waren Anfeindungen vom Brauerbund und eine Wettbewerbsklage: „Bio-Bier sei Verbrauchertäuschung“! Als „Nestbeschmutzer“ wurde er von Kollegen bezeichnet, nur weil er seiner Meinung nach das Reinheitsgebot vom Acker weg konsequent umsetzte.

Inzwischen gibt es etwa 50 Brauereien in Deutschland, die Bio-Bier brauen. „Es ist ein sehr befriedigendes Gefühl, dass wir dazu beigetragen haben, dass es im Oberpfälzer Landkreis Neumarkt einen überdurchschnittlich hohen Anteil an Bio-Anbauflächen gibt und damit für unsere Kinder der Trinkwasserschutz gesichert ist. Hinzu kommt der noch nicht messbare, aber vorhandene Klimaschutz durch eine nachhaltige Landwirtschaft“, freut sich Dr. Ehrnsperger. „Die Brauerei hat davon profitiert und ist seit 1980 kontinuierlich, aber langsam gewachsen.“ Auch eine eigene Mälzerei gehört immer noch zum Unternehmen. Der finanzielle Gewinn sei zwar immer noch nicht so hoch, wie bei einer gut geführten, konventionell wirtschaftenden Brauerei, „weil wir laufend viel Geld in die weitere Entwicklung stecken: Nachhaltigkeit kostet.“ Das neueste Projekt: Die Entwicklung eines Standards für besonders gute Wasserqualität, nämlich ein Bio-zertifiziertes-Mineralwasser. Mitte Januar gab es ein erstes Urteil dazu, nachdem die Zentrale zur Bekämpfung unlauteren Wettbewerbs wegen Wettbewerbsverzerrung geklagt hatte. So wurde der Brauerei untersagt, mit ihrem Mineralwasser „Bio-Kristall“ zu werben. Gegen dieses Urteil wurde Berufung eingelegt. Man darf gespannt sein, was Dr. Ehrnsperger, bevor er in Ruhestand geht, noch alles einfällt.

Herbert Zeilinger  
freier Journalist



Dr. Franz Ehrnsperger, Inhaber der „Neumarkter Lammsbräu“ am Sudkessel.

Foto: Zeilinger

## Bauern stärken

Nahrungsmittel werden immer teurer. Während immer mehr Menschen hungern, stagnieren die Ernteerträge durch bedrohliche Wetterextreme. Wer den Hunger bekämpfen will, muss die kleinen Bauern in Entwicklungsländern stärken. Das sagt Ralf Südhoff vom UN World Food Programme (WFP), der größten humanitären Organisation der Welt, in einem Interview mit der ZEIT ONLINE. Dass Spekulationen an der Börse die Lebensmittelpreise in die Höhe schießen lassen, steht für Südhoff außer Frage. Andere Gründe für weltweite Hungersnöte sieht er in der wachsenden Weltbevölkerung, dem steigenden Bedarf an Bioenergie und dem steigenden Konsum der Schwellenländer bei Milch und Fleisch. „Laut UN-Prognose müssen wir bis zum Jahr 2030 unsere Nahrungsmittelproduktion um die Hälfte erhöhen, um alle Menschen satt zu bekommen“, so Südhoff. Er ist überzeugt, dass es einen Wandel in der Landwirtschaft geben muss, um das zu schaffen. „Zuallererst müssen Kleinbauern in Entwicklungsländern mehr Möglichkeiten erhalten und besser gefördert werden. Der Weltagrarat der Vereinten Nationen schätzt, dass sich die dortigen Ernten vervierfachen könnten, wenn wir die Wende zu einer effizienteren und zugleich nachhaltigen Bewirtschaftung ermöglichen.“ Südhoff berichtet von der Erfolgsgeschichte Malawis. Das Land in Südafrika, das sich teils gezielt vom Weltmarkt abgeschottet und Kleinbauern auf sinnvolle Weise subventioniert und gefördert habe, produziere heute Überschüsse. Auch andere Länder wie Ghana und Uganda zeigten, wie die Entwicklungsländer selbst etwas gegen den Hunger tun könnten.

mh

**Leserbrief:**

Einladung zum Bio-Betrug!

Nach dem Ökolandbaugesetz müssen die 23 privaten Zertifizierungsstellen in Deutschland ihre geprüften Bio-Betriebe im Internet veröffentlichen. 13 Zertifizierungsstellen tun dies freiwillig und dennoch sehr verschlüsselt, in der BioC Datenbank. „Freiwillige“ und „private“ Zertifizierungsstellen ist schon der falsche Ansatz. Sollten Sie auf der Seite einer Zertifizierungsstelle Ihren gesuchten Bio-Betrieb wirklich finden, so können Sie nur die Ist-Situation feststellen. Aus angeblichen Datenschutzgründen ist die Aussagekraft mäßig, in Wahrheit wollen die Zertifizierungsstellen aus Wettbewerbsgründen ihren eigenen Mitbewerbern auf dem Zertifizierungsmarkt wenig Daten vermitteln. Es ist dringend erforderlich, eine europäische Datenbank zu installieren und Zertifikate fälschungssicher auszufertigen. Weiterhin muss analog zum Rinderpass das Zertifikat mitwandern, um alle Stufen des Handels oder der Verarbeitung zu erfassen! Zum Recherchieren muss die Veröffentlichung in Listenform über Jahre ersichtlich angelegt sein. Es muss nachvollziehbar sein – wann welcher Betrieb in welchem Zeitraum an welchem Standort unter welcher Rechtsform ein Zertifikat besessen hat. Zurzeit ist hier der Kriminalität im großen Stil Tor und Tür geöffnet. Lieber Verbraucher, suchen Sie bitte mal meinen Bioland-Betrieb, der seit 30 Jahren biologisch bewirtschaftet wird und noch nie die Kontrollstelle, den Wohnsitz, das Bundesland oder die Rechtsform gewechselt hat! Mein Name: Joachim Löber PLZ:34311. Sie werden nichts finden!!! (vielleicht stellt meine Zertifizierungsstelle durch diese Veröffentlichung mich schnell ein). Weiterhin könnte ich die Kontrollstelle jährlich wechseln, was ein Recherchieren über einen längeren Zeitraum unmöglich macht. (...)

Im Interview *Biolandzeitung* 1/2011 sagt Herr Lettenmeier, Vorstand der ABCERT Kontrollstelle: „Ich hoffe, dass sich weitere Kontrollstellen an die freiwillige Datenbank BioC anschließen.“ Egal ob die Daten in einer bioc Datenbank oder einer anderen europäischen Form zusammen fließen, so wie bisher kann es nicht weiter gehen. Wir Bio-Bauern leiden unter diesem kriminellen Angebotsdruck und der Verbraucher wird betrogen!

Joachim Löber  
34311 Altenstadt

**Leserbrief:**zum Artikel BioC GmbH – Ökolandbau unter Kontrolle? *Bauernstimme* 2-2011

Die vorgebrachten Argumente, welche Rechte hat ... ein Unternehmen, das ggfs. nicht in der Datenbank gelistet sein will? sind doch nun wirklich naiv! Es wird niemand gezwungen, transparent zu produzieren, dafür gibt es doch den undurchsichtigen, ‚globalen‘ Markt. Von einem Bio-Verarbeiter erwarte ich schlicht, dass er mit „offenen Karten“ sein Geschäft betreibt. Alles andere nährt den Verdacht – und das ist tödlich für die gesamte Bio-Branche!

Und mal ehrlich, wenn eine Kontrollstelle ihrem Kunden (!) kündigt, also selber auf Umsatz verzichtet, dann wird ja schon etwas dran sein an der Sache. Ich weiß von genügend Betrieben, wo sich Kontrollstelle und Verarbeiter „einernehmlich“ getrennt haben. Branchenintern gibt es bereits ein Ranking über die Wertigkeit der Zertifikate. Sicher, auch ich bin skeptisch gegen Kontrollen und Datensammlungen und verweigere mich Massen-Genests und Reisen in die USA. Man weiß nie, wo einmal erhobene Daten wieder auftauchen. Welche Chance haben VerbraucherInnen, einen lückenlosen, transparenten Produktionsweg nachzuvollziehen? Sie sind darauf angewiesen, dass „jemand“ die zugesicherten Eigenschaften kontrolliert, denn ich kann ja nicht selber 365 Tage auf meinen Apfel aufpassen und gleichzeitig noch die Bananen im Auge haben. (...) Das Beispiel der „Bio“-Schweine aus Italien an eine namhafte Ladenkette zeigte, dass selbst ein zurückgezogenes Zertifikat nicht die erzeugten Produkte aus dem Warenstrom entzieht. Über die vielen Verarbeitungsschritte in unterschiedlichen Spezialbetrieben, inzwischen auch in der Bio-Verarbeitung, hilft auch Mundpropaganda nur noch bedingt. Wer sich etwas zu Schulden kommen lassen hat, darf nicht mehr liefern! (...) Also, wenn eine Kontrollstelle das tut, was ich von ihr erwarte: Nämlich Betriebe, die gegen die EU-VO 834/07 verstoßen, auch zu melden und die abnehmenden Betriebe darauf reagieren, damit der „Schmuh“ nicht auf den Kundentisch kommt, dann ist das Verbraucherschutz. Solange noch Kontrollstellen aus Konkurrenzangst „ein Auge zudrücken“ oder sich nicht einer gemeinsamen, transparenten Datenbank öffnen, sind wir davon aber noch weit entfernt.

Thomas Warnken  
28209 Bremen

**Kurzes am Rande****Leserbrief:**zum Beitrag, Agrarwende 2.0, *Bauernstimme* Heft 2, 2011

Es ist für eine Zeitschrift wie die *Bauernstimme* sicher die Frage, in welchem Ausmaß man Parteipolitikern wie F. Ostendorff Gelegenheit gibt, sich in einer Zeitschrift „Von Bauern für Bauern“ zu präsentieren. In diesem Fall gibt es erhebliche Bedenken. Nicht nur, dass der Autor die Abwendung von industrieller Landwirtschaft mit einem „Software update“ vergleicht. Dies wird dem Problem nicht gerecht, es zieht den Protest gegen die Agrarindustrie fast ins Lächerliche. Mehr noch, Ostendorff behauptet tatsächlich, dass die Agrarpolitik der ehemaligen Landwirtschaftsministerin Künast der erste Versuch gewesen sei, die agrarindustrielle Entwicklung zu stoppen. Die Unterzeichner, alle selbst Bauern in Ostdeutschland, haben erlebt, in welcher Weise Renate Künast die Anliegen der ostdeutschen Bauern aufgenommen und behandelt hat. Künast hat in dem für die Agrarindustrialisierung so wichtigen Be-

reich der ostdeutschen Bodenpolitik die ostdeutschen Bauern im Stich gelassen. (...) Dass es bei den Grünen auch anders geht, zeigt Axel Vogel, der als Fraktionsvorsitzender der Grünen im Brandenburger Landtag das Thema der ostdeutschen Bodenpolitik beharrlich und mit wachsendem Erfolg mittlerweile so weit getrieben hat, dass auch die beiden anderen Oppositionsparteien CDU und FDP in Brandenburg ihre Positionen neu formulieren. Deswegen haben die beiden Bundesvorsitzenden der AbL in ihrem Kommentar im selben Heft auf die Brandenburger CDU verweisen können. Der Agrarpolitische Sprecher der Grünen Ostendorff muss sich der Problematik der ostdeutschen Bodenpolitik stellen und nicht die Fehler von Frau Künast überspielen.

Franz Joachim Bienstein, Martensdorf;  
Helmut Peters, Siemitz; Helmut Precht,  
Breesen; Jörg Gerke, Rukieten

**Leserbrief:**

Leserbrief zur Fusion von Nordmilch mit Humana und der einseitigen Berichterstattung in regionalen Zeitungen

Einen überdurchschnittlichen Milchpreis verspricht der neue Milchgigant seinen Lieferanten, und ein Kommentator in der *Ems-Zeitung* schrieb: „Die Macht der Erzeuger wächst“. „Schön wär's“, kann ich da als Milchbauer nur sagen! Bei jedem Fusionschritt in den vergangenen 15 Jahren hat uns die Nordmilch eine Verbesserung des Auszahlungspreises in Aussicht gestellt, in der Realität lag sie aber im bundesweiten Vergleich stets im unteren Drittel, oft sogar auf einem der letzten Plätze. Warum sollte das diesmal anders sein? Jede Fusion verursacht zunächst einmal Kosten, die durch das „praktische“ System der Milchpreisfindung einfach auf die Lieferanten abgewälzt werden. Die Bauern sind „Restgeldempfänger“, denen die Molkerei sechs Wochen nach der Ablieferung der Rohmilch das auszahlt, was nach Abzug der Kosten vom Erlös übrig geblieben ist. Die gemeinsamen Interessen von Molkereien und Milchbauern, die auch der Bauernverband immer wieder beschwört, sind eine Illusion. Bestes Beispiel dafür: Im Jahr der Milchkrise 2009, als die Milchbauern ihre Milch zu einem Spottpreis von ca. 20 Cent an die Molkereien abgeben mussten, fuhr die Nordmilch einen satten Gewinn von 31 Mio. € ein! Die mangelnde Marktmacht der Milcherzeuger moniert sogar das Bundeskartellamt in seinem Zwischenbericht zum Milchmarkt. Selbst die Genossenschaften, die ja den Bauern gehören, sind keinem starken Druck ausgesetzt, beim Milchpreis für ihre Genossen das äußerste herauszuholen. Kein Wunder, denn besonders die großen der Branche wie Nordmilch und Humana haben das eigentliche Geschäft längst in AGs oder GmbHs

ausgliedert. Hier haben Landwirte nichts mehr zu bestimmen. Sie werden nur als Lieferanten eines möglichst billigen Rohstoffs gebraucht, mit dem die Molkereien ihre kühnen Weltmarktphantasien umsetzen wollen. Leider ist aber auf dem Weltmarkt auf Dauer mit austauschbaren Standardprodukten nichts zu verdienen, weil andere Milchregionen wie Neuseeland es noch billiger können.

Wenn also die Weltmarktorientierung nichts bringt und wenn die neue Großmolkerei auch keine wirkliche Verhandlungsmacht gegenüber den Discountern erreichen wird, was bringt dann die ganze Fusion? Ganz einfach: Sie schaltet für weite Teile Deutschlands den Wettbewerb um die Rohmilch vollständig aus! Wenn ich als Milchbauer im Umkreis von hunderten Kilometern nur noch einen Abnehmer habe, kann der mir die Bedingungen und den Preis diktieren. Ebenso wird die neue Molkerei stark genug sein, um auch missliebige kleinere Konkurrenzunternehmen, die zum Beispiel durch zu hohe Auszahlungspreise für Unruhe unter den eigenen Lieferanten sorgen, unter Druck zu setzen. Hoffentlich belehrt mich die Entwicklung der kommenden Jahre eines Besseren, und die Bauern der neuen Molkerei bekommen beste Auszahlungspreise. Aber eher werden wohl meine oben geäußerten Befürchtungen eintreten, und es wird sich zeigen, dass DMK nicht für „Deutsches Milchkontor“, sondern für „Deutsches Milchkartell“ steht.

Ottmar Ilchmann  
Rhauderfehn

## Gespräche auf Landesebene

Die AbL-NRW traf die Kammerspitze von Nordrhein-Westfalen

Zu einem Informationsaustausch über ein breites Themenfeld kamen Vertreter der AbL-NRW und die Spitzenvertreter der Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen zusammen. Der Landesvorsitzende Bernd Schmitz, Dorothee Lindenkamp, Rudi Schwamborn sowie Gert Kattenstroth von der AbL-NRW informierten über das im März 2011 neu startende Projekt: „Vom Acker in den Futtertrog“ – Zukunftsweisende Eiweißfutter-Versorgung für NRW.

Mit dem Kammerpräsidenten Johannes Frizen, dem Kammerdirektor Dr. Martin Berges und dem Leiter der Abteilung 3 (Produktion) Reinhard Lemke wurde eine möglichst intensive Zusammenarbeit vereinbart. Dabei wird die Kammer ihre Erkenntnisse aus den bisherigen und den zur zweijährigen Projektzeit laufenden Versuchen zur Verfügung stellen. Es soll verhindert werden, dass es unnötige Doppeluntersuchungen zu den gleichen Fakten gibt.

Von beiden Seiten wurde die Wichtigkeit einer zukunftsorientierten Eiweißversorgung aus heimischer Erzeugung betont. Die Entwicklung am Markt zeige ganz klar die Tendenz zu der wachsenden Nachfrage von Leguminosen, die auf den Äckern in NRW gewachsen sind. Alle Beteiligten der Wertschöpfungskette sollen möglichst aktiviert und eingebunden werden. Die noch Leguminosen züchtenden Unternehmen sowie die Verarbeiter und der Handel sollen durch das Projekt mit aktiviert werden. In Feldversuchen sollen sowohl konventionell als auch biolo-

gisch wirtschaftende Betriebe im Projekt ihre Erfahrungen sammeln und zur Auswertung einbringen.

Weiterhin wurden im zweieinhalbstündigen Gespräch die Themen „Beratung unter der Herausforderung des Marktes“, die „jährlichen Antragsverfahren mit ihren Schwierigkeiten“ sowie das Thema „Ausbildung von LandwirtInnen“ in der Berufsschule und den weiterführenden Schulen besprochen. Dabei regte die AbL-NRW an, das Lernspektrum im Berufsschulunterricht zu erweitern, um offener für Markttrends auszubilden. Zu spät würden die Schüler von alternativen Anbaumethoden erfahren und auf die geänderte gesellschaftliche Diskussion vorbereitet. Abschließend wurden bei der Aussprache über die Antragsverfahren seitens der Landwirtschaftskammer die Schwierigkeiten der Vor-Ort-Prüfungen geschildert, wenn verschiedene Institutionen an den Prüfungen beteiligt sind. Auch die Luftbilder als Problemfaktor wurden erklärt. Es wurde über Änderungsmöglichkeiten diskutiert, die es gilt auch den politisch Verantwortlichen nahe zu bringen. Dabei ist auch die AbL-NRW gefragt.

Insgesamt wurden in guter Gesprächsatmosphäre viele wichtige Punkte abgearbeitet. Die AbL-NRW hatte den Eindruck, dass die Kammer bereit ist, sich neuen Herausforderungen an sie zu stellen. Für das nächste Jahr wurde wieder ein Dialogtermin vereinbart, um den guten Austausch in allen Bereichen fortzusetzen.

Bernd Schmitz

Landesvorsitzender AbL-NRW



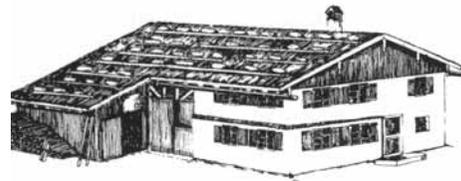
Bernd Schmitz, Landesvorsitzender der AbL-NRW, im Gespräch mit Landwirtschaftsminister Rammel auf der AbL-Mitgliederversammlung. Foto: Jasper

## Oh, oh, oh Amerika

Es ist einmal ganz gut, wenn man einmal über seinen Tellerrand hinausschaut und sieht und hört, was alles auf einen zukommt, zukommen kann, oder für die Menschheit noch geplant ist. Es vergeht einem Hören und Sehen, wenn man von zwei amerikanischen Großfachleuten hört, was die größte Weltfirma für Agrarchemie alles im Plan hat und schon fertig ist zur Auslieferung und nur noch eingesetzt werden braucht!

Es vergeht einem Hören und Sehen, was die Menschheit alles plant

und auch herstellt, um ihre Macht zu beweisen, zu vergrößern, um zur Weltmacht zu werden über alles Andere, oder alle Anderen. Wenn man das alles bedenkt muss man denken: Sind wir denn schon in Teufels Küche?? Die amerikanische Großfirma Monsanto hat eine chemische Substanz entwickelt zur Unkrautbe-



...aus Bayern

kämpfung, die noch giftiger ist als das schon längere Zeit in der ganzen Welt bekannte „Roundup“. Das neue Mittel kann, wenn es auf gentechnisch veränderte Kulturen angewendet wird, durch unsichtbare Luftgase, bei günstiger Witterung über Kilometer in der Luft weitergetragen werden und dort alle lebenden Gewächse, die nicht von Monsanto gentechnisch verändert worden sind, zu nichts machen. Alle Gräser, alle Blumen, alles, was auf dem Erdboden wächst, radikal verderben.

Dann hat diese Genfirma 75 Spione in ganz Amerika unterwegs, um die Farmer aufzuspüren, die sich nicht an ihre Strafen, allein seligmachenden Bestimmungen halten. Danach werden sie mit Millionenbeträgen wegen Übertretung von Gesetzen verklagt.

Und für was braucht man eigentlich genveränderte Kulturpflanzen oder genverändertes Saatgut – auch in Deutschland?

Mit Druck und Hinterhältigkeit will man diese weltmarktbeherrschenden Produkte auch in Deutschland hoffähig machen, mit schönen Darstellungen, dass es die Bürger auch glauben! Wie überall in solchen Sachen! In Wirklichkeit steckt eine ganz große Macht dahinter, um alles zu beherrschen, um die Gelder alleinig in ihre Taschen zu bringen!!

Da muss man sagen Oh, oh, oh, – Amerika – ist denn jetzt überall schon die Mafia?

Und möchte sich auch schon in Deutschland breit machen?

Da heißt es nur: Steht alle zusammen und geht dagegen, wenn ihr noch könnt. Alle Bauern, alle Verbraucher und alle, die noch leben wollen und eine schöne Landschaft und gesunde Lebensmittel wünschen.

Steht alle zusammen und geht gegen diese gewaltige welt-, menschen-, tier- und naturzerstörende Macht! Ehe es zu spät ist. Wir brauchen keine Gentechnik, Gensaatgut, Genpflanzen, Gentierte und Gemenschen.

## Schlau kochen – Ein Entdeckerbuch für Kinder

Kochenlernen bei meiner Mutter war schwierig, obwohl sie noch eine richtige Hausfrau war. Aber alles musste immer so und so gemacht werden und nicht anders. Das wirkte abschreckend. Also beschloss ich, mir das Kochen selbst beizubringen und ging in die Stadtbücherei. Na ja, ich habe halt das Kochbuch mit den schönsten Fotos ausgesucht und das Re-

zept war ein Auflauf mit Buchweizengrütze. Die Polen haben dazu ein schönes Sprichwort: „Buchweizen – die Grütze, die die Kinder erschreckt.“ Jahre später habe ich dann doch noch irgendwie kochen gelernt. Jetzt drängt es meine Tochter mit zehn Jahren an den Herd und wieder nervt eine Mama, die alles besser weiss. Also musste ein Kinderkochbuch her. Aber eins, das nicht nur bunt und peppig ist, sondern auch Mamas Ansprüchen genügt. Denn ein paar Fertigprodukte zusammenrühren ist ja schließlich noch nicht kochen.

„Schlau kochen“ ist mit vielen Fotos und Illustrationen sehr ansprechend für Kinder und kommt gut an. Hits wie Pizza und Pasta stehen natürlich an erster Stelle. Weitere Kapitel sind Kartoffeln und Gemüse, Salaten und Suppen, Fleisch, Fisch, Pfannkuchen, Obst und Süßspeisen gewidmet. Hefeteig, Käsespätzle, Kartoffelpüree und weitere klassische Gerichte, eingeteilt in drei Schwierigkeitsgrade, sowie Exotisches wie Sushi mit süßer Füllung können nach 90 ausführlichen Rezepten von Meisterkoch Wolf Schönmehl zubereitet werden. Wichtige Arbeitsschritte sind mit Fotos dokumentiert.

Aufgelockert und gegliedert wird der Rezeptteil durch Hintergrundinformationen

zu Einkauf, Qualität und Warekunde einschließlich artgerechter Tierhaltung, Ökologischer Landwirtschaft und Fairer Handel. Dazu gibt es Spielanregungen rund ums Würzen und Abschmecken, Nutzpflanzen-Memory und viele Experimente zu physikalischen Vorgängen beim Kochen. Was treibt das Backpulver im Teig? Wie stellt man aus Milch Klebstoff her? Wie erkennt man frische Eier? Wie zaubert man mit Hefe einen Flaschengeist? Hier können dann auch Mamas noch Einiges lernen. Herausgegeben wurde das Buch von der Klaus Tschira Stiftung zur Förderung der Naturwissenschaften und betreut von der Physikdidaktikerin Manuela Welzel-Breuer.

Wer mit Kindern kochen will, findet hier viele Anregungen und Antworten auf Schlaumeierfragen, gut abgeschmeckt und liebevoll angerichtet. *ue*

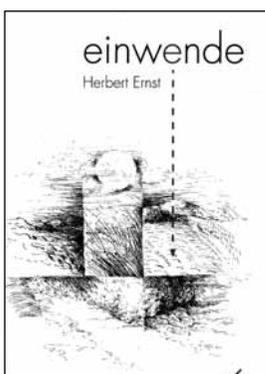
*Klaus Tschira Stiftung: Schlau kochen – Ein Entdeckerkochbuch für neugierige Kinder und Erwachsene, Neustadt/Weinstr. (UMSCHAU Buchverlag), 2009, 256 S., Hardcover, 24,5 x 28,5 cm, ISBN: 978-3-86528-608-6, 24,90 €. Zu beziehen über den ABL Verlag.*



### Literatur vom Land

Die Gedanken eines Bauern schildert Herbert Ernst aus dem Kraichgau in seinem Buch „einwende“. Eine teilweise nachdenklich, manchmal beschauliche, fast immer sinnliche Lektüre. Die kurzen Texte haben es in sich und die in ihnen festgehaltenen Gedanken folgen einem nicht selten durch den Tag. Praktisch, erdverbunden und doch hochgeistig. *mn*

*Herbert Ernst einwende Marsilus Verlag, ISBN: 978-3-929242-47-8, 19,80€ zu beziehen über den ABL-Verlag*



## Die Streuobstwiese

Seit mehr als zwölf Jahren bewirtschaftet Cornelia Blume eine Streuobstwiese in der Nähe von Tübingen ... aus Idealismus und wegen der leckeren Früchte. Das nötige Wissen und Können hat sie sich gemeinsam mit ihrem Mann im Laufe der Jahre erarbeitet und gibt es in diesem sehr übersichtlichen Buch weiter an Alle, die planen, eine Streuobstwiese neu anzulegen oder bereits eine bewirtschaften. Neben Betrachtungen zur Ökologie der Streuobstwiese liegt ihr besonders der Aspekt der Bewirtschaftung am Herzen. Sie gibt detaillierte Informationen zu Auswahl und Pflege der Bäume, zu Ernte und Verarbeitung der Früchte. Sehr gut recherchiert, knapp und informativ sind die Anmerkungen zu den einzelnen Obstarten, nicht nur Apfel, Birne, Pflaume und Kirsche, sondern auch Quitte, Pfirsich, Nüsse, Esskastanie sowie Mispel und Speierling. Auch die Wildgehölze der Hecken wie Holunder, Kornelkirsche, Rose u.a. werden in Anspruch und Verwendung beschrieben.

Die meisten Seiten hat Cornelia Blume jedoch den Rezepten gewidmet. Und da gibt es kulinarisch viel zu entdecken, ob süß oder pikant. Sei es „Kaynak“, eine türkische Süßspeise aus Quitten, oder, ganz traditionell, Zwetschgenknödel. Weitere praxiserprobte Tipps zur Herstellung von Saft, Wein, Likör oder Marmelade helfen bei der Verwertung des Ernteseigens. Sehr hilfreich auch die Bezugsquellen zu Haushaltsgeräten speziell für die Obstverarbeitung im Anhang sowie eine Übersicht von Obstbaumuseen und -verbänden. Dieses kleine, übersichtliche Buch ist sehr gelungen und macht Appetit auf Streuobst nach dem Motto: Erhalte die Vielfalt, iss sie auf. *we*

*Cornelia Blume: Die Streuobstwiese, Vielfalt erhalten – Lebensräume schaffen – Besonderes genießen; pala-verlag, Darmstadt, 2010, Hardcover, 200 S., 14,00 Euro, ISBN: 978-3-89566-273-7. Zu beziehen über den ABL-Verlag.*



## Es geht auch anders

Kultur versus Technik, so heißt ein Kapitel im Buch von Nikolai Fuchs. Diese drei Worte könnten aber auch der Titel des gesamten Buches sein.

Am Beispiel verschiedenster Themen beschreibt Fuchs die Alternativen zwischen „technischen“ und „kulturellen“ Problemlösungen und Vorgehensweisen in der Landwirtschaft. Die Beispiele reichen vom Weltmarkt bis zu Hygiene-Richtlinien in der Tierhaltung und von Agrarumweltmaßnahmen bis hin zum Wissenschaftsverständnis. Im Zentrum seiner Vision agrarkultureller Lösungen stehen Vertrauen und Verantwortung. Wie muss eine Politik gestaltet sein, die Vertrauen in ihr Zentrum stellt und nicht Kontrolle? Und: Wie viel Verantwortung übernehmen wir für uns selbst und unsere Mitwelt?

Erfrischend ist die persönliche Sprache – an all den verschiedenen Themen hat der Autor selbst gearbeitet. Auch im Stil des Buches wird also „Kultur“ deutlich. Wer auf eine ganz klare Leitlinie für den „agrarkulturellen Weg“ oder eine moderne Theorie bäuerlicher Landwirtschaft hofft, wird allerdings vergeblich suchen. Aber das wäre ja auch die „technische Lösung“, und die Präsentation einer DIN-Norm wäre nicht die angemessene Antwort auf eine kulturelle Frage. Anregungen

für die agrarpolitische Debatte gibt das Buch allemal.

Ein sehr lesenwertes Buch für Alle, die sich an der gegenwärtigen Diskussion über EU-Agrarreform und Weltagrarbericht beteiligen. Es geht auch anders. Denn weiter wie bisher ist keine Option! *Fuchs*

*Nikolai Fuchs, Es geht auch anders. Ein nachhaltiger Lebensstil ist möglich – das Beispiel Landwirtschaft, © 2010 MEDU Verlag, ISBN 978-3-941955-20-2, 16,95 € zu beziehen über den AbL-Verlag*



Kurzes am Rande

## Ernährungssouveränität

Die europäische Landwirtschaftspolitik steht zur Diskussion: 2013 sollen die LandwirtschaftsministerInnen eine neue gemeinsame Agrarpolitik (GAP) beschließen. Seit Jahren steht diese im Kreuzfeuer der Kritik. Der Großteil der öffentlichen Gelder fließt in die Hände von GroßgrundbesitzerInnen und an die exportorientierte Lebensmittelindustrie. Die fortschreitende Industrialisierung und Überproduktion in Europa zerstört die Landwirtschaft des globalen Südens. Deshalb bezweifeln viele Menschen die Sinnhaftigkeit einer solchen Agrarpolitik.

Im Zentrum des Buchs steht das Konzept der Ernährungssouveränität, das eine Alternative zur derzeitigen Agrarpolitik der EU darstellt. Dieser Ansatz orientiert sich an einem ökologisch und sozial nachhaltigen Landwirtschafts- und Lebensmittelsystem, das von einer bäuerlichen Landwirtschaft getragen wird, gesunde Lebensmittel für alle erzeugt und den Menschen, die in der Landwirtschaft arbeiten, ein gerechtes Einkommen durch den Verkauf ihrer Produkte sichert. Dieses Buch leistet einen Beitrag zu einem besseren Verstehen der GAP aus einer kritischen Perspektive und stellt eine zivilgesellschaftliche Alternative für eine zukünftige gemeinsame europäische Agrar- und Lebensmittelpolitik vor. *pe*

*CHOPLIN, Gérard / STRICKNER, Alexandra / TROUVÉ, Aurélie (Hg.) Ernährungssouveränität, Für eine andere Agrar- und Lebensmittelpolitik, 120 Seiten Format 12 x 19, ISBN: 978385476-346, 9.90 €*



## Ein Trickfilm

Zugegeben, er ist schon nicht mehr ganz neu. Der Zeichentrickfilm The Meatrix von Louis Fox und Jonah Sachs (USA 2003). Er nutzt die Verpackung des Science-Fiction-Spielfilms Matrix und füllt sie mit der Kritik an der industriellen Massentierhaltung und Lebensmittelproduktion. Vielbeinige Roboter zerstören Bauernhöfe und ersetzen sie durch Mastanlagen. Dagegen gilt es sich zu wehren findet die Gemeinschaft aus Bulle, Schwein und Huhn. Unterhaltsam klärt der Film auf. Er ist im Internet frei verfügbar.

Der 2005 mit einem Webby Award prämierte The Meatrix hat darüber hinaus mehrere Auszeichnungen von Filmfestivals erhalten und ist einer der erfolgreichsten „Umweltfilme“. Mit The Meatrix II: Revolting und The Meatrix II ½ existieren inzwischen zwei Fortsetzungen. ([www.themeatrix.com/](http://www.themeatrix.com/) *mn*)

## Wer wie was – Gentechnik

Extra für Schüler und Jugendliche hat der *Infodienst Gentechnik* eine spezielle Rubrik erstellt, die die Gentechnik altersgerecht erklärt. Einfach und gut verständlich werden die Fakten rund um die Agro-Gentechnik erläutert. Was passiert auf dem Acker, im Laden und habe ich Gentechnik auf dem Teller? Aber auch die rechtliche Lage und die historische Entwicklung werden erläutert. Die Pro- und Conraliste schafft einen Überblick zu dem kontrovers diskutierten Themenfeld. Gerd das Gen hat neben vielen Erklärungen sogar eine eigene Facebook-Seite und freut sich über Kommentare. Die Seiten „Wer wie was Gentechnik“ wenden sich an Kinder und Jugendliche. Viele Erwachsene dürften hier aber auch noch Wissenswertes finden. Derzeit arbeitet der Infodienst mit Hochdruck an Lehrermaterialien, damit auch in Schulen ein kritischer Umgang mit der Gentechnik zum Thema wird. Einen Besuch wert: [www.werwiewasgentechnik.de](http://www.werwiewasgentechnik.de) *mn*

### Bestellcoupon

Ich bestelle:

**Das Jahrbuch Der kritische Agrarbericht**

bitte ankreuzen

Ausgabe:  2011  2010  2009  2008  2007  2006  2005  
 22,- € 10,-€ 10,-€ 10,-€ 10,-€ 10,-€ 10,-€

- |  |                         |
|--|-------------------------|
| .....Expl. Nützt ja nix                                  | Stückpreis 11,00 €      |
| .....Expl. Aus dem Moor,                                 | Stückpreis 11,00 €      |
| .... Expl. Ein Bauer erzählt, CD                         | Stückpreis 10,00 €      |
| .... Expl. Schubkarrenrennen,                            | Stückpreis 11,00 €      |
| .... Expl. Nehmt und Euch wird gegeben                   | Stückpreis 27,40 €      |
| .... Expl. Der Wollmützenmann,                           | Stückpreis 11,90 €      |
| .... Expl. Matthias Stührwoldt live, CD,                 | Stückpreis 9,50 €       |
| .... Expl. Verliebt Trecker fahren,                      | Stückpreis 9,90 €       |
| .... Expl. Koexistenz im landwirtschaftlichen Alltag     | Stückpreis 3,- €        |
| .... Expl. Monsanto gegen Bauern (aktualisierte Auflage) | Stückpreis 3,50 €       |
| .... Expl. Wege aus der Hungerkrise                      | Stückpreis 3,10 €       |
| .... Expl. Linda und Konsorten                           | Stückpreis 14,90 € Neu! |
| .... Expl. AbL-Kalender 2011                             | Stückpreis 10,- € Neu!  |

weitere Bücherwünsche:

zuzgl. Versandkosten 2,75 Euro

Ich zahle nach Erhalt der Rechnung

Ich erteile eine Einzugsermächtigung zu Lasten meines Kontos:

Konto-Nr.: \_\_\_\_\_ BLZ: \_\_\_\_\_ Bank: \_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_ ggf. E-Mail: \_\_\_\_\_

Name: \_\_\_\_\_ Adresse: \_\_\_\_\_

Datum: \_\_\_\_\_ Unterschrift: \_\_\_\_\_

Bestellung an:

ABL-Bauernblatt Verlag-GmbH, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Fax: 02381/492221

## Tiermarkt

● Verkäufe laufend beste Arbeitspferde in jeder Preisklasse. Burkhard Schirmeister, Sipplingen, ☎ 07551-63609  
● Hunde- und Katzennahrung vom Tierheilpraktiker. Qualität, Akzeptanz, Preis/Leistung sehr gut. Durchholz/Sievers, ☎ 04166-1422. Infos: www.reico-buxtehude.de  
● Verkäufe Bio-Futtergetreide und Bio-Futterkartoffeln. ☎/Fax: 063834-401247 (Saarland)

## Sonstiges

● Obstbäume in historischen und bewährten Sorten für Garten und Landschaft. Bioland-Baumschule PFLANZLUST. ☎ 05692-8635. Sortenliste unter www.pflanzlust.de

## Hof und Arbeit

● Kleine, vielseitige Gemüseagartnerei mit Sozialtherapie sucht ab sofort Mitarbeiter(in) mit gärtnerischem/pädagogischem Hintergrund/Interesse. Kontakt: mathijohn@web.de, info@auenhof.org, ☎ 07237-4854655 od. 017663079195

Niedersachsen  
Frühjahrstagung

Sonntag, den 13. März 2011, ab 10.00 bis ca. 16.00 Uhr  
Biolandhof Voigt, An der Wassermühle 20, 28857 Syke

## 10.10 Podiumsdiskussion Biogas:

Chance oder Sackgasse für bäuerliche Landwirtschaft?  
mit: **Uwe Baumert**, NABU Nds.; **Lüder Cordes**, LWK Nds.;  
**Horst Seide**, Fachverband Biogas

## 13.30 Jahresversammlung mit Neuwahlen

Rückblick u. Ausblick zu: AbL Bundesverband, GAP, Gentechnik, Milch, Atomproteste, Bauernhöfe statt Agrarfabriken

Regionalgruppe Weser-Ems  
Gründungstreffen

Freitag, den 18. März 2011

20 Uhr in der Gaststätte „Meta“, Kirchstr. 1, 26835 Hesel

**Alle Mitglieder und Interessierten sind herzlich eingeladen!**

Mit: **Georg Janßen**, AbL-Bundesgeschäftsführer  
**Johanna Böse-Hartje**, AbL-Bundesvorstand und BDM Nds.  
**Prof. Onno Poppinga**: Einschätzung zur EU-Agrarreform

Anmeldung: Tel: 04967-334, o. [ilchmann@yahoo.de](mailto:ilchmann@yahoo.de)

Baden-Württemberg  
Mitgliederversammlung 2011

Sonntag, den 20. März 2011, von 10.00 bis 17.00 Uhr  
Ev. Akademie, Akademieweg 11, 73089 Bad Boll

Gastreferent **Martin Häusling**, Mitglied des EU-Parlaments für die Grünen, von der AbL Hessen zum Thema:

**Die EU-Agrarreform als Weichenstellung für eine bäuerlich-ökologische Landwirtschaft**

Wahlen zum AbL-Landesvorstand und Vorstellung der Wir haben-es-Satt-Sternfahrt „Auf dem Weg zur bäuerlichen Zukunft“ der jAbL vom Allgäu nach Berlin im Mai/Juni 2011

Anmeldung erforderlich: AbL-Geschäftsstelle BaWü, Tel. 07032-9199917, Fax: -910161, Mob: 0171-8229719, [fritz\\_jochen@web.de](mailto:fritz_jochen@web.de)

Sachsen Thüringen Sachsen-Anhalt  
Jahresmitgliederversammlung

Sonntag, den 27. März 2011, 11.00 bis 16.00 Uhr  
KulturUmweltzentrum EWERK, Lichtstraße 1, 04758 Oschatz

11:00 Uhr Vortrag des bekannten Schweizer Biobauern **Ernst Frischknecht**: Was in der Pionierzeit war und was daraus geworden ist

12:00 Uhr Diskussion u.a. mit **Georg Janßen**: Die Situation der bäuerlichen Landwirtschaft in Ostdeutschland unter Berücksichtigung der EU-Agrarreform 2013

## Mitgliederversammlung

Info: **Peter Hettlich**, 0172-7944401, [peter.hettlich@t-online.de](mailto:peter.hettlich@t-online.de)

## Veranstaltungen

## Mensch Macht Milch

bis 15. April, Schleswig-Holstein  
Die Fotoausstellung zeigt am Beispiel Milch, wie die EU-Agrarpolitik fatale Folgen für Milchbäuerinnen und Milchbauern bei uns und in den Entwicklungsländern hat. Mit begleitenden Diskussionsveranstaltungen

Flensburg, bis 3. März, St. Marien Kirche am Nordermarkt, 10-16 Uhr. Husum, 7. bis 17. März, Rathaus, Mo-Do 8-16 Uhr, Fr 8-12 Uhr. Eutin, 19. bis 31. März, Stadtkirche St. Michaelis, Mo-Sa 10-16 Uhr. Ratzeburg, 4 bis 10. April, St. Petri Kirche, 10-16 Uhr. Kiel, 12. bis 15. April, Landtag, 10-18 Uhr. Führung möglich. Kontakt: Christel Kohnert, ☎ 04331-593194, [kohnert@diakonie-sh.de](mailto:kohnert@diakonie-sh.de)  
Veranstaltungen: 8. März 20 Uhr Rathaus Husum: Berit Thomsen, AbL: Welche Politik steckt hinter unserer Milch? 6. April 19.30 Uhr Petri Forum Ratzeburg: Gentechnik – wie steht es um die Milch? 13. April 19.30 Uhr Schleswig-Holstein Saal im Landtag Kiel: Podiumsdiskussion: Zukunft Landwirtschaft: EU-Agrarpolitik für Bürger und Bauern in Schleswig-Holstein.

## Ohne Gentechnik-Fütterung

02. März 2011, Diedorf  
Hubert Spiekers, Lfl Grub: Milchkühhütterung mit heimischem Eiweiß ohne Gentech; Andreas Michel, Fa. Meika: Besonderheiten Fütterung im Ökolandbau. 20 Uhr im Gasthof Adler, Hauptstr. 31, 86420 Diedorf, Eintritt frei

## Milchpolitischer Aschermittwoch

09. März 2011, Wasserburg  
BDM und AbL Bayern laden ein. Es sprechen Martin Haab, Präsident der Big M Schweiz und Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf, AbL-Bundesvorsitzender und ehem. Mitglied des Europaparlaments  
20.00 Uhr in der Badriahalle in 83512 Wasserburg; [www.bdm-verband.de](http://www.bdm-verband.de), ☎ 08161-5384-730, Fax: -7350

## Der Weltagrabericht

10./18. März 2011, Allgäu  
Wege aus der Hungerkrise: bäuerliche Landwirtschaft ein Zu-

kunftsmodell. Referentin: Maria Heubuch, Milchbäuerin und AbL-Bundesvorsitzende aus dem Allgäu.

10.3 20 Uhr Foyer Stadthalle Saulgau  
18.3 20 Uhr Bürgersaal, Horgenzell



## Bayern Jahrestagung

12. März 2011, Dorfen  
Gentechnikfreie Lebensmittel aus bäuerlicher Landwirtschaft – Chancen für regionale Verarbeiter und Erzeuger durch Qualitätsvermarktung. Mit Rupert Thaler, Amt für Landwirtschaft Töging: Produktionstechnik beim Anbau von Leguminosen; Josef Feilmeier, Lagerhaus GmbH: Preise und Verfügbarkeit von GVO-freien Futtermitteln; Jakob Niedermaier, Geschäftsführer MVS GmbH Freising: Faire und gentechnikfreie Milchvermarktung; Ludwig Stuhlberger, Metzgerei Stuhlberger: Vermarktung von Schweinefleisch aus gvo-freier Fütterung. Anmeldung bis 7.03: Fax: 08679-9130145, [abl-bayern@web.de](mailto:abl-bayern@web.de), [www.abl-bayern.info](http://www.abl-bayern.info)

## Fortbildung Ökolandbau

17. März 2011, Bad Döben  
Anmeldung bis 12.3.: Sächs. IG Ökologischer Landbau, R. Einsiedel, Hauptstr. 75, 04849 Kossa, Fax: 034243-21491

## Saatgut vermehren/tauschen

12., 19., 27. März 2011, Sachsen  
Tauschbörsen 12.3. von 14-16 Uhr in Glauchau, 27.3. von 14-16 Uhr in Waldenburg; Kurs Saatgut 19.3. von 9.30-18 Uhr in Tharandt. Infos: Umweltbildungshaus Johannishöhe, ☎ 035203-37181, Fax: -37936, [info@johannishoehe.de](mailto:info@johannishoehe.de), [www.lebendige-vielfalt.org](http://www.lebendige-vielfalt.org)

## Tante Emmas neue Kleider

21. März 2011, Warburg  
Bundesweite Fachtagung zu Lösungsansätzen für die Nahversorgung im ländlichen Raum. Teilnehmerzahl begrenzt! Anmeldung:

☎ 05643-949271, Fax: -948803, [bund-nord@regionalbewegung.de](mailto:bund-nord@regionalbewegung.de);

## Höfe übergeben/-nehmen

25. bis 27. März 2011, Hamminkeln  
Das Seminar zur inner- und außerfamiliären Hofnachfolge thematisiert rechtliche Grundlagen, Gestaltungsmöglichkeiten, Verträge ebenso wie zwischenmenschliche Aspekte. Anmeldung bis: 15.03.: ☎ 05542 98-1603, Fax -1568, [tagungsbuero@hofgruender.de](mailto:tagungsbuero@hofgruender.de)

## Bio-Tageskurs

26. März 2011, Winkeln  
Der bekannte Schweizer Biobauer Ernst Frischknecht gibt einen Tageskurs zu Bodenfruchtbarkeit und Weide mit Milchkühen auf dem Köhlerhof. Anmeldung bis 16.3.: ☎ 037384-17993, Fax: -17704

## Percy Schmeiser in NRW

30. März 2011, Ostinghausen  
Percy Schmeiser, Bauer aus Kanada, berichtet über seine Erfahrungen mit der Gentechnik. Wir wollen damit dazu beitragen, NRW zu einer „Gentechnikfreien Zone“ zu machen, so wie es auch von NRW-Landwirtschaftsminister Johannes Rimmel unterstützt wird.

19.30Uhr in der Aula des Landwirtschaftszentrums Haus Düsse in Ostinghausen, 59505 Bad Sassendorf. Kontakt: Gyso von Bonin, ☎ 02902-57366, [GysovonBonin@t-online.de](mailto:GysovonBonin@t-online.de)

## Bauernwallfahrt nach Altötting

02. April 2011  
Für den Erhalt der Bäuerlichen Landwirtschaft und für Frieden und Gerechtigkeit.

Um 11 Uhr Gottesdienst in der Basilika Sankt Anna, dann Segnung von Heilkräutern, Organisator: Georg Planthaler, ☎ 08621-1518, [www.bauernwallfahrt.info](http://www.bauernwallfahrt.info)  
Im Anschluss ab 14 Uhr im Reiterhof in 84576 Teising Vorführung des Films „Die Bauernrebell“ und Diskussion mit dem Dokumentarfilmer Ludwig Ott vom BR.

2/2011 März – April 7,50 €

LEBENDIGE ERDE  
Biologisch-dynamische Landwirtschaft, Ernährung, Kultur

## Höfe im Wandel

- Veränderung als Begleiter
- Fähigkeiten u. Ökonomie bewusst machen
- Spirituelles Kompostieren
- Milchqualität biodynamisch

Das Heft für 7,50 € erscheint 6 mal/Jahr; Abo 43,- €/Jahr, Studenten 33,- €/Jahr; Kostenloses Probeheft: Verlag Lebendige Erde im Demeter e.V., Brandschneise 1, D-64295 Darmstadt, Tel. 06155 8469-0, Fax 06155 8469-11, [www.LebendigeErde.de](http://www.LebendigeErde.de)



## Frühjahrstagung

Junge Arbeitsgemeinschaft  
bäuerliche Landwirtschaft

**Donnerstag, den 14. bis Sonntag, den 17. April 2011**  
StadtGut Blankenfelde e.V., 13159 Berlin-Pankow

### Auf dem Weg für unsere bäuerliche Zukunft

Gemeinsame Aktionsplanung zur Sternfahrt aus den Regionen nach Berlin  
Ende Mai/ Anfang Juni

**Aglaia Hajkova** – Kampagne „Meine-Landwirtschaft.de“  
**Ecki Niemann**, AbL, Bauernhöfe statt Agrarfabriken – Massentierhaltung  
**Reinhild Benning**, BUND (angefragt) – Kampagnentraining  
**Jörg Gerke**, AbL (angefragt) – Bodenpolitik in Ostdeutschland

Neben Vorträgen, Kampagnenschulung und Aktionsplanung kommt mit  
Sambatrommeln, Lesung und Lagerfeuer die Geselligkeit nicht zu kurz.

**Landwirte/innen und Interessierte sind herzlich willkommen !**

Anmeldung bei: *Carla Proetzel*, Tel: 0178-1626068, [carla.proetzel@web.de](mailto:carla.proetzel@web.de)  
Das Programm findet Ihr unter: [www.abl-ev.de/junge-abl](http://www.abl-ev.de/junge-abl)



## Landeskontakte

### Schleswig-Holstein

Wilster: Bernd Voß, Tel.: 04823/8505, Fax: 04823/75330  
Sörup: Hinrich Lorenzen, Tel.: 04635/2141, Fax: 04635/2114  
Plön: Matthias Stührwoldt, Tel.: 04326/679, Fax: 04326/289147  
Flensburg: Heiner Iversen, Tel.: 04631/7424, Fax: 04631/3852

### Niedersachsen

Landesverband: Martin Schulz, Kosakenweg 29, 29476 Quickborn, Tel.: 05865/9883-60, Fax: -61  
Heide-Weser: Karl-Heinz Rengstorf, Tel.: 04233/669, Fax: 04233/217774  
Elbe-Weser: Ada Fischer, Tel.: 04723/3201, Fax: 04723/2118  
Wendland-Ostheide: Horst Seide, Tel.: 05865/1247  
Südnieders.: Andreas Backfisch, Tel.: 05508/999989, Fax: 05508/999245

### Mecklenburg Vorpommern/Brandenburg

Mecklenburg: Jörg Gerke, Tel.: 038453/20400; Franz Joachim Bienstein, Tel.: 03841/791273; Helmut Peters, Tel.: 038454/20215  
Brandenburg: Bernd Hüsgen, Tel.: 033704/66161

### Nordrhein-Westfalen

Landesverband: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053170, Fax: 02381/492221  
Gütersloh: Erika Kattenstroth, Tel.: 05241/57069  
Tecklenburger Land: Martin Steinmann, Tel.: 05404/5264  
Herford: Friedel Gieseler, Tel.: 05221/62575  
Köln/Bonn: Bernd Schmitz, Tel.: 02248/4761  
Niederrhein: Dorothee Lindenkamp, Tel.: 02064/38421  
Gentechnik: Reinhard Fiegenbaum, Tel.: 05484/657

### Hessen

Ortenberg: Helmut Keller, Tel.: 06401/50754, e-mail: [amkloster@t-online.de](mailto:amkloster@t-online.de);  
Ebsdorfergrund: Reiner Claar, Tel.: 06424/2719, e-mail: [biohof-claar@freenet.de](mailto:biohof-claar@freenet.de);  
Breitenbach a. H.: Sabine Kamlage, Tel.: 06675/312, e-mail: [k.s.vetter@t-online.de](mailto:k.s.vetter@t-online.de);  
Knüllwald-Red.: Karl Hellwig, Tel.: 05681/938528, e-mail: [k.hellwig@web.de](mailto:k.hellwig@web.de);  
Homburg-Mü.: Dietmar Groß, Tel.: 05681/2607, e-mail: [gross2607@aol.com](mailto:gross2607@aol.com)

### Rheinland-Pfalz und Saarland

Landesverband: Ralf Wey, Maifeldstr. 15, 56332 Moselsürsch, Tel.: 02605/952730, Fax: 02605/952732, e-mail: [Ralf.Wey@abl-rlp-saar.de](mailto:Ralf.Wey@abl-rlp-saar.de);  
Hans-Joachim Jansson, Tel.: 02626/8613, Fax: 02626/900218; [www.abl-rlp-saar.de](http://www.abl-rlp-saar.de)

### Baden-Württemberg

Landesverband: Jochen Fritz, Telefon: 0171-8229719, e-mail: [fritz\\_jochen@web.de](mailto:fritz_jochen@web.de)  
Nordschwarzwald: Georg Bohnet, Tel.: 07443/3990;  
Nord-Württemberg: Ulrike Hasemeier-Reimer, Tel.: 07971/8584  
Bodensee: Anneliese Schmeh, Tel.: 07553/7529, Fax: 07553/828278  
Allgäu: Bärbel Endraß, Tel.: 07528/7840, Fax: 07528/927590

### Bayern

Landesverband: Edith Liersch, Tel: 08562/870; Josef Schmid, Tel: 08742-8039  
Fax: 967654  
Geschäftsstelle: Andreas Remmelberger, Reit 17, 84508 Burgkirchen/Alz, Tel.: 08679/6474, Fax: 08679/9130145, Internet: [www.abl-bayern.info](http://www.abl-bayern.info)  
Chiemgau-Inn Salzach: Hubert Hochreiter Tel.: 08679/6782 Fax: 08679/914284, Ute Gasteiger, Tel.: 08039/1635  
Land an Rott und Inn: Hilde Baumgartner, Tel. 08725/672; Konrad Zanklmaier, Tel. 08725/304; e-mail: [konrad.zanklmaier@vr-web.de](mailto:konrad.zanklmaier@vr-web.de)  
Allgäu: Elisabeth Waizenegger, Tel: 08330-1413; Herbert Siegel, Tel.: 08320-512; [ablallgaeu@gmx.de](mailto:ablallgaeu@gmx.de)  
Oberland: Elisabeth Friesenegger, Tel.: 08158-8486, [lisi.friesenegger@googlegmail.com](mailto:lisi.friesenegger@googlegmail.com), Josef Lindauer, Tel.: 08803-488446, Fax: 08803-9009562; e-mail: [Martha.Lindauer@web.de](mailto:Martha.Lindauer@web.de)  
Landshut-Vilstal: Josef Schmidt, Tel.: 08742/8039, e-mail: [abl-bayern@web.de](mailto:abl-bayern@web.de)  
Franken: Isabella Hirsch, Tel: 09852-1846; Burkhard Neubauer, Tel: 09268-6667  
Erding – Ebersberg, Sekretariat Hans-Jürgen Schlaak, Tel/Fax: 08083 9225

### Sachsen/Thüringen/Sachsen-Anhalt

Landesverband: Peter Hettlich, Markt 7, 04109 Leipzig, Tel: 0341-2253789, Fax: 0341-1496363, e-Mail: [peter.hettlich@t-online.de](mailto:peter.hettlich@t-online.de)  
Thüringen: Michael Grolm, Tel: 036450-446889; Volkmar Voigt, Tel: 036694-36250;  
Claudia Gerster, Tel: 034465-21005; Frank Neumann, Tel: 036623-23737



## Bundeskontakte

### Bundesgeschäftsstelle:

Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053171, Fax: 02381/492221,  
E-Mail: [info@abl-ev.de](mailto:info@abl-ev.de) Bankverbindung: KSK Wiedenbrück BLZ 47853520 Kto: 2017838  
Bundesgeschäftsführer: Georg Janßen, c/o Gewerkschaftshaus, Heiliggeiststraße 28,  
21335 Lüneburg, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758

### junge Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft

Johanna Besier, Tel: [hanna.bes@gmx.de](mailto:hanna.bes@gmx.de)

### Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbauggebühren:

Georg Janßen, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758, Gerhard Portz, Tel: 06502-2298,  
Klaus Buschmeier, Tel: 05262-3079

### Interessengemeinschaft Boden/Ostdeutschland:

Franz-Joachim Bienstein, Tel./Fax: 03841/791273

### Internationale Agrarpolitik:

Berit Thomsen, Tel: 02381/ 9053-172

### Netzwerk gentechnikfreie Landwirtschaft:

Annemarie Volling, c/o Gewerkschaftshaus, Heiliggeiststraße 28, 21335 Lüneburg  
Tel.: 04131/400720, Fax. 04131/407758, E-Mail: [gentechnikfreie-regionen@abl-ev.de](mailto:gentechnikfreie-regionen@abl-ev.de)



## Mitgliedsantrag

## Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.

Ich möchte Mitglied in der AbL werden und (Zutreffendes bitte ankreuzen)

- Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von 93,00 Euro  
 Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von 128,00 Euro  
 Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von \_\_\_\_\_ Euro zu zahlen  
 Als Kleinbauer, Student, Rentner, Arbeitsloser zahle ich einen Mitgliedsbeitrag von 38,00 Euro  
 Ich beantrage als Unterstützer/in einen Mitgliedsbeitrag von 63,00 Euro  
 Ich abonniere die Unabhängige Bauernstimme (bitte Coupon Rückseite ausfüllen)

Der Mitgliedsbeitrag erhöht sich jährlich um 2,- Euro

Name, Vorname: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_

PLZ, Wohnort (Landkreis): \_\_\_\_\_

Telefon/Fax E-Mail: \_\_\_\_\_

Zahlungsweise des Mitgliedsbeitrags:

- Nach Erhalt der Rechnung  
 Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr.: \_\_\_\_\_

BLZ: \_\_\_\_\_

Bank: \_\_\_\_\_

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die AbL weiterleitet.

Datum: \_\_\_\_\_ Unterschrift: \_\_\_\_\_

## Doktor „Xerox“ Googleberg

Wir Bauern sind mit schuld. Schuld an dem Trouble um unseren Verteidigungsminister, BILD-Liebling und Freiherrn zu Guttenberg. Mit schuld daran, dass dieser Mann partout seinen Doktor machen musste – nebenher: neben Bundestagsmandat, Vermögensverwaltung und Kindererziehung als „junger Vater“, in „sieben Jahren mühevollster Kleinarbeit“ und wohl nur deshalb auch unter Nutzung kopierfähiger Vorarbeiten. Mit verantwortlich somit auch für den veralbernden Wikipedia-Einschub des Kopierfirmen-Wörtchens „Xerox“ in seinen Namen Karl-Theodor Maria Nikolaus Johann Xerox Jacob Philipp Franz-Joseph Sylvester sogenannter Freiherr von und zu Guttenberg.

Warum sind wir Bauern mit schuld? Weil so viele auch von uns auf den Titel „Doktor“ abfahren. Ohne den „Dr.“ ist man bei vielen Landwirten nix. Zumindest nix Besonderes. Einen einfachen praktischen Berater – ja, den akzeptiert man noch ohne Titel. Mit dem ist man ja auch noch auf gleicher Augenhöhe, der weiß ja noch, worum es geht, da legt der Dokortitel eher Praxisferne nahe. Aber je weiter es weg geht von der Praxis und je weiter es hingehet zu Agrarindustrie-Managern oder Amtsträgern, desto wichtiger wird der „Dr.“. Ein solches Güteprädikat verlangen Viele, die sich gläubig nach starken Autoritäten und strategischem Geführtwerden sehnen. Und wenn es um noch so unsinnige Behauptungen über die Vorteile der Gentechnik oder die Ausrichtung auf den Weltmarkt geht – derjenige, der so was propagiert, „ist ja schließlich Doktor“! Jeder fünfte Bundestagsabgeordnete führt den „Dr.“ im Namen, jeder zweite Vorstandsvorsitzende, 43,8 Prozent der Länder-Ministerpräsidenten und 100 Prozent der jetzigen Bundeskanzlerinnen. Da „der Doktorgrad seinem Träger gesellschaftliches Ansehen und eventuell eine Einkommenssteigerung bringt“, besteht „für manche Menschen die Versuchung, den Grad auch ohne die entsprechende Investition von Zeit und Aufwand zu erlangen“. So nachzulesen auf Wikipedia unter der Überschrift „Promotionsberatung, Titelhandel und Plagiate“. Der „Dr.“ soll heißen: „Ich bin etwas ganz Besonderes“ – so der SPIEGEL – ich bin „besonders kompetent, vertrauenswürdig, ausdauernd“ mit „vermeintlich makellosem Gesamtbild“.

Kein Wunder, dass sich Prominente wie Guttenberg ohne diesen Titel nackt und bloß vorkommen, und die Versuchung steigt, die erforderliche Doktorarbeit auf leichtem Wege zu erstellen. Der zuvor doktorlose Freiherr ist mit

solchen Vorwürfen dabei beileibe nicht allein. Wir erinnern uns an die Berichte über die Dissertation von Mecklenburg-Vorpommerns Agrarminister Till Backhaus mit dem unverbindlichen Titel „Betrachtungen zur Getreideproduktion im Mecklenburg-Vorpommern zwischen 1900 und 2000“. Experten kritisierten die Arbeit als substanzloses „Machwerk“, das weder inhaltlich noch formal wissenschaftlichen Ansprüchen genüge. Merkwürdig waren auch die Umstände der Prüfung. Backhaus wählte den Pflanzenbau-Wissenschaftler Norbert Makowski als Doktorvater, der zu jener Zeit über zwei Beraterverträge



Ein Titel schafft Reputation, oder? Foto: Homann/ Uni Bonn

der LMS Landwirtschaftsberatung Mecklenburg-Vorpommern verfügte. Die Beratungsverträge hatte das Backhaus-Ministerium genehmigt. (Anmerkung: Die letzten vier Sätze habe ich ohne Kennzeichnung aus der *Financial Times Deutschland* abgeschrieben).

Da nützen auch Hinweise wenig, wonach Dr. Helmut Kohls Doktorarbeit als „intellektuell sehr überschaubar“ zu bewerten sei oder dass Plagiatsjäger jede dritte eingereichte Doktorarbeit als „ganz oder teilweise abgekupfert“ einschätzen. Kann aber natürlich sein, dass dies in

den Agrarfakultäten ganz anders ist. Ohne mühevoll Doktorarbeiten kommt man zum „Doktor honoris causa“, zum Dr.hc., zum Ehrendoktor. Auch Agraruniversitäten verleihen solche Ehrendoktorwürden, natürlich immer ohne Nebengedanken an mögliche Spenden und Forschungshilfen der Geehrten. Unter den Ehrendoktoren findet man Agrar-Gelehrte wie Günther Fielmann (Uni Kiel), Bundespräsident Heinrich Lübke (Uni Bonn), Rentenbank-Manager Uwe Zimpfmann (Uni Göttingen, wegen seines „Engagements in einer Vielzahl von Fördergremien der Wissenschaft“) oder (mit gleich fünf Ehrendokortiteln) den Landmaschinen-Unternehmer Dr. hc. mult. Helmut Claas. Einige Bundesagrarminister haben sich anscheinend besonders im Ausland wissenschaftlich hervorgetan, das legen die Ehrendokortitel nahe: Josef Ertl wurde geehrt von der Uni Tokio, Horst Seehofer bekannte bei seiner Ehrung durch die Uni Kiew sogar, dies sei „in meiner gesamten politischen und beruflichen Karriere der mit Abstand bedeutendste Moment“.

Um nicht missverstanden zu werden: Ganz viele tragen ihren Titel zu Recht, wegen ihrer wissenschaftlichen Arbeit oder auch wegen ihrer Verdienste. Karl Heinz Böhm zum Beispiel trägt die Ehrendoktorwürde zweier äthiopischer Universitäten wohl mit Fug und Recht.

Umgekehrt sind allem Anschein nach manche doktorwürdige Zeitgenossen bislang zu Unrecht leer ausgegangen. Zum Beispiel der Germanist, Diplomkaufmann, Handelslehrer, Politiker und Agrarier Karl-Heinz Funke, der die hässlichen Niederungen agrarindustrieller Praxis auf Künstlichste mit ewigen philosophischen und künstlerischen Wahrheiten zu verbinden und zu rechtfertigen weiß. Zum Beleg hier nur seine Ausführungen in der Anne-Will-Talkshow: Massentierhaltung habe es schon vor Jahrtausenden gegeben. Im 14. Gesang des Homer, der „Odyssee“, sei die Rede von 12 Koben zu je 50 Schweinen: „600 Säue!“ – so die scharfsinnige Schlussfolgerung Funkes. Verständlich, dass Funke nach seinem vom agrarindustriellen BSE-Skandal erzwungenen Abtritt von der politischen Bühne nunmehr „vernünftige Agrarökonom“ im Bundestag vermisst: „Die kennen nur Kreissaal, Schulsaal, Hörsaal, Plenarsaal – da kann ja nichts bei rauskommen...“ (FAZ). Ich finde das doktorwürdig bzw. „ohne Hörsaal“ zumindest ehrendoktorwürdig.

Dr.hc.Nix

### **unabhängige Bauernstimme: Zum Lesen, nicht zum Einrahmen**

03/2011

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (36,- € im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf 26,- gesenkt werden.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum Förderpreis von 60,- € im Jahr.
- Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Jubiläumspreis von 15,- € bzw. 30,- € für  6 oder  12 Monate verschenken.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 6,- € für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken).

Zustelladresse  Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

Name, Vorname  Name, Vorname

Straße  Straße

PLZ, Ort  PLZ, Ort

evtl. Telefon für Rückfragen

evtl. Telefon für Rückfragen

Zahlungsweise des Zeitungsabos:

- Nach Erhalt der Rechnung
- Mit beiliegendem Scheck
- Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung.

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Betrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr.  BLZ  Bank

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abozeitraums gekündigt wird.

Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Post AG im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die Abo-Verwaltung weiterleitet.

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonnettin / des Abonnenten  Datum  Beruf   
 (bei Geschenkabos Unterschrift des Auftraggebers)

Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm oder Fax 02381 / 49221